

Einzelplan 09

Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration

Inhalt

	Seite
Vorwort	2
Diagramme Nettoausgaben nach Ausgabearten	6
Kap. 09 01 Ministerium	8
Kap. 09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit	15
Kap. 09 03 Justizvollzugsanstalten	32
Kap. 09 04 Landesverfassungsgericht und Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit	48
Kap. 09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit	54
Kap. 09 06 Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	60
Kap. 09 08 Staatsanwaltschaften	65
Kap. 09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit	74
zu Kapitel 09 10	80
zu Kapitel 09 11	81
Kap. 09 12 Förderung der Gleichstellung	82
Kap. 09 13 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten	86
Kap. 09 14 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	97
Einnahmen und Ausgaben 2011	108
Einnahmen und Ausgaben 2012	110
Einnahmen MG/TG 2011	112
Ausgaben MG/TG 2011	113
Einnahmen MG/TG 2012	115
Ausgaben MG/TG 2012	116
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0902	118
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0903	119
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0904	121
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0905	122
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0906	123
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0908	124
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0909	125
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0912	126
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0913 MG02	128
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0913 TG62	130
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0913 TG65	131
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0914	132
Landesbetrieb Vollzugliches Arbeitswesen - Wirtschaftsplan 2011/2012	134
Inhaltsverzeichnis Stellenpläne und -übersichten	137

Vorwort

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen:

Das Ministerium gliedert sich in 6 Abteilungen:

1. Allgemeine Angelegenheiten
2. Justizvollzug, Freie Straffälligenhilfe
3. Rechts- und justizpolitische Angelegenheiten, Personal Gerichte und Staatsanwaltschaften
4. Gleichstellung von Frauen und Männern, Ausländer- und Migrationsangelegenheiten
5. Reaktorsicherheit und Strahlenschutz
6. Organisation und Informationstechnik für die Justiz, Neue Steuerungselemente, Gnadenwesen

Zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz, Gleichstellung und Integration gehören:

1. Justiz

das Landesverfassungsgericht

die Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

- (1 Oberlandesgericht als Landesoberbehörde,
- 4 Landgerichte,
- 22 Amtsgerichte),

die Staatsanwaltschaften

- (1 Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht als Landesoberbehörde,
- 4 Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten),

die Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

- (1 Obergericht als Landesoberbehörde,
- 1 Verwaltungsgericht),

die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

- (1 Landessozialgericht als Landesoberbehörde,
- 4 Sozialgerichte),

das Finanzgericht als Landesoberbehörde

die Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

- (1 Landesarbeitsgericht als Landesoberbehörde,
- 5 Arbeitsgerichte)

5 Justizvollzugsanstalten und 1 Zweiganstalt,

1 Jugendanstalt,

1 Jugendarrestanstalt,

1 Abschiebungshafteinrichtung

2. Förderung der Gleichstellung

Der Bereich Förderung der Gleichstellung ist im Kapitel 0912 veranschlagt.

Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie ein umfassender Schutz vor häuslicher Gewalt gehören zu den wesentlichen Voraussetzungen für die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern.

Die veranschlagten Mittel dienen daher im Wesentlichen der Stärkung einer Frauen fördernden Infrastruktur, die einerseits Frauen im Erwerbsleben stärkt und unterstützt (Beratungsstellen „Frau & Beruf“) und andererseits Hilfen für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder bietet (Frauenberatungsstellen sowie im Rahmen des FAG aus dem Epl. 11 geförderte regionale KIK-Netzwerke und Frauenhäuser).

Ab dem Haushaltsjahr 2012 sind die Mittel für die Frauenberatungsstellen nicht mehr im Epl. 09 veranschlagt (Neuregelung § 25 a Abs. 1 FAG im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleiches / Epl. 11).

3. Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Der Bereich Ausländer- und Migrationsangelegenheiten einschließlich Spätaussiedlerangelegenheiten ist im Kapitel 0913 veranschlagt.

Die veranschlagten Mittel dienen der anteiligen Erstattung von Aufwendungen gegenüber den Kreisen (auch für die Ämter und Gemeinden) und kreisfreien Städten, die ihnen durch die Aufnahme und Unterbringung von Asylbegehrenden und weiteren nach dem Asylbewerberleistungsgesetz leistungsberechtigten Personen entstehen.

Einen weiteren Schwerpunkt bilden die Mittel für das Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein (LfA) als Landesoberbehörde mit Dienstsitz in Neumünster mit den Aufnahmeeinrichtungen für Asylsuchende, unerlaubt eingereiste Personen, Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und jüdische Zuwanderinnen und Zuwanderer sowie Personen, die im Rahmen bundesweiter humanitärer Hilfsaktionen aufgenommen werden. Ziele des LfA, das im Jahr 2009 an einem Standort konzentriert wurde (vorher noch mit einer Außenstelle in Lübeck), sind die Beschleunigung des asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verfahrens sowie die Beschleunigung der Ausreise nicht bleibeberechtigter Personen.

Darüber hinaus sind Mittel für Maßnahmen zur Integration von Migrantinnen und Migranten mit Daueraufenthalt (Ausländerinnen und Ausländer, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler) und Mittel zur Beratung von dezentral untergebrachten Migrantinnen und Migranten mit vorübergehendem Aufenthalt veranschlagt.

4. Reaktorsicherheit und Strahlenschutz

Der Bereich Reaktorsicherheit und Strahlenschutz ist im Kapitel 0914 veranschlagt.

Die dort vorgesehenen Mittel werden im Wesentlichen zur Abwicklung atomrechtlicher Verfahren benötigt, zu deren Durchführung das Land S-H nach dem Atomgesetz des Bundes verpflichtet ist (Genehmigungs- und Aufsichtsverfahren für kerntechnische Anlagen). Die Reaktorsicherheitsbehörde bedient sich bei ihrer Tätigkeit in großem Umfang der Unterstützung von Sachverständigen. Die dadurch entstehenden Kosten sind weitestgehend von den Betreibergesellschaften zu erstatten, die außerdem auch Genehmigungs- und Aufsichtsgebühren zu zahlen haben.

Die Abteilung II 5 ist darüber hinaus auch für die Überwachung der Umweltradioaktivität nach dem Strahlenschutzvorsorgegesetz des Bundes zuständig. Nach diesem Gesetz sind die Radioaktivität in der Umwelt zu überwachen sowie im Falle von Ereignissen mit möglichen nicht unerheblichen radiologischen Auswirkungen die Strahlenexposition der Menschen und die radioaktive Kontamination der Umwelt durch angemessene Maßnahmen so gering wie möglich zu halten.

Den Strahlenschutz außerhalb kerntechnischer Anlagen - insbesondere auch den medizinischen Strahlenschutz (Röntgenverordnung) - nimmt die Abteilung als Genehmigungsbehörde und vor Ort tätige Aufsichtsbehörde wahr. Einen Schwerpunkt bildet hier gegenwärtig das Genehmigungsverfahren nach der Strahlenschutzverordnung für ein Partikeltherapiezentrum in Kiel.

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr:

Durch die Änderung der Geschäftsverteilung der Landesregierung (Bekanntmachung des Ministerpräsidenten nach § 27 Abs. 1 Satz 2 des Landesverwaltungsgesetzes vom 27. November 2009 (GVObI Schl.-H. Nr. 21 vom 17. Dezember 2009, S. 864 ff.) ergeben sich folgende Auswirkungen:

Aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz, Gleichstellung und Integration (Epl. 09) - ehemaliges Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa - sind mit Wirkung vom 1. Januar 2010 übergegangen

in den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten
- die Europaangelegenheiten und die Ostsee- und Nordseeangelegenheiten.

in den Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Gesundheit - ehemaliges Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren -
- die Angelegenheiten der Arbeitsmarktpolitik, der ESF-Fondsverwaltung, des individuellen und kollektiven Arbeitsrechts und der Arbeitsmarktförderung.

In den Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz, Gleichstellung und Integration (Epl. 09) sind mit Wirkung vom 1. Januar 2010 übergegangen

aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung und Kultur - ehemaliges Ministerium für Bildung und Frauen -

- die Angelegenheiten der Gleichstellung von Frauen und Männern einschließlich der Frauenpolitik, der Weiterentwicklung von Antidiskriminierungsstrategien auch in Bezug auf sexuelle Orientierung, der Grundsatzangelegenheiten des Gender Mainstreaming, des Opferschutzes und der Gewaltprävention.

aus dem Geschäftsbereich des Innenministeriums

- die Angelegenheiten der Aufnahme und Integration von Migranten unter Einschluss des Landesamtes für Ausländerangelegenheiten, des Aufenthalts-, Asyl- und Freizügigkeitsrecht, des Staatsangehörigkeitsrecht und der Geschäftsstelle Härtefallkommission.

aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Gesundheit – ehemaliges Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren

- die Angelegenheiten der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes.

Außerdem werden mit Wirkung vom 1. Januar 2010 die Aufgaben des Beauftragten für Integrationsfragen im Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz, Gleichstellung und Integration wahrgenommen.

C. Wesentliche veranschlagungstechnische Veränderungen gegenüber dem Vorjahr:

Aufgrund der Änderung der Geschäftsverteilung sind

a) weggefallen

Kapitel 0910 Arbeitsmarktförderung

Kapitel 0911 Europaangelegenheiten

b) hinzugekommen

Kapitel 0912 Förderung der Gleichstellung

Kapitel 0913 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Kapitel 0914 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz

Die Vorjahreswerte der übertragenen Kapitel, Maßnahmegruppen und Titel sind in vollem Umfang bei den übernehmenden Kapiteln, Maßnahmegruppen und Titeln ausgewiesen.

D. Leerstellen

<i>-Ohne kostenwirksame Leerstellen-</i>	
Kapitel	Stand 01.02.2010
0901	2
0902	127
0903	11
0904	4
0905	13
0906	0
0908	69
0909	5
0913	0
Gesamt	231

Diese Leerstellen sind in den Kapiteln und in dem Gesamtabschluss nicht enthalten.

E. Personalkostenbudget

Personalkostenbudget Epl. 09 (OG 42)

Soll 2011: 223.477,6 T€

Soll 2012: 222.087,6 T€

Vollzeitäquivalente:

Stand 31.03.2009: 5.391,45

Stand 31.03.2010 5.379,34

Nachrichtlich:

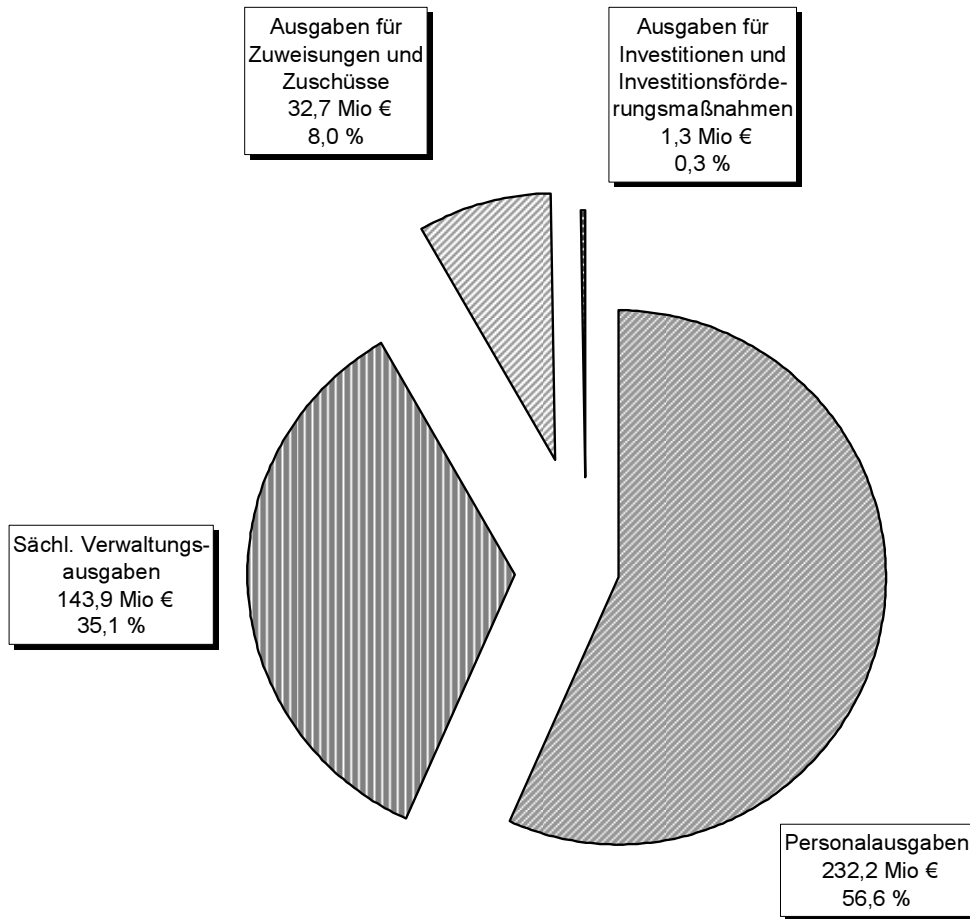
1. Versorgungsempfängerinnen/Versorgungsempfänger
 - a) Anzahl Stand 01.01.2009: 2.339
Anzahl Stand 01.01.2010: 2.413
 - b) Ist 2009 - in T€ 67.428,8
Soll 2010 - in T€ 67.847,5
Soll 2011 - in T€ 72.446,4
Soll 2012 - in T€ 75.005,4
2. Vor der regulären Pensionsaltersgrenze vorzeitig in Ruhestand versetzte Versorgungsempfängerinnen/Versorgungsempfänger
 - a) Anzahl in 2009 28
 - b) durchschnittliche Zeitdauer bis zur regulären Pensionsaltersgrenze 13,8 Jahre
3. Schwerbehinderte Beschäftigte (Jahresdurchschnitt 2009)

Arbeitsplätze nach dem SGB IX	5.054
Pflichtquote (5 %)	253
durch Schwerbehinderte besetzte Arbeitsplätze	273

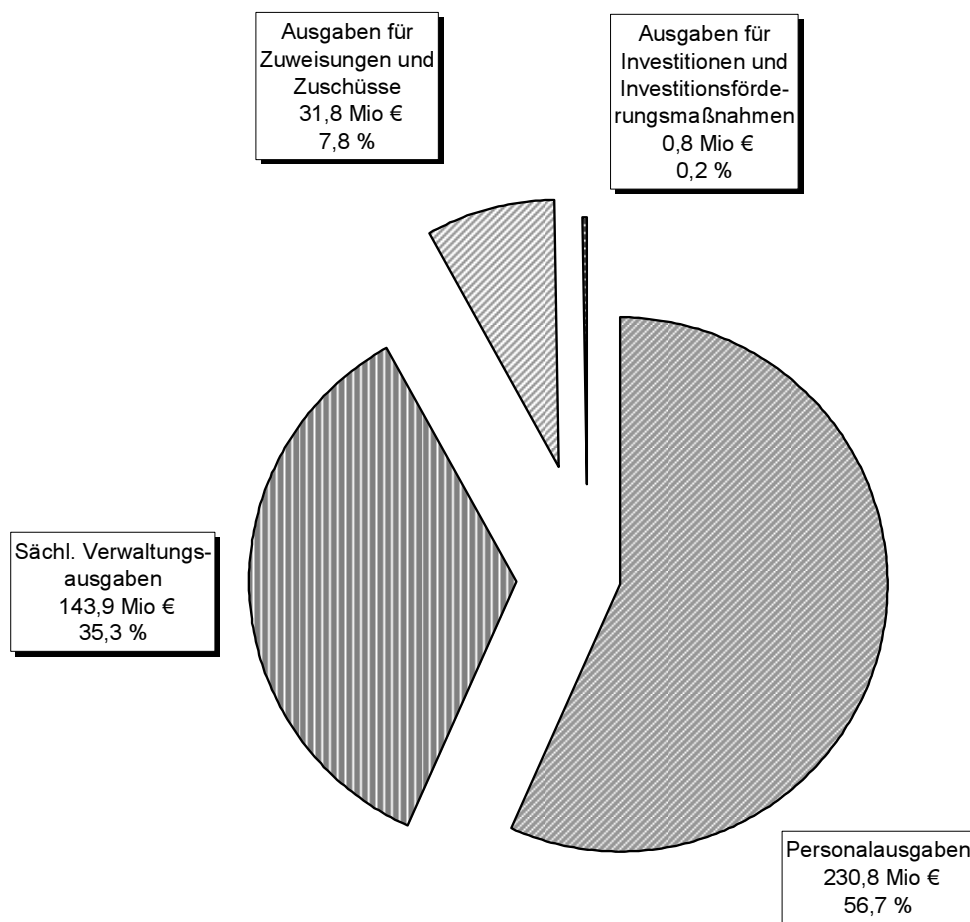
F. Sonstiges

Die Landesregierung hat oder wird dem Bundesrat Gesetzentwürfe vorlegen, durch die Änderungen im Bundesrecht herbeigeführt werden sollen, mit dem Ziel, die durch Bundesrecht bedingten Ausgaben des Landes zu senken. Ebenso hat oder wird die Landesregierung solche Gesetzentwürfe unterstützen. Gleiches gilt für Änderungen auf EU-Ebene. Im Falle erfolgreicher Initiativen können sich nennenswerte Minderbedarfe in den Haushaltsjahren 2011/2012 bei den entsprechenden Ausgabetiteln ergeben. Im Epl. 09 könnten hiervon u.a. die Ausgaben für Prozesskostenhilfe, für Rechtsberatungshilfe und im Rahmen des Verbraucherinsolvenzrechts betroffen sein. Gemäß § 4 Abs. 1 HG 2011/2012 kann das Finanzministerium die Ansatzmittel der betroffenen Titel in Höhe der Minderbedarfe sperren (vgl. § 4 Abs. 1 HG 2011/2012).

Einzelplan 09 Nettoausgaben nach Ausgabearten 2011



Einzelplan 09 Nettoausgaben nach Ausgabearten 2012



09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Mehreinnahmen bei Tit. 359 03 können für Mehrausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 des Kapitels 0901 verwendet werden.

Einnahmen

111 01	011	Gebühren und tarifliche Entgelte	8,0 7,3	8,0	8,0
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind insbesondere Gebühren für die Entscheidung über Anträge auf Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Ehesachen sowie für die Entscheidungen über Einbürgerungsanträge.

119 99	011	Vermischte Einnahmen	5,0 0,0	5,0	5,0
--------	-----	-----------------------------	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind u.a. die Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer oder entbehrlicher Gegenstände.

356 05	951	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 916 05.

359 01	951	Entnahme aus der Rücklage Personal	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 919 01.

359 03	951	Entnahme aus der Rücklage	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	----------------------------------	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 02.

Summe der Einnahmen			13,0 7,3	13,0	13,0
----------------------------	--	--	--------------------	-------------	-------------

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Ausgaben

412 01 011 **Aufwandsentschädigung für den Beauftragten für Integrationsfragen** 0,0 11,8 11,8
0,0

421 01 011 **Bezüge der Ministerin bzw. des Ministers** 128,2 136,0 136,0
98,8

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Bezüge	134.280	134.280
2.	Aufwandsentschädigung	1.720	1.720
Summe		136.000	136.000

422 01 011 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten** 13.296,4 4.875,5 4.875,5
4.930,1

Erläuterungen:

Vorjahreswerte von Tit. 422 02 übertragen sowie Übertragung von 98,6 T€ von Tit. 0401 - 422 01 im Zusammenhang mit der Änderung der Geschäftsverteilung der LReg (s.a. Stellenplan zu Tit. 0901 - 422 01).

422 02 011 **Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte** 0,0 0,0 0,0
0,0

Übertragen nach Tit. 422 01.

427 01 011 **Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte** 31,0 40,0 40,0
41,4

427 02 011 **Beschäftigungsentgelt in Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen - ABM -** 0,0 0,0 0,0
0,0

Künftig wegfallend.

427 04 011 **Vergütungen für Praktikantinnen und Praktikanten** 0,0 0,0 0,0
0,1

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

428 01 011 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** 3.205,1 3.117,0 3.117,0
3.809,4

453 01 011 **Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen** 44,0 40,0 40,0
29,3

Erläuterungen:

Veranschlagt ist:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Trennungsgeld für 9 (2009: 10) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	36.000	36.000
2.	Umzugskostenvergütungen	4.000	4.000
Summe		40.000	40.000

511 01 011 **Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände** 105,0 120,0 120,0
124,8

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 511 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Büromaterial	65.500	65.500
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	26.500	26.500
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten	4.500	4.500
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernmeldegebühren	6.000	6.000
5.	Ersatzbeschaffungen von Geräten	7.500	7.500
6.	Ergänzungsbeschaffungen von Geräten	6.000	6.000
7.	Unterhaltung von Geräten	3.000	3.000
8.	Sonstiges	1.000	1.000
Summe		120.000	120.000

514 01	011	Dienst- und Schutzkleidung	1,0 0,2	1,0	1,0
--------	-----	-----------------------------------	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Anschaffung und Reinigung von Schutzkleidung für Beschäftigte im Boten- und Registraturdienst.

518 02	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	58,0 36,1	58,0	58,0
--------	-----	---	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mieten für Fotokopiergeräte.

525 02	011	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	67,6 40,8	67,6	67,6
--------	-----	--	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Allgemeine Fortbildungsveranstaltungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	56.600	56.600
2.	Führungskräftefortbildungen	6.000	6.000
3.	Inhouse-Seminare inkl. Sprachunterricht	5.000	5.000
Summe		67.600	67.600

526 05	011	Ärztliche Untersuchungen	1,0 0,3	1,0	1,0
--------	-----	---------------------------------	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 0902 - 533 02 und 0903 - 533 02.

527 01	011	Dienstreisen	74,9 96,1	76,4	76,4
--------	-----	---------------------	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	68.800	68.800
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	7.600	7.600
Summe		76.400	76.400

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
529 03	011	Zur Ausrichtung von Tagungen	0,0 0,0	0,0	0,0
		Übertragen nach 09 01 - 541 01			
529 10	011	Zur Verfügung des Ministeriums für Repräsentationsaufgaben	7,6 5,7	7,6	7,6
		Erläuterungen: Die Verfügungsmittel sind für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen vorgesehen. Die Aufwendungen müssen in einer adäquaten Relation zum jeweiligen Anlass stehen. Die Bewirtungskosten und die Ausgaben für Geschenke sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen. Die Ausgaben sind unter Angabe über den die Aufwendungen verursachenden Anlass sowie über Funktion und Anzahl der Begünstigten einzeln zu belegen.			
531 02	013	Öffentlichkeitsarbeit	29,7 23,2	27,0	27,0
		Erläuterungen: Veranschlagt für:			
				2011	2012
				EUR	EUR
		1. Öffentlichkeitsarbeit Bereich Justizpolitik		14.100	14.100
		2. Internetpräsentation des MJGI		1.900	1.900
		3. Veranstaltungen		2.000	2.000
		4. Öffentlichkeitsarbeit Bereich Gleichstellungspolitik		9.000	9.000
		Summe		27.000	27.000
		Nachrichtlich: Im Einzelplan sind außerdem folgende Maßnahmen für Öffentlichkeitsarbeit veranschlagt:			
				2011	2012
				EUR	EUR
		1. Öffentlichkeitsarbeit			
		1.1 Tit. 0912 - 535 02 (Frauenpolitische Veranstaltungen und Informationen im Bereich Gleichstellungspolitik)		20.000	20.000
		1.2 Tit. 0913 - 526 01 MG 02 (Informationsveranstaltungen im Bereich Integration von Migrantinnen und Migranten)		2.000	2.000
		1.3 Tit. 0913 - 531 65 TG 65 (Veröffentlichungen des Landesamtes für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein)		1.000	1.000
		1.4 Tit. 0914 - 531 11 MG 01 (Veröffentlichungen im Rahmen von atomrechtlichen Genehmigungsverfahren; sh. auch Tit. 0914 - 111 10 MG 01)		10.000	10.000
		1.5 Tit. 0914 - 531 12 MG 01 (Veröffentlichungen der Informationsstelle zu Gefahren der Atomenergie)		19.000	19.000
		Summe		52.000	52.000
533 02	011	Aufwendungen für Pfortnerdienste	12,0 11,4	12,0	12,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind die Ausgaben für einen externen Pfortnerdienst zu bestimmten Zeiten im Hauptgebäude des Ministeriums für Justiz, Gleichstellung und Integration.			
533 99	011	Leistungsentgelte an die GMSH	8,0 0,0	0,0	8,0
		Erläuterungen: Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel. Die Prüfung findet alle 2 Jahre statt.			
536 01	011	Umzugskosten	37,0 0,0	0,0	0,0

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 536 01

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

541 01	011	Zur Ausrichtung von Tagungen	2,7 6,0	2,7	2,7
--------	-----	-------------------------------------	------------	-----	-----

Erläuterungen:

Übertragung von Tit. 529 03.

546 99	011	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	8,7 4,1	8,7	8,7
--------	-----	---	------------	-----	-----

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2011	2012
			EUR	EUR
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen		0	0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen (z.B. Stellenausschreibungen)		7.200	7.200
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen		0	0
4.	Sonstige vermischte Ausgaben		1.500	1.500
Summe			8.700	8.700

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

685 04	014	Ausgaben für Statistiken des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	--	------------	-----	-----

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 981 04.

812 02	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausstattungsgegenständen	23,0 9,7	23,0	20,7
--------	-----	---	-------------	------	------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2011	2012
			EUR	EUR
1.	Ersatzbeschaffungen Mobiliar		5.000	5.000
2.	Digitales Zeiterfassungssystem		12.000	0
3.	Elektronisches Zugangssystem		6.000	6.000
4.	Ausstattung von Sitzungsräumen		0	9.700
Summe			23.000	20.700

916 05	951	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	------------	-----	-----

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Titeln der Obergruppe 42 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

919 01	951	Zuführung zu einer Rücklage Personal	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	------------	-----	-----

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Titeln der Obergruppe 42 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
919 02	951	Zuführung an die Rücklage	0,0 0,0	0,0	0,0
Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei den Tit. der HGr. 5, 6 und 8 geleistet werden.					
Erläuterungen:					
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.					
972 02	989	Globale Minderausgaben	-875,0 0,0	0,0	0,0
981 04	991	Verrechnung zu Gunsten Titel 0401-381 01 für Statistiken des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein	0,0 258,1	0,0	0,0
Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei den Titeln 0901-685 04, 0902-685 04, 0903-685 04, 0904-685 04, 0905-685 04, 0906-685 04, 0908-685 04 und 0909-685 04 geleistet werden.					
Summe der Ausgaben			16.265,9 9.525,6	8.625,3	8.631,0

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Abschluss

11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	13,0 7,3	13,0	13,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0	0,0
Gesamteinnahmen			13,0 7,3	13,0	13,0
41 - 49		Personalausgaben	16.704,7 8.909,1	8.220,3	8.220,3
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	413,2 348,7	382,0	390,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,0 0,0	0,0	0,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	23,0 9,7	23,0	20,7
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	-875,0 258,1	0,0	0,0
Gesamtausgaben			16.265,9 9.525,6	8.625,3	8.631,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-16.252,9 -9.518,3	-8.612,3	-8.618,0

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Das Kapitel 09 02 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

01 Straffälligenhilfe und Opferschutz

06 Einführung eines Qualitätsmanagements mit einem kennzahlengestützten Steuerungssystem

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 des Kapitels 0902 mit Ausnahme der Tit. 526 11, 526 12, 526 13, 526 14, 526 15 und 526 17 verwendet werden.

Einnahmen

111 02	052	Gerichtskosten	116.300,0	105.000,0	107.000,0
			102.831,9		

Erläuterungen:

Mehreinnahmen dürfen für Mehrausgaben bei Tit. 526 11 bis 526 17 verwendet werden.

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Gebühreneinnahmen aus		
1.1	Zivilsachen (im Einzelnen: Zivilverfahren, Ehe- und Familiensachen, Vormundschafts- und Betreuungssachen, Mahnverfahren)	40.000.000	42.000.000
1.2	Grundbuchsachen	42.000.000	42.000.000
1.3	Vollstreckungssachen	10.000.000	10.000.000
1.4	Nachlasssachen	6.000.000	6.000.000
1.5	Insolvenzsachen	5.000.000	5.000.000
1.6	Strafsachen und Ordnungswidrigkeiten	1.500.000	1.500.000
1.7	Sonstiges	500.000	500.000
	Summe	105.000.000	107.000.000

Weniger aufgrund Anpassung an das Ist-Aufkommen.

112 02	052	Gebühren und Auslagen der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher	10.000,0	10.000,0	10.000,0
			9.229,8		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Gerichtsvollziehergebühren	6.700.000	6.700.000
2.	Gerichtsvollzieherauslagen	3.300.000	3.300.000
	Summe	10.000.000	10.000.000

119 01	052	Einnahmen aus Veröffentlichungen	10,0	30,0	30,0
			31,2		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Einnahmen aus Veröffentlichungen in den Schleswig-Holsteinischen Anzeigen. Die Anzahl der Ersuchen um Veröffentlichung ist nicht vorhersehbar, der Ansatz ist geschätzt. Mehr aufgrund Anpassung an die Ist-Entwicklung.

119 02	052	Sonstige Verwaltungseinnahmen	5,0	15,0	15,0
			16,0		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer oder entbehrlicher Gegenstände. Der Ansatz ist geschätzt. Mehr aufgrund Anpassung an die Ist-Entwicklung.

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
119 04	052	Erstattungen für die Leistungen der Sanktions- Alternativen im Strafvollzug	0,0 34,5	0,0	0,0
		Erläuterungen: Für Rückflüsse aus Vorjahren aus den Zuschüssen an Einrichtungen zur Durchführung von Sanktionsalternativen zum Strafvollzug (vgl. Tit. 684 06 MG 01 und 684 09 MG 01). Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
119 99	052	Vermischte Einnahmen	10,0 6,8	10,0	10,0
132 01	052	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	0,0 3,6	0,0	0,0
		Erläuterungen: Vgl. Tit. 811 01.			
232 01	052	Erstattung von Verwaltungsausgaben von anderen Ländern	0,0 0,0	0,0	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
282 01	052	Beteiligung der Rechtsanwaltskammer an der Vergütung der anwaltlichen Ausbilderinnen und Ausbilder in der Anwaltspflichtstation	0,0 77,4	0,0	0,0
		Erläuterungen: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 681 04 zu verwenden.			
356 05	951	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0 12,1	0,0	0,0
		Erläuterungen: Vgl. Tit. 916 05.			
359 01	951	Entnahme aus der Rücklage	1.000,0 2.455,4	0,0	0,0
		Erläuterungen: Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.			
Summe der Einnahmen			127.325,0 114.698,7	115.055,0	117.055,0

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Ausgaben

412 01	052	Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter und der ehrenamtlichen Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer	590,0 560,9	590,0	590,0
--------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entschädigung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter und der ehrenamtlichen Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776) zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449). Der Ansatz ist geschätzt.

422 01	052	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten - Richterinnen und Richter -	67.980,9 72.374,2	73.679,1	73.469,0
--------	-----	---	-----------------------------	-----------------	-----------------

Erläuterungen:

Vorjahreswerte von Tit. 422 02 übertragen.

422 02	052	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

Übertragen nach Tit. 422 01.

422 03	052	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst	951,4 1.026,1	1.050,0	1.050,0
--------	-----	---	-------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Anwärterbezüge für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst:

		2011 EUR	2012 EUR
1.	Rechtspflegeranwärterinnen, Rechtspflegeranwärter	670.000	700.000
2.	Justizsekretäranwärterinnen, Justizsekretäranwärter	330.000	300.000
3.	Justizhauptwachmeisteranwärterinnen, Justizhauptwachmeisteranwärter	50.000	50.000
	Summe	1.050.000	1.050.000

Aus dem Ansatz dürfen auch Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten und Nachdienstzulagen gezahlt werden.

427 01	052	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	1.417,4 501,4	600,0	600,0
--------	-----	--	-------------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt zur Deckung des Personalbedarfs aus Anlass von Geschäftsandrang und Erkrankungen. Weniger aufgrund Anpassung an den erwarteten Bedarf.

427 02	052	Beschäftigungsentgelte im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen- ABM	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

Künftig wegfallend.

427 04	052	Hausdienst- und sonstige Vergütungen	393,0 283,0	300,0	300,0
--------	-----	---	-----------------------	--------------	--------------

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 427 04

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Hausdienstvergütungen	60.000	60.000
2.	Vergütungen für Zustellungen	240.000	240.000
Summe		300.000	300.000

Zu 1.:

In den Fällen, in denen bisher schon Wachtmeisterinnen und Wachtmeister hausmeistergleiche Tätigkeiten (wie z.B. Gartenarbeiten, Schneeräumung, Bedienung der Heizung) gegen Hausdienstvergütungen ausgeübt haben, ist mit Ausnahmegenehmigung des Finanzministeriums gem. § 3 Abs. 2 GMSH-Gesetz diese Tätigkeit -auslaufend- weiterhin zulässig.

Zu 2.:

Für Zustellungen von Schriftstücken, die im Rahmen einer genehmigten Nebentätigkeit außerhalb der Dienstzeit durch Gerichtswachtmeisterinnen und Gerichtswachtmeister sowie durch Justizangestellte bewirkt werden, wird eine Vergütung von 2,81 € je Zustellung gewährt.

Weniger aufgrund Anpassung an den erwarteten Bedarf.

427 05	052	Vergütungen für Praktikantinnen und Praktikanten	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	-----	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

428 01	052	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	35.833,7 36.115,3	37.520,0	36.860,0
---------------	-----	--	-----------------------------	-----------------	-----------------

428 03	052	Ausbildungsentgelte für Justizfachangestellte	453,5 339,1	400,0	400,0
---------------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

428 04	052	Ausbildungsentgelte der Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare	12.415,0 11.828,1	13.000,0	12.580,0
---------------	-----	--	-----------------------------	-----------------	-----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausbildungsbeihilfen und Nachversicherungsbeiträge für:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare	10.900.000	10.600.000
2.	Nachversicherungsbeiträge	2.100.000	1.980.000
Summe		13.000.000	12.580.000

453 01	052	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	290,0 217,0	245,0	245,0
---------------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 453 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Trennungsgeld für 110 (Vorjahr: 110) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	120.000	120.000
2.	Umzugskostenvergütungen für 15 (Vorjahr: 10) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	70.000	70.000
3.	Trennungsgeld für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst	45.000	45.000
4.	Trennungsgeld im Rahmen der Ausbildung von Justizfachangestellten	10.000	10.000
Summe		245.000	245.000

Weniger aufgrund Anpassung an den erwarteten Bedarf.

459 02	052	Vergütungen an Beamtinnen und Beamte im Vollstreckungsdienst	7.300,0 6.959,2	7.300,0	7.300,0
---------------	------------	---	---------------------------	----------------	----------------

Darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 112 02 überschritten werden.

Rückzahlungen aufgrund des endgültig festgesetzten Gebührenanteils dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Entschädigungen, Gebührenanteile und Auslagen der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher. Von den Gebühreneinnahmen entfallen 49 % auf Bürokosten (bis zu einem festgesetzten Höchstbetrag, darüber geringere Anteile) nach §§ 2 und 5 der Landesverordnung zur Abgeltung der Bürokosten der Gerichtsvollzieher vom 13. Mai 1977 (GVOBl. Schl.-H. S. 168), zuletzt geändert durch Verordnung vom 2. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 572) - sowie 15 % auf besondere Vergütung - § 1 der Vollstreckungsvergütungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Januar 2003 (BGBl. I S.8).

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Gebührenanteile (s. Tit. 112 02 Nr. 1)	3.950.000	3.950.000
2.	Auslagen (s. Tit. 112 02 Nr. 2)	3.300.000	3.300.000
3.	sonstige Auslagen	50.000	50.000
Summe		7.300.000	7.300.000

Vgl. Tit. 112 02.

459 03	052	Handgeld an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gehobenen Sozialdienst	9,6 8,3	9,6	9,6
---------------	------------	---	-------------------	------------	------------

Deckungsfähig mit Tit. 0908-459 03.

Erläuterungen:

Veranschlagt ist ein Teilbetrag für Handgeld für 82 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gehobenen Sozialdienst.

511 01	052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	7.700,0 6.013,8	6.817,4	6.417,4
---------------	------------	--	---------------------------	----------------	----------------

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 511 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Büromaterial	800.000	750.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	500.000	450.000
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten	150.000	150.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	4.617.400	4.617.400
5.	Ersatzbeschaffungen von Geräten	400.000	150.000
6.	Ergänzungsbeschaffungen	200.000	150.000
7.	Unterhaltung von Geräten	100.000	100.000
8.	Sonstiges	50.000	50.000
Summe		6.817.400	6.417.400

182,6 T€ übertragen nach Tit. 1220 - 511 02 für die zentral beauftragten Postdienstleistungen und andere Kurierdienste des Landes.

Im Übrigen Einsparung zur Einhaltung des Konsolidierungspfades.

514 01	052	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstkraftfahrzeugen und dgl.	95,0	95,0	95,0
			95,8		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	60.000	60.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung	30.000	30.000
3.	Verbrauchsmittel	5.000	5.000
4.	Haltung von privateigenen und zum Dienst zugelassenen Fahrzeugen	0	0
5.	Sonstiges	0	0
Summe		95.000	95.000

Die Präsidentin oder der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichts kann über einen Dienstwagen nach Maßgabe der Richtlinien der Landesregierung verfügen.

Bestand an Kraftfahrzeugen:

	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012	Bestand am
	1.2.2010			
Kleintransporter	3	3	3	3
Pkw mit Fahrer/ Fahrer	5	5	5	5
Selbstfahrer-Pkw	6	6	6	6
Zusammen	14	14	14	14

Vgl. Tit. 811 01.

518 02	052	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	460,0	350,0	350,0
			328,9		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mieten für Fotokopiergeräte. Weniger aufgrund Anpassung an die Vertragslage.

518 99	052	Leasingraten für Fahrzeuge	20,0	20,0	20,0
			13,3		

Erläuterungen:

Veranschlagt für 6 (Vorjahr 5) geleaste Fahrzeuge.

525 01	052	Ausbildung und Umschulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	245,0	245,0	245,0
			210,7		

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 525 01

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Ausbildung der Anwärtnerinnen und Anwärtler der Laufbahngruppe 2.2	60.000	60.000
2.	Ausbildung der Anwärtnerinnen und Anwärtler der Laufbahngruppe 2.1	33.000	33.000
3.	Ausbildung der Anwärtnerinnen und Anwärtler der Laufbahngruppe 1.2	15.000	15.000
4.	Ausbildung der Justizfachangestellten	4.500	4.500
5.	Unterrichtsentschädigungen	132.500	132.500
	Summe	245.000	245.000

525 02	052	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	250,0 243,2	300,0	300,0
---------------	------------	--	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Teilnahmen an Lehrgängen und Tagungen	153.000	153.000
2.	Unterrichtungen von Schöffen	2.500	2.500
3.	Fortbildungen sowie Supervision für die Gerichts- und Bewährungshilfe	25.000	25.000
4.	Sicherheitsausbildung für Justizwachtmeister und andere Bedienstete bei den Gerichten der ordentlichen Gerichtsbarkeit	19.500	19.500
5.	Schulungen für Ausbilder bei den Gerichten	15.000	15.000
6.	Zentrale Mittel des MJGI für Maßnahmen, die z.B. aus den neuen Steuerungsinstrumenten erwachsen	5.000	5.000
7.	Zentrale Mittel des MJGI für die Ausbildung der im Rahmen des Sicherheitspakets zusätzlich eingestellten Justizwachtmeister	15.000	15.000
8.	Zentrale Mittel des MJGI für die gerichtliche Mediation	15.000	15.000
9.	Sicherheitstraining für Justizbedienstete	50.000	50.000
	Summe	300.000	300.000

Mehr aufgrund des ab 2011 geplanten Sicherheitstrainings für Justizbedienstete (s. lfd.Nr. 9).

525 03	052	Vergütung für die Prüfung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern	120,0 46,1	95,0	95,0
---------------	------------	--	----------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Juristische Staatsprüfungen	89.000	89.000
2.	Prüfungen der Justizfachangestellten	5.000	5.000
3.	Sonstige Prüfungen	1.000	1.000
	Summe	95.000	95.000

Mitveranschlagt sind die Reisekosten der Prüferinnen und Prüfer. Weniger aufgrund Anpassung an den erwarteten Bedarf.

526 01	052	Gerichts- und ähnliche Kosten	70,0 114,2	100,0	100,0
---------------	------------	--------------------------------------	----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für den gesamten Einzelplan 09.

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
526 03	052	Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse	2,9 1,2	2,9	2,9
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind insbesondere Entschädigungen und Reisekosten für die Mitglieder:					
				2011	2012
				EUR	EUR
1. des Landesbeirates für Bewährungs- und Straffälligenhilfe				600	600
2. des Richterwahlausschusses				1.300	1.300
3. des Berufsbildungsausschusses für den Ausbildungsberuf "Justizfachangestellte/ Justizfachangestellter"				1.000	1.000
Summe				2.900	2.900
526 04	052	Sitzungsgeld für Schwerbehindertenvertre- tungen	15,0 14,8	1,0	1,0
Erläuterungen:					
Veranschlagt für den gesamten Einzelplan 09. Weniger durch den Wegfall des Sitzungsgeldes für Personalratsmitglieder durch Änderung des Mitbestimmungsgesetzes; Zweckbestimmung bis 2010 "Sitzungsgeld für Personalratsmitglieder".					
526 05	052	Ärztliche Untersuchungen	25,0 25,9	25,0	25,0
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 0902 - 533 02.					
526 11	052	Gebühren und Auslagen der Prozesskosten- hilfe	19.000,0 18.824,7	17.500,0	17.500,0
Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 111 02 geleistet werden, sofern sie nicht bei Tit. 526 12, 526 13, 526 14, 526 15, 526 16 oder 526 17 verwendet wurden.					
Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 52612, 52613, 52614, 52615, 52616 und 52617 sowie mit Tit. 0904-52611, 0905-52611, 0905-52612, 0905-52613, 0906-52611, 0908-52613, 0908-52614, 0908-52615 und 0909-52611.					
Erläuterungen:					
Veranschlagt für Ausgaben aufgrund der §§ 114 ff. der Zivilprozessordnung (ZPO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3202, ber. 2006, S. 341 und 2007, S. 1781), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. September 2009 (BGBl. I S. 3145).					
526 12	052	Gebühren und Auslagen der Verteidigerinnen und Verteidiger	5.300,0 5.515,3	6.000,0	6.000,0
Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 111 02 geleistet werden, sofern sie nicht bei Tit. 526 11, 526 13, 526 14, 526 15, 526 16 oder 526 17 verwendet wurden.					
Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 52611, 52613, 52614, 52615, 52616 und 52617 sowie mit Tit. 0904-52611, 0905-52611, 0905-52612, 0905-52613, 0906-52611, 0908-52613, 0908-52614, 0908-52615 und 0909-52611.					
Erläuterungen:					
Veranschlagt für Ausgaben für in Strafsachen beigeordnete Verteidigerinnen und Verteidiger sowie für beigeordnete Nebenklagevertreterinnen und -vertreter (§ 397 a Abs. 1 StPO - ohne PKH) aufgrund des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes (RVG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 788), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Dezember 2010 (BGBl. I S. 2300).					
526 13	052	Entschädigungen für Zeuginnen und Zeugen	1.700,0 1.567,2	1.600,0	1.600,0
Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 111 02 geleistet werden, sofern sie nicht bei Tit. 526 11, 526 12, 526 14, 526 15, 526 16 oder 526 17 verwendet wurden.					
Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 52611, 52612, 52614, 52615, 52616 und 52617 sowie mit Tit. 0904-52611, 0905-52611, 0905-52612, 0905-52613, 0906-52611, 0908-52613, 0908-52614, 0908-52615 und 0909-52611.					

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 526 13

Erläuterungen:

Veranschlagt für Ausgaben aufgrund Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449).

526 14	052	Entschädigungen für Sachverständige	18.900,0 18.346,2	18.500,0	18.500,0
---------------	------------	--	-----------------------------	-----------------	-----------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 111 02 geleistet werden, sofern sie nicht bei Tit. 526 11, 526 12, 526 13, 526 15, 526 16 oder 526 17 verwendet wurden.

Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 52611, 52612, 52613, 52615, 52616 und 52617 sowie mit Tit. 0904-52611, 0905-52611, 0905-52612, 0905-52613, 0906-52611, 0908-52613, 0908-52614, 0908-52615 und 0909-52611.

Erläuterungen:

Veranschlagt für Ausgaben aufgrund Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449).

Veranschlagt sind auch die Ausgaben für Dolmetscherinnen und Dolmetscher.

526 15	052	Sonstige Auslagen in Rechtssachen	30.200,0 27.349,8	31.400,0	31.900,0
---------------	------------	--	-----------------------------	-----------------	-----------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 111 02 geleistet werden, sofern sie nicht bei Tit. 526 11, 526 12, 526 13, 526 14, 526 16 oder 526 17 verwendet wurden.

Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 52611, 52612, 52613, 52614, 52616 und 52617 sowie mit Tit. 0904-52611, 0905-52611, 0905-52612, 0905-52613, 0906-52611, 0908-52613, 0908-52614, 0908-52615 und 0909-52611.

Erläuterungen:

Veranschlagt für Ausgaben

- nach Teil 9 (Auslagen) des Kostenverzeichnisses zum Gerichtskostengesetz (GKG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718), zuletzt geändert durch Gesetz vom 09. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1900) und §§ 136 ff. Kostenordnung (KostO) in der Fassung vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 960 - bereinigte Fassung unter Gliederungsnummer 361 - 1), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. September 2009 (BGBl. I S. 3145),
- in Betreuungsangelegenheiten nach §§ 1835 Abs. 4 und 1835 a Abs. 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, ber. S. 2909 und BGBl. I 2003, S. 738), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1864) sowie
- für Vergütungen für Verfahrenspflegerinnen und -pfleger sowie für Verfahrensbeistände nach dem Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2568), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Dezember 2010 (BGBl. I S. 2255).

526 16	052	Kosten der Rechtsberatungshilfe	6.200,0 4.909,4	5.000,0	5.000,0
---------------	------------	--	---------------------------	----------------	----------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 111 02 geleistet werden, sofern sie nicht bei Tit. 526 11, 526 12, 526 13, 526 14, 526 15 oder 526 17 verwendet wurden.

Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 52611, 52612, 52613, 52614, 52615 und 52617 sowie mit Tit. 0904-52611, 0905-52611, 0905-52612, 0905-52613, 0906-52611, 0908-52613, 0908-52614, 0908-52615 und 0909-52611.

Erläuterungen:

Veranschlagt für Ausgaben aufgrund des Gesetzes über die Rechtsberatung und Vertretung für Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen (Beratungshilfegesetz) vom 18. Juni 1980 (BGBl. I S. 689), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586).

526 17	052	Gebühren und Auslagen in Insolvenzverfahren	6.200,0 7.027,5	7.500,0	7.500,0
---------------	------------	--	---------------------------	----------------	----------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 111 02 geleistet werden, sofern sie nicht bei Tit. 526 11, 526 12, 526 13, 526 14, 526 15 oder 526 16 verwendet wurden.

Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 52611, 52612, 52613, 52614, 52615 und 52616 sowie mit Tit. 0904-52611, 0905-52611, 0905-52612, 0905-52613, 0906-52611, 0908-52613, 0908-52614, 0908-52615 und 0909-52611.

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 526 17

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Gebühren und Auslagen für Rechtsanwälte, die Vergütung und Auslagen der Insolvenzverwalter und Treuhänder, Sachverständigen- sowie Veröffentlichungskosten in Insolvenzverfahren gemäß Insolvenzordnung (InsO) vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2866) , zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1885).

526 99	052	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	7,5 23,9	30,0	30,0
---------------	-----	---	--------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für den gesamten Einzelplan 09.

527 01	052	Dienstreisen	228,0 239,0	240,0	240,0
---------------	-----	---------------------	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Reisen in Verwaltungsangelegenheiten	35.000	35.000
2.	Reisen der Bezirksrevisorinnen und Bezirksrevisoren zu Geschäftsprüfungen	6.500	6.500
3.	Reisen zur Wahrnehmung von Gerichtstagen	10.000	10.000
4.	Dienstantrittsreisen u. Reisekostenpauschalvergütungen	25.000	25.000
5.	Reisen zur Prüfung von Notariatsgeschäften	5.000	5.000
6.	Reisen zur Abhaltung der Großen Juristischen Staatsprüfung	8.500	8.500
7.	Reisen zur Ablegung von Prüfungen	5.000	5.000
8.	Reisen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gehobenen Sozialdienst	110.000	110.000
9.	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten (einschließlich Fortbildung) für den gesamten Einzelplan 09	35.000	35.000
Summe		240.000	240.000

529 01	052	Zur Verfügung der nachgeordneten Behörden für Repräsentationsaufgaben	3,7 3,5	3,7	3,7
---------------	-----	--	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für den gesamten Einzelplan 09. Es sind für 56 nachgeordnete Landesbehörden Verfügungsmittel für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen veranschlagt. Sie sind nach Maßgabe der Richtlinien für die Inanspruchnahme der Verfügungsmittel in der jeweils geltenden Fassung zu verwenden. Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.

529 02	052	Zur Verfügung des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichts für Repräsentationsaufgaben	0,5 0,5	0,5	0,5
---------------	-----	--	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Verfügungsmittel für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen. Sie sind nach Maßgabe der Richtlinien für die Inanspruchnahme der Verfügungsmittel in der jeweils geltenden Fassung zu verwenden. Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.

531 03	052	Verlag und Druck der Schleswig-Holsteinischen Anzeigen	215,0 191,1	215,0	215,0
---------------	-----	---	-----------------------	--------------	--------------

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 531 03

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Druck	140.000	140.000
2.	Vertrieb	58.000	58.000
3.	Honorare für Aufsätze und Urteilsbesprechungen	12.000	12.000
4.	Sonstiges	5.000	5.000
Summe		215.000	215.000

533 02	052	Kosten für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte	121,0 83,7	120,0	120,0
---------------	-----	--	----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für Betriebsärzte und für Fachkräfte der Arbeitssicherheit für den arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutz aller Beschäftigten des Ministeriums für Justiz, Gleichstellung und Integration sowie aller Beschäftigten der Gerichte und Staatsanwaltschaften. Ausgenommen sind die Beschäftigten in den Justizvollzugsanstalten (vgl. Tit. 0903-533 01) und arbeitenden Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten (vgl. Tit. 0903-538 61 TG 61) sowie die Beschäftigten des Landesamtes für Ausländerangelegenheiten (vgl. Tit. 0913-533 65).

533 99	052	Leistungsentgelte an die GMSH	0,0 7,4	0,0	0,0
---------------	-----	--------------------------------------	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

536 01	052	Umzüge von Dienststellen	16,0 401,1	0,0	0,0
---------------	-----	---------------------------------	----------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

546 99	052	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	40,0 40,1	40,0	40,0
---------------	-----	---	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen und aus Billigkeitserwägungen	3.000	3.000
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen (z.B. Stellenausschreibungen)	32.500	32.500
3.	Sonstiges	4.500	4.500
Summe		40.000	40.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

632 01	052	Kostenanteil Schleswig-Holstein an dem gemeinsamen Europäischen Mahngericht in Berlin	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	-----	--	-------------------	------------	------------

Ausgaben dürfen in Höhe von Minderausgaben bei Titeln der HG 5 und 6 des Kapitels 0902 geleistet werden.

Erläuterungen:

Gemäß Staatsvertrag sind dem Land Berlin die nicht durch Gebühreneinnahmen gedeckten Verfahrenskosten des gemeinsamen Europäischen Mahngerichts von den beteiligten Ländern anteilig nach Königsteiner Schlüssel zu erstatten. Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
632 04	052	Kostenanteil an dem Gemeinsamen Prüfungsamt für die Große Juristische Staatsprüfung in Hamburg	470,0 468,3	470,0	470,0
Erläuterungen:					
Gemäß Staatsvertrag der Länder Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg und Schleswig-Holstein vom 8./19./12 November 2004 (GVOBl. Schl.-H. S. 492) werden die Kosten des Gemeinsamen Prüfungsamts für die Große Juristische Staatsprüfung in Hamburg nach dem Verhältnis der aus den Vertragsländern kommenden Prüflinge umgelegt.					
632 05	052	Kostenanteill an der Norddeutschen Fachhochschule für Rechtspflege in Hildesheim	350,0 311,6	385,0	390,0
Erläuterungen:					
Aufgrund von Vereinbarungen des Landes Niedersachsen mit den Ländern Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein leisten die Rechtspflegeranwärterinnen und -anwärter aus diesen Ländern die im Rechtspflegergesetz vorgeschriebenen Fachstudien an der Norddeutschen Fachhochschule für Rechtspflege in Hildesheim ab. Die gemeinsam zu tragenden Kosten werden von den Ländern im Verhältnis ihrer Studierenden, gerechnet nach der Zahl der Monate ihrer tatsächlichen Studienzeit an dieser Fachhochschule getragen.					
632 06	052	Kostenanteil an der Deutschen Richterakademie	60,0 57,9	60,0	60,0
Erläuterungen:					
Gemäß Verwaltungsvereinbarung des Bundes und der Landesjustizverwaltungen vom 12. Januar 1973, in der Fassung vom 19. Juli 1993, werden die Kosten der Deutschen Richterakademie mit den Tagungsstätten Trier und Wustrau von Bund und Ländern je zur Hälfte getragen. Der auf die Länder entfallende Finanzierungsanteil wird von ihnen gemeinsam aufgebracht, und zwar zu zwei Drittel nach dem Verhältnis der Steuereinnahmen und zu einem Drittel nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl der Länder (Königsteiner Schlüssel).					
632 07	052	Kostenanteil an der Kriminologischen Zentralstelle in Wiesbaden	28,5 9,8	28,5	28,5
Erläuterungen:					
Gemäß Vereinbarung des Bundes und der Landesjustizverwaltungen vom 2. Oktober 1981, in der Fassung vom 4. November 1993, tragen Bund und Länder die Kosten der Kriminologischen Zentralstelle je zur Hälfte. Der auf die Länder entfallende Finanzierungsanteil wird von ihnen gemeinsam aufgebracht, und zwar zu zwei Dritteln nach dem Verhältnis der Steuereinnahmen und zu einem Drittel nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl der Länder (Königsteiner Schlüssel). Gemäß Staatsvertrag aller Länder vom 25. Juni 2009 werden die Kosten für die Einrichtung einer gemeinsamen Kommission für die Abwicklung des UN-Übereinkommens gegen Folter und anderer unmenschlicher Behandlungen gemäß Königsteiner Schlüssel umgelegt. Dem Staatsvertrag ist das Land Schleswig-Holstein durch Beschluss des Landtages vom 26. Februar 2010 beigetreten.					
632 08	052	Kostenanteil an dem Gemeinsamen Prüfungsamt für die Zulassung von Rechtsanwälten aus der EU in Berlin	1,0 0,5	0,9	0,7
Erläuterungen:					
Die EU-Bestimmungen sehen vor, dass Rechtsanwälte aus diesem Bereich nach einer Prüfung in Deutschland anerkannt werden können. Die Länder Berlin, Brandenburg, Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein haben vereinbart, ein Gemeinsames Prüfungsamt in Berlin zur Abnahme der Eignungsprüfung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft zu bilden. Die Länder erstatten dem Land Berlin die durch die Abnahme der Eignungsprüfung entstehenden Personal- und Sachkosten.					
632 11	052	Anteil Schleswig-Holsteins an der Nacherhebung zur Personalbedarfsrechnung nach Pebbßy und Pebbßy-Fach	0,0 9,3	0,0	0,0
632 12	052	Kostenanteil an dem gemeinsamen Staatsschutzsenat der norddeutschen Länder	0,0 0,0	0,0	0,0

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 632 12

Erläuterungen:

Zwischen den Ländern Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg und Schleswig-Holstein laufen zur Zeit Verhandlungen über eine Einrichtung eines gemeinsamen norddeutschen Staatsschutzsenats. Beabsichtigt ist eine Kostenbeteiligung nach dem Verursacherprinzip. Ob und in welcher Höhe für Schleswig-Holstein Kosten anfallen werden, ist nicht einschätzbar.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

681 01	052	Entschädigungen an Beschuldigte und Nebenbeteiligte in Strafsachen	850,0 599,5	800,0	800,0
---------------	-----	---	-----------------------	--------------	--------------

Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 0908 - 681 01.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Entschädigungen aufgrund der §§ 467, 467 a, 468, 470, 472 b und 473 Strafprozessordnung (StPO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074, ber. S. 1319), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Dezember 2010 (BGBl. I S. 2300) und des Gesetzes über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG) vom 8. März 1971 (BGBl. I S. 157), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1864).

681 03	052	Entschädigungen, Ersatzleistungen und Abfindungen	30,0 592,4	30,0	30,0
---------------	-----	--	----------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für den gesamten Einzelplan 09. Schadensersatzleistungen können in Ausnahmefällen auch aus Gründen der Billigkeit gezahlt werden.

681 04	052	Zuschuss zur Vergütung der anwaltlichen Ausbilderinnen und Ausbilder in der Anwalts-pflichtstation	0,0 77,4	0,0	0,0
---------------	-----	---	--------------------	------------	------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 282 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Zuschuss der Schleswig-Holsteinischen Rechtsanwaltskammer an die Leiterinnen und Leiter von Referendararbeitsgemeinschaften während der Anwaltspflichtstation.

684 01	052	An Vereine und Verbände	6,6 6,6	6,6	6,6
---------------	-----	--------------------------------	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Beiträge für:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Bund deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen	1.500	1.500
2.	Landesvereinigung Schleswig-Holstein des Bundes Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen	5.100	5.100
Summe		6.600	6.600

684 11	052	Opferschutzstiftung	0,0 1.500,0	0,0	0,0
---------------	-----	----------------------------	-----------------------	------------	------------

Künftig wegfallend.

Erläuterungen:

Das Stiftungsvermögen ist 2009 gebildet worden.

685 01	052	Zuschuss an das Universitätsklinikum SH, Campus Kiel für die Primärprävention zur Verhinderung sexueller Übergriffe auf Kinder	80,0 80,0	80,0	80,0
---------------	-----	---	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für die im Projekt des Universitätsklinikums SH, Campus Kiel, anfallenden Personalkosten für eine/einen ärztlichen Psychotherapeutin/-therapeuten mit sexualmedizinischer Zusatzausbildung sowie eine halbe technische Mitarbeiterstelle in der Sektion für Sexualmedizin. Das Projekt dient der Primärprävention zur Verhinderung sexueller Übergriffe auf Kinder. Es orientiert sich an dem Projekt "Täter im Dunkelfeld" der Berliner Charité. Das Angebot richtet sich an Männer, die sich selbst als gefährdet für sexuelle Übergriffe auf Kinder einschätzen und eine Behandlung wünschen.

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
685 04	014	Ausgaben für Statistiken des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein	0,0 0,0	0,0	0,0
		Erläuterungen: Vgl. Tit. 0901-981 04.			
811 01	052	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0,0 48,3	0,0	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
812 02	052	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausstattungsgegenständen	255,0 676,5	395,0	175,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind:			
				2011	2012
				EUR	EUR
		1. Erstmalige Anschaffungen			
		1.1 Für alle Gerichte		55.000	15.000
		2. Ersatzbeschaffungen			
		2.1 Für alle Gerichte		340.000	160.000
		Summe		395.000	175.000
916 05	951	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0 63,2	0,0	0,0
		Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Titeln der Obergruppe 42 geleistet werden.			
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
919 01	951	Zuführung an die Rücklage	0,0 532,1	0,0	0,0
		Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei den Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme der Tit. 526 11, 526 12, 526 13, 526 14, 526 15, 526 16 und 526 17 geleistet werden.			
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
01 Straffälligenhilfe und Opferschutz					
		Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.			
533 01	052	Therapie und Beratungsangebote für Sexual- und Gewaltstraftäter	70,0 32,2	30,0	30,0
(MG 01)		Erläuterungen: Veranschlagt für therapeutische Versorgung von unter Bewährungs- oder Führungsaufsicht stehenden Sexual- und Gewaltstraftätern, bei denen kriminalprognostisch erhöhte Rückfallrisiken bestehen, die im Rahmen der Nachsorge und ambulanten Therapie reduziert werden sollen. Teilweise Mittelübertragung nach Tit. 684 09 MG 01.			
534 02	052	Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für ehrenamtliche Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer und für ehrenamtliche Helferinnen und Helfer im Justizvollzug	30,0 25,5	30,0	30,0
(MG 01)					

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 534 02

Erläuterungen:

Die veranschlagten Mittel dienen der Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer sowie ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Justizvollzug. Um den Bedarf zu decken, ist eine Ausbildung von geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern erforderlich. Diese müssen nach erfolgter Ausbildung während des ehrenamtlichen Einsatzes ständig fortgebildet werden.

681 05	052	Auslagererstattungen für Ehrenamtliche im Straffälligenbereich	15,0	13,0	13,0
(MG 01)			14,1		

Erläuterungen:

Vorgesehen u.a. für Erstattungen von Fahrtkosten und sonstigen Auslagen der ehrenamtlich tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Vollzug.

684 06	052	Zuwendungen zur Wahrnehmung gesetzlicher Aufgaben nach § 9 BGG durch Träger der freien Straffälligenhilfe	730,0	730,0	730,0
(MG 01)			730,0		

Der Ansatz darf bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 119 04 überschritten werden, soweit sie nicht für Tit. 684 09 MG 01 verwendet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Förderung des Täter-Opfer-Ausgleichs in Verfahren gegen Erwachsene und für die Förderung der Vermittlung in gemeinnützige Arbeit zur Vermeidung der Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen.

684 07	052	Maßnahmen für den Opferschutz	70,0	50,0	50,0
(MG 01)			53,2		

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Durchführung des Zeugenbegleitprogramms für Kinder, Jugendliche und Frauen, die Opfer eines Sexual- oder Gewaltdelikt geworden sind.

Einzelzuwendungen i.R. eines Förderprogramms.

Ziele: Insbesondere kindlichen und jugendlichen Opfern von sexuellen Gewalttaten wird durch Vermittlung von Wissen über den Prozessverlauf Sicherheit gegeben. Ängste und Belastungen der Opferzeugen werden abgebaut und ihre Aussagefähigkeit verbessert. Darüber hinaus wird eine Zeugenbegleitung in der Hauptverhandlung sichergestellt.

Kennzahlen: 200 Fälle pro Jahr

684 08	052	Förderung von Sanktionsalternativen im Bereich der Jugendstrafrechtspflege und anderer Angebote freier Träger	60,0	60,0	60,0
(MG 01)			56,5		

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Förderung von Sanktionsalternativen im Bereich der Jugendstrafrechtspflege (Täter-Opfer-Ausgleich im Jugendstrafverfahren).

684 09	052	Förderung von Therapie- und Beratungsangeboten für Sexual- und Gewaltstraftäter	360,0	400,0	400,0
(MG 01)			368,2		

Der Ansatz darf bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 119 04 überschritten werden, soweit sie nicht für Tit. 684 06 MG 01 verwendet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Förderung ambulanter Therapien-, Trainings- und Beratungsangebote für jugendliche und erwachsene Sexual- und Gewaltstraftäter incl. KIK (häusliche Gewalt).

Mehrbedarf zur Durchführung eines Nachsorgeprojektes in Lübeck. Mittelübertragung von Tit. 533 01.

684 10	052	Fortentwicklung und Koordinierung der Straffälligenhilfe	35,0	35,0	35,0
(MG 01)			32,6		

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 684 10

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Fortentwicklung und Koordinierung von Maßnahmen der sozialen Strafrechtspflege, der Straffälligenhilfe und der Opferhilfe durch den Schleswig-Holsteinischen Verband für soziale Strafrechtspflege e.V. (Landesverband Straffälligenhilfe).

Summe der Maßnahmegruppe 01	1.370,0	1.348,0	1.348,0
	1.312,3		

06 Einführung eines Qualitätsmanagements mit einem kennzahlengestützten Steuerungssystem

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

525 11	052	Fortbildung der Mitarbeiter/- innen einschließlich Reisekosten	5,0	5,0	5,0
(MG 06)			7,4		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des Qualitätsmanagement-Systems in den Gerichten und Staatsanwaltschaften.

533 14	052	Beratung und Betreuung " Neue Steuerungsinstrumente"	17,8	17,8	17,8
(MG 06)			18,8		

Erläuterungen:

Veranschlagt werden die Kosten für den Betreuungsaufwand bei der Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des Qualitätsmanagement-Systems in den Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie die Kosten bei der Durchführung einer landesweiten Mitarbeiterbefragung an den Gerichten der ordentlichen Gerichtsbarkeit und für die Unterstützung beim Aufbau und Erhalt einer landesweiten Datenbank für die Einführung eines kennzahlengestützten Justizinformationssystems.

Summe der Maßnahmegruppe 06	22,8	22,8	22,8
	26,2		

Summe der Ausgaben	228.293,0	234.521,0	233.115,7
	228.222,8		

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
Abschluss					
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	126.325,0 112.153,8	115.055,0	117.055,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,0 77,4	0,0	0,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	1.000,0 2.467,5	0,0	0,0
Gesamteinnahmen			127.325,0 114.698,7	115.055,0	117.055,0
41 - 49		Personalausgaben	127.634,5 130.212,6	134.693,7	133.403,6
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	97.257,4 91.722,2	96.283,3	96.383,3
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	3.146,1 4.967,9	3.149,0	3.153,8
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	255,0 724,8	395,0	175,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 595,3	0,0	0,0
Gesamtausgaben			228.293,0 228.222,8	234.521,0	233.115,7
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-100.968,0 -113.524,1	-119.466,0	-116.060,7

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Das Kapitel 09 03 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

61 Gefangenenpflege

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 des Kapitels 0903 verwendet werden.

Einnahmen

111 02	056	Haftkostenbeiträge der Gefangenen	60,0 38,3	50,0	50,0
--------	-----	--	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Für Haftkostenbeiträge der Gefangenen, die einem freien Beschäftigungsverhältnis außerhalb der Anstalt nachgehen (Freigänger; vgl. § 39 Abs. 1 und § 50 Abs. 2 in der Fassung des § 199 Abs. 2 Nr. 3 StVollzG).

111 03	056	Beteiligung der Gefangenen an besonderen Aufwendungen im Vollzug	30,0 29,3	40,0	40,0
--------	-----	---	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Ab dem Jahr 2009 haben die Gefangenen eine Energiekostenpauschale für das Betreiben privater elektrischer Geräte zu zahlen, wenn der Gebrauch über einen festgelegten Grundbedarf hinausgeht.

119 02	056	Sonstige Verwaltungseinnahmen	2,0 0,4	2,0	2,0
--------	-----	--------------------------------------	-------------------	------------	------------

119 03	056	Erstattungen für Leistungen der Bildungsträger im Justizvollzug	0,0 57,0	0,0	0,0
--------	-----	--	--------------------	------------	------------

119 99	056	Vermischte Einnahmen	20,0 18,0	20,0	20,0
--------	-----	-----------------------------	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Für Schadensersatzleistungen Gefangener, Erstattungen der Gefangenen für positive Drogenkontrollen sowie Erstattung von Gefangenentransportkosten in Einzelfällen durch andere Länder.

121 03	056	Ablieferung des Landesbetriebes	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	--	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.
Siehe auch Tit. 682 01.

124 01	056	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	26,3 32,0	27,0	27,0
--------	-----	--	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	0 Dienstwohnungen	0	0
2.	aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		
2.1	von Grundstücken	100	100
2.2	von Gebäuden, Räumlichkeiten	11.900	11.900
2.3	3 Landesmietwohnungen	15.000	15.000
	Summe	27.000	27.000

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
125 01	056	Einnahmen aus der Gewährung von Verpflegung	20,0 19,6	20,0	20,0
125 02	056	Einnahmen aus den Arbeitsbetrieben der sonstigen Vollzugsanstalten	115,0 124,2	115,0	115,0
		Erläuterungen: Mehreinnahmen dürfen für Mehrausgaben bei Tit. 514 02 und Tit. 681 03 verwendet werden.			
132 01	056	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	5,0 0,8	3,0	7,0
		Erläuterungen: Vgl. Tit. 811 01.			
231 06	056	Zuschüsse des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales für die Durchführung des XENOS-Projektes "AQUA PLUS"	208,9 0,0	366,4	219,2
		Erläuterungen: Veranschlagt sind durchlaufende Mittel aus dem XENOS-Förderprogramm des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales für das Projekt "AQUA PLUS". Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 533 06, Tit. 546 06 und Tit. 632 06 zu verwenden.			
232 01	056	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern	2,0 0,0	2,0	2,0
261 01	056	Erstattung der anteiligen Personal- und Sachkosten durch den Landesbetrieb	2.108,7 1.967,8	1.990,0	1.990,0
		Erläuterungen: Da das dem Landesbetrieb "Vollzugliches Arbeitswesen (VAW)" zugeordnete Personal zu großen Teilen vollzugliche Aufgaben wahrnimmt, verfügt der Landesbetrieb über keinen eigenen Personalhaushalt. Er erstattet dem Justizhaushalt den anteiligen betrieblich bedingten Personalaufwand (inkl. Kalkulationsaufschläge für zukünftige Pensionslasten) für die im Landesbetrieb VAW eingesetzten Bediensteten (vgl. hierzu auch Erfolgsplan des Landesbetriebes unter Punkt B.1.1). Zudem erstattet der Landesbetrieb dem Justizhaushalt die im Landesbetrieb VAW anfallenden Betriebskosten für z.B. Strom, Wasser, Heizung. Die Höhe ist nach belegter Fläche geschätzt (vgl. hierzu auch Erfolgsplan des Landesbetriebes unter Punkt B.2.2). Veranschlagt sind:			
				2011	2012
				EUR	EUR
		1. Erstattung Personalaufwand		1.710.000	1.710.000
		2. Erstattung Betriebskosten		280.000	280.000
		Summe		1.990.000	1.990.000
272 02	056	Zuschüsse aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für das EQUAL II-Projekt "Bildung, Arbeit und berufliche Eingliederung im Nordverbund (BABE)"	0,0 61,4	0,0	0,0
		Künftig wegfallend.			
272 04	056	Zuschüsse des Landes Bremen für das Einrichten und Betreiben von e-LiS-PC-Lernräumen in den Schulbereichen der Justizvollzugsanstalten Kiel, Lübeck und Neumünster	0,0 2,8	0,0	0,0
		Künftig wegfallend.			

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
272 05	056	Zuschüsse des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales für die Durchführung des XENOS-Projektes "Sprach-Wa(h)" in der JVA Neumünster Künftig wegfallend.	0,0 8,1	0,0	0,0
356 05	951	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr Erläuterungen: Vgl. Tit. 916 05.	0,0 20,6	0,0	0,0
359 01	951	Entnahme aus der Rücklage Erläuterungen: Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.	0,0 18,0	0,0	0,0
359 03	951	Entnahme aus der Rücklage Gefangenepflege Erläuterungen: Vgl. Tit. 919 61 TG 61.	0,0 0,0	0,0	0,0
Summe der Einnahmen			2.597,9 2.398,3	2.635,4	2.492,2

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Ausgaben

422 01	056	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	26.453,7 26.761,5	27.800,0	27.790,1
		Erläuterungen: Vorjahreswerte von Tit. 422 02 übertragen.			
422 02	056	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte	0,0 0,0	0,0	0,0
		Übertragen nach Tit. 422 01.			
422 03	056	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst	1.201,6 877,2	1.370,0	1.280,0
427 01	056	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	6,0 0,0	5,0	5,0
427 02	056	Beschäftigungsentgelte im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen -ABM-	0,0 0,0	0,0	0,0
		Künftig wegfallend.			
427 03	056	Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse im Rahmen der Gefangenepflege	10,0 12,1	15,0	15,0
		Erläuterungen: Vergütet werden u.a. Frisörinnen und Frisöre, deren Anstellung im Rahmen von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen erfolgt.			
427 05	056	Vergütungen für Praktikantinnen und Praktikanten	0,0 0,0	0,0	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
428 01	056	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	5.590,8 5.495,2	5.650,0	5.650,0
443 03	056	Schutzimpfungen	6,0 3,2	6,0	6,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind Ausgaben für Hepatitisschutzimpfungen der Bediensteten der medizinischen Abteilungen der Justizvollzugsanstalten, für die jährliche Gripeschutzimpfung sowie für die Hepatitis A/B-Schutzimpfungen für die Mitarbeiter im Allgemeinen Vollzugsdienst und im Werkdienst bei Justizvollzugsanstalten.			
453 01	056	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	45,0 24,3	45,0	45,0

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 453 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Trennungsgeld für 10 (Vorjahr: 10) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	24.000	24.000
2.	Umzugskostenvergütungen für 3 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	8.000	8.000
3.	Trennungsgeld für 63 Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst	13.000	13.000
Summe		45.000	45.000

511 01	056	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	344,0 327,5	344,0	344,0
---------------	------------	--	-----------------------	--------------	--------------

Ab 2011 Titel 0913-511 63 TG 63 übertragen mit Vorjahreswerten.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Büromaterial	50.000	50.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	21.500	21.500
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten	2.000	2.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	45.000	45.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	95.500	95.500
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	50.000	50.000
7.	Unterhaltung von Geräten	65.000	65.000
8.	Sonstiges	15.000	15.000
Summe		344.000	344.000

511 02	056	Sicherheitsanlagen	250,0 214,6	167,0	167,0
---------------	------------	---------------------------	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Ersatzbeschaffung von Geräten	39.000	39.000
2.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	35.000	35.000
3.	Unterhaltung von Geräten	93.000	93.000
Summe		167.000	167.000

Teilweise Übertragung nach Tit. 1220 - 517 91.

Weniger, da ab 2011 die Wartungsverträge aller technischen Anlagen von der GMSH als Dienstleister im Rahmen des Rahmenbewirtschaftungsvertrages abgewickelt werden. Hier: Wartungsverträge für sicherheitstechnische Anlagen, u.a. für Kamera-, Zaun- und Personennotrufanlagen (s.a. Tit. 517 01).

514 01	056	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstkraftfahrzeugen und dgl.	327,0 307,4	315,0	315,0
---------------	------------	---	-----------------------	--------------	--------------

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 514 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	155.000	155.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung	160.000	160.000
3.	Verbrauchsmittel	0	0
4.	Sonstiges	0	0
Summe		315.000	315.000

Bestand an Kraftfahrzeugen:

Bestand an	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012	Tatsächlicher Bestand am 1.2.2010
Gefangenentransporter	23	23	23	23
Lastkraftwagen	1	1	1	1
Lieferwagen	1	1	1	1
Selbstfahrer-Pkw	9	9	9	9
Zugmaschinen usw.	4	4	4	4
Zusammen	38	38	38	38

514 02	056	Verbrauchsmittel der sonstigen Vollzugsanstalten	5,0 3,6	5,0	5,0
---------------	-----	---	-------------------	------------	------------

Darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 125 02 überschritten werden, soweit sie nicht bei Tit. 681 03 verwendet werden.

517 01	056	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	425,0 400,4	284,0	284,0
---------------	-----	---	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Fremdleistung Gebäudereinigung, Reinigungsmittel	274.000	274.000
2.	Sonstiges	10.000	10.000
Summe		284.000	284.000

141,0 T€ übertragen nach Tit. 1220 - 517 91.

Ab 2011 werden die Wartungsverträge aller technischen Anlagen von der GMSH als Dienstleister im Rahmen des Rahmenbewirtschaftungsvertrages abgewickelt. Hier: Wartungsverträge für Gebäudetechnik, u.a. für Fahrstühle und Brandmeldeanlagen (s.a. Titel 511 02).

518 02	056	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	25,0 18,2	20,0	20,0
---------------	-----	---	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die Miete für 6 (Vorjahr: 6) Fotokopiergeräte.

525 01	056	Ausbildung und Umschulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	153,5 41,8	94,5	42,0
---------------	-----	--	----------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Geringes Ist 2009 wg. Wegfall eines Ausbildungslehrgangs.

Minderbedarf 2012 aufgrund geringeren Ausbildungsbedarfes im Allgemeinen Vollzugsdienst (AVD).

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 525 01

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter der Laufbahngruppe 2.1	8.100	0
2.	Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter der Laufbahngruppe 1.2	50.000	25.200
3.	Unterrichtsentschädigungen/ Reisekosten	36.400	16.800
Summe		94.500	42.000

525 02	056	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	94,0 86,6	99,0	99,0
---------------	------------	--	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Mehrbedarf für die Durchführung der Aufstiegsfortbildung (Pos. 4) aufgrund der nach § 27 ALVO geforderten, erhöhten Stundenkontingente.

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Fortbildungsveranstaltungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Justizvollzugs im Jugendfeuerwehrzentrum Rendsburg	35.000	35.000
2.	Verpflichtende Fortbildungen für die Bereiche des medizinischen Dienstes und der Werkbetriebsveranstaltungen	28.000	28.000
3.	Übrige externe Fortbildungen	5.000	5.000
4.	Fortbildung für Aufsteigerinnen und Aufsteiger	10.000	10.000
5.	Reisekosten	9.000	9.000
6.	Durchführung von Schießübungen	12.000	12.000
Summe		99.000	99.000

525 03	056	Vergütung für die Prüfung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern	2,0 0,0	2,0	2,0
---------------	------------	--	-------------------	------------	------------

526 03	056	Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse	3,3 1,7	3,3	3,3
---------------	------------	--	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für Entschädigungen und Reisekosten der Mitglieder von Anstaltsbeiräten bei den Justizvollzugsanstalten (§ 162 StVollzG).

526 05	056	Ärztliche Untersuchungen	12,0 13,1	12,0	12,0
---------------	------------	---------------------------------	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 533 02.

527 01	056	Dienstreisen	18,5 11,3	15,5	15,5
---------------	------------	---------------------	---------------------	-------------	-------------

533 01	056	Kosten für private Sicherheitskräfte zur Baustellensicherung	140,0 202,0	140,0	140,0
---------------	------------	---	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für zusätzliche Sicherungsmaßnahmen im Zusammenhang mit den Baustellen in den Justizvollzugsanstalten Lübeck und Neumünster sowie in der Jugendanstalt Schleswig.

533 02	011	Kosten für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte	85,0 78,8	85,0	85,0
---------------	------------	--	---------------------	-------------	-------------

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 533 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für Betriebsärzte und für Fachkräfte der Arbeitssicherheit für den arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutz für die Beschäftigten in den Justizvollzugsanstalten (ohne arbeitende Gefangene; vgl. Tit. 538 61 TG 61).

533 03	056	Evaluation des Jugendstrafvollzugsgesetzes	0,0 0,0	50,0	0,0
---------------	-----	---	-------------------	-------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für die wissenschaftliche Evaluation der Behandlungsmaßnahmen im Jugendstrafvollzug. Die wissenschaftliche Evaluation ist gem. § 97 des am 1. Januar 2008 in Kraft getretenen Jugendstrafvollzugsgesetzes (JStVollG) gesetzlich vorgeschrieben.

533 04	235	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen für die Abschiebungshafteinrichtung Rendsburg	550,0 500,2	533,0	533,0
---------------	-----	---	-----------------------	--------------	--------------

Übertragen von Tit. 0913-533 63 TG 63 und Tit. 0913-536 63 TG 63.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011 EUR	2012 EUR
1.	Kosten für private Sicherheitskräfte im Rahmen von Sicherungsmaßnahmen für die Abschiebungshafteinrichtung	500.000	500.000
2.	Kosten für Dolmetscherleistungen und für soziale Beratung in der Abschiebungshafteinrichtung	33.000	33.000
Summe		533.000	533.000

533 06	056	Leistungsentgelte im Rahmen des XENOS-Projektes "AQUA PLUS"	119,5 0,0	174,9	105,3
---------------	-----	--	---------------------	--------------	--------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen oder für das Haushaltsjahr rechtsverbindlich zugesagten Einnahmen bei Tit. 231 06 geleistet werden, soweit sie nicht bei Tit. 546 06 oder bei Tit. 632 06 verwendet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für die mit der Umsetzung des Projektes beauftragten Projektpartner sowie für die Projektbegleitung und projektinterne Evaluation und die damit verbundenen Ausschreibungskosten.

533 99	056	Leistungsentgelte an die GMSH	32,0 1,1	32,0	32,0
---------------	-----	--------------------------------------	--------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel. Minderausgaben in 2009 wg. der bis dahin noch nicht abschließend geklärten Gestaltung des Prüfverfahrens.

546 06	056	Sachkosten des XENOS-Projektes "AQUA PLUS"	5,0 0,0	5,3	5,3
---------------	-----	---	-------------------	------------	------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen oder für das Haushaltsjahr rechtsverbindlich zugesagten Einnahmen bei Tit. 231 06 geleistet werden, soweit sie nicht bei Tit. 533 06 oder bei Tit. 632 06 verwendet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Sachkosten der Gesamtprojektleitung (z.B. Reisekosten, Öffentlichkeitsarbeit).

546 99	056	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	16,0 40,3	15,0	15,0
---------------	-----	---	---------------------	-------------	-------------

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 546 99

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen und aus Billigkeitserwägungen	1.500	1.500
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen (z.B. Stellenausschreibungen)	8.800	8.800
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen	900	900
4.	Sonstiges	3.800	3.800
Summe		15.000	15.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

632 01	056	Zuweisungen an andere Länder für den Vollzug von Freiheitsentziehung in Anstalten anderer Verwaltungen	854,7 747,6	858,5	858,5
---------------	------------	---	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Unterbringung von:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Jungen weiblichen Gefangenen in Vechta (Niedersachsen)	69.300	69.300
2.	Gefangenen im Zentralkrankenhaus Hamburg	650.000	650.000
3.	Weiblichen Gefangenen in der sozialtherapeutischen Einrichtung Alfeld des Landes Niedersachsen	69.200	69.200
4.	Gefangenen in Pflegeeinrichtungen oder Vollzugskrankenhäusern anderer Länder	70.000	70.000
Summe		858.500	858.500

632 02	056	Zuschüsse an die operativen Partner des EQUAL II-Projektes "Bildung, Arbeit und berufliche Eingliederung im Nordverbund (BABE)"	0,0 58,8	0,0	0,0
---------------	------------	--	--------------------	------------	------------

Künftig wegfallend.

632 03	056	Kostenanteil Schleswig-Holsteins an der Umsetzung der Ergebnisse aus den EQUAL-Projekten "e-LiS" und "BABE" im RESO-Nordverbund	59,5 29,7	23,0	12,0
---------------	------------	--	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Teilprojekt 1: Overhead	2.000	2.000
2.	Teilprojekt 2: Bildungscontrolling	10.000	10.000
3.	Teilprojekt 3: Betrieb der "e-LiS"-Lernplattform	11.000	0
Summe		23.000	12.000

Im Rahmen der Kooperationsvereinbarung "Reso-Nordverbund" zwischen den Landesjustizverwaltungen Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein erfolgt seit dem HHJ 2009 eine Weiterführung der bis Ende 2007 bzw. 31. März 2008 aus Bundes-ESF-Mitteln finanzierten Projekte.

Veranschlagt sind die von Schleswig-Holstein zu tragenden anteiligen Kosten.

632 05	056	Zuschüsse an das Christliche Jugenddorf Werk Deutschlands e.V. (CJD), Eutin	0,0 8,1	0,0	0,0
---------------	------------	--	-------------------	------------	------------

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 632 05

Künftig wegfallend.

632 06	056	Zuschüsse im Rahmen des XENOS-Projektes "AQUA PLUS" an das Partnerland Hessen	84,4 0,0	186,2	108,6
---------------	-----	--	--------------------	--------------	--------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen oder für das Haushaltsjahr rechtsverbindlich zugesagten Einnahmen bei Tit. 231 06 geleistet werden, soweit sie nicht bei Tit. 533 06 oder bei Tit. 546 06 verwendet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die Weiterleitung von durchlaufenden Projektmitteln aus dem XENOS-Förderprogramm des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales für das Projekt "AQUA PLUS" an das Hessische Justizministerium zur Durchführung des Projektteils in Hessen.

671 01	056	Erstattungen von Aufwendungen an den Landesbetrieb	4.450,0 3.853,3	3.900,0	3.855,0
---------------	-----	---	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Der Landesbetrieb Vollzugliches Arbeitswesen (VAW) erbringt Produktionsleistungen für die Justizvollzugsanstalten des Landes (u.a. Bäckereierzeugnisse, Bauunterhaltung, Druckereierzeugnisse), die aus dem Justizhaushalt erstattet werden (vgl. Erfolgsplan des Landesbetriebes unter Punkt A.1 intern).

Der Landesbetrieb VAW übernimmt zudem betriebsfremde, nach dem Strafvollzugsgesetz (StVollzG) jedoch vorgeschriebene Zahlungen, die aus dem Justizhaushalt erstattet werden (vgl. Erfolgsplan des Landesbetriebes unter A.2).

Veranschlagt sind:

		2011 EUR	2012 EUR
1.	Produktionsleistungen des Landesbetriebes	1.501.600	1.502.600
2.	Betriebsfremde Zahlungen nach StVollzG		
2.1	Entgelt/Arbeitslosenversicherungsbeiträge für Gefangene, die Versorgungsleistungen für die Justizvollzugsanstalt erbringen (Küchenarbeiter, Kammerarbeiter, Reinigungskräfte etc.)	1.089.000	1.062.000
2.2.	Berufsausbildungsbeihilfe/ Arbeitslosenversicherungsbeiträge für die berufliche und schulische Ausbildung der Gefangenen	1.143.000	1.125.000
2.3	Sachaufwendungen für Ausbildungszwecke (Material)	101.400	98.400
2.4	Taschengeldleistungen für Gefangene, die unverschuldet ohne Arbeit sind/ Taschengeldleistungen für Abschiebungshaftgefingene	65.000	67.000
Summe		3.900.000	3.855.000

671 04	056	Zuschüsse zu Versorgungskassenbeiträgen	48,5 46,6	49,9	51,4
---------------	-----	--	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Versorgungskassenbeiträge für 2 von der Landeskirche beurlaubte und vom Land als Beamte auf Widerruf eingestellte Pastorinnen, Pastoren.

681 01	056	Entlassungshilfen für Gefangene	30,0 15,4	20,0	20,0
---------------	-----	--	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Nach § 75 StVollzG erhalten bedürftige entlassene Gefangene Reisebeihilfen, Überbrückungsbeihilfen und Entlassungsbekleidung.

681 02	056	Entschädigungen an Gefangene und an Hinterbliebene von Gefangenen wegen eines während der Haft erlittenen Unfalls	0,5 0,0	0,5	0,5
---------------	-----	--	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Unfälle (keine Arbeitsunfälle).

681 03	056	Arbeitsentgelte, Ausbildungsbeihilfen, Arbeitslosenversicherungsbeiträge für Gefangene in den sonstigen Vollzugsanstalten	472,5 379,5	472,5	472,5
---------------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

Darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 125 02 überschritten werden, soweit sie nicht bei Tit. 514 02 verwendet werden.

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 681 03

Erläuterungen:

Minderausgaben 2009 insbes. aufgrund des mehrfach abgesenkten Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung.
Im Übrigen Mehrbedarf aufgrund der Belegung von 30 zusätzlichen Haftplätzen in der sozialtherapeutischen Abteilung der Jugendanstalt Schleswig.

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Entgelt gem. §§ 42, 43, 176, 177 StVollzG; § 57 JStVollzG	145.400	145.400
2.	Berufsausbildungsbeihilfe gem. §§ 44, 176 StVollzG; § 57 JStVollzG	196.600	196.600
3.	Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gem. §§ 341 II, 345 Nr. 3 SGB III; § 18 SGB IV; GefangenenbeitragsVO	125.000	125.000
4.	Taschengeld für unverschuldet arbeitslose Gefangene gem. §§ 46, 176 StVollzG; § 59 JStVollzG	5.500	5.500
	Summe	472.500	472.500

682 01	056	Zuführung an den Landesbetrieb	1.397,8	900,0	800,0
			930,0		

Erläuterungen:

Für 2011 und 2012 wird mit einem Zuschussbedarf gerechnet, da der Landesbetrieb VAW seinen Mittelbedarf nicht aus eigenen Erlösen decken kann (vgl. Finanzplan des Landesbetriebes VAW - Position II.5).

684 01	056	Zuschüsse an Bildungsträger zur Förderung der beruflichen Orientierung und Qualifizierung von Strafgefangenen zur Integration in den Arbeitsmarkt	1.350,0	1.173,9	1.173,9
			1.172,5		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Zuwendungen an Bildungsträger zur Förderung der beruflichen Orientierung und Qualifizierung von Strafgefangenen zur Integration in den Arbeitsmarkt sowie eines arbeitsmarktorientierten Übergangsmanagement am Standort Lübeck.

Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen zur Eingliederung von Strafgefangenen durch Arbeit und Qualifizierung (AQUA) in der ab dem 1. Januar 2011 geltenden Fassung (Nachfolgeregelung der bis zum 31. Dezember 2010 geltenden Richtlinie).

684 03	056	Zuschüsse an Bildungsträger zur Förderung der beruflichen Orientierung und Qualifizierung von jugendlichen Strafgefangenen zur Integration in den Arbeitsmarkt	306,8	306,8	306,8
			306,8		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zuwendungen an Bildungsträger für Maßnahmen der schulischen, berufsvorbereitenden und beruflichen Qualifizierung von Gefangenen der Jugendanstalt Schleswig einschließlich eines arbeitsmarktorientierten Übergangsmanagements.

Die Haushaltsmittel sind notwendige Kofinanzierungsmittel für die eingesetzten ESF-Mittel aus dem Zukunftsprogramm Arbeit.

685 04	014	Ausgaben für Statistiken des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein	0,0	0,0	0,0
			0,0		

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 0901-981 04.

811 01	056	Erwerb von Dienstfahrzeugen	40,0	215,0	137,4
			41,2		

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 811 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Ersatzbeschaffungen		
1.1	1 GTW (JVA Neumünster)	215.000	
1.2	1 GTW (JVA Neumünster)		36.500
1.3	1 PKW (JA Schleswig)		18.900
1.4	1 GTW (JVA Flensburg)		42.000
1.5	1 GTW (JVA Itzehoe)		40.000
	Summe	215.000	137.400

812 03	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	250,0 135,1	245,0	110,0
---------------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Erstmalige Anschaffungen	0	68.000
2.	Ersatzbeschaffungen	245.000	42.000
	Summe	245.000	110.000

892 01	056	Investitionszuschuss für die Errichtung von zwei Krankenzimmern für Gefangene im Friedrich-Ebert-Krankenhaus in Neumünster	0,0 0,0	0,0	157,0
---------------	-----	---	-------------------	------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt zur Einlösung der Verpflichtungsermächtigung 2006, der Baubeginn ist im 2. Bauabschnitt für 2012 vorgesehen.

916 05	951	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	-----	---	-------------------	------------	------------

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Titeln der Obergruppe 42 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

919 01	951	Zuführung an die Rücklage	0,0 1.354,7	0,0	0,0
---------------	-----	----------------------------------	-----------------------	------------	------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Titeln der HG 5, 6 und 8 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

61 Gefangenenpflege

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe

511 61	056	Gefangenenbücherei	11,0 5,6	10,0	10,0
---------------	-----	---------------------------	--------------------	-------------	-------------

(TG 61)

514 61	056	Verpflegung, Unterbringung, Bekleidung, Reinigungsbedarf	2.346,9 2.269,8	2.345,0	2.400,0
---------------	-----	---	---------------------------	----------------	----------------

(TG 61)

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 514 61

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	1.450 (Vorjahr: 1.517) Gefangene durchschnittlich mit einem täglichen Verpflegungssatz von 3,40 € (Vorjahr 3,20 €) in 2011 und 3,50 € in 2012 (gerundet)	1.800.000	1.852.000
2.	103 jugendliche Gefangene (Vorjahr 83) mit einem durchschnittlichen Verpflegungssatz von 3,50 € in 2011 und 3,60 € in 2012 (gerundet)	132.000	135.000
3.	1.553 (Vorjahr: 1.650) Gefangene für Unterbringung, Bekleidung, Reinigungsbedarf mit einem Richtsatz von 265 € (Vorjahr: 250 €)	411.600	411.600
4.	10 (Vorjahr: 10) Gefangene für Unterbringung, Reinigungsbedarf mit einem Richtsatz von 140 € (Vorjahr: 140 €)	1.400	1.400
Summe		2.345.000	2.400.000

533 61	056	Sonstige Ausgaben für externe Fachkräfte	325,0	305,0	305,0
(TG 61)			242,0		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Vergütungen für Vorträge und Unterricht, besonders für Lehrgänge zur Erlangung des Haupt- und Realschulabschlusses und für berufsfördernde Lehrgänge	199.000	199.000
2.	Kosten für Supervisionen im Justizvollzug	21.000	21.000
3.	Ausgaben für einen Dolmetscherpool	45.000	45.000
4.	Ausgaben für die verstärkte Einbindung externer ausländischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	40.000	40.000
Summe		305.000	305.000

534 61	056	Vergütungen für Pastorinnen und Pastoren, Organistinnen und Organisten und für Frisörinnen und Frisöre	92,0	92,0	92,0
(TG 61)			84,9		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Vergütungen für Pastoren und Organisten einschl. Vertreter	60.000	60.000
2.	Vergütungen für Frisöre	32.000	32.000
Summe		92.000	92.000

535 61	056	Lehr- und Lernmittel, Freizeitgestaltung	135,0	125,0	125,0
(TG 61)			115,0		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben insbesondere für Lehr- und Lernmittel, Werkmittel für Freizeitgestaltung, Tages- und Anstaltszeitungen, Kosten für Fernlehrgänge.

536 61	056	Gesundheitsfürsorge für Gefangene	2.400,0	2.500,0	2.500,0
(TG 61)			2.321,3		

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 536 61

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Vergütungen für Ärztinnen und Ärzte	100.000	100.000
2.	Zahnärztliche Leistungen einschl. Zahnersatz und Zahnkronen	290.000	290.000
3.	Fachärztliche, ambulante und stat. Untersuchungen und Behandlungen, Röntgenaufnahmen	1.390.000	1.390.000
4.	Physikalisch-medizinische Leistungen (Massagen, Krankengymnastik, Wärmebehandlungen, Inhalationen pp.)	55.000	55.000
5.	Arzneimittel, Verbandsmittel, Krankenpflegeartikel, Heil- und Hilfsmittel	470.000	470.000
6.	Körperersatzstücke, orthopädische und andere Hilfsmittel, Brillen	35.000	35.000
7.	Laboruntersuchungen	115.000	115.000
8.	Krankentransporte	45.000	45.000
	Summe	2.500.000	2.500.000

537 61	056	Ausgaben für Therapiemaßnahmen und für externe Fachkräfte im Bereich der Schuldnerberatung	925,0	1.145,0	1.145,0
(TG 61)			786,7		

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Gewährleistung des Sicherheitsinteresses der Allgemeinheit durch Therapiemaßnahmen für Sexual- und Gewalttäter sowie für Prävention bzgl. Eigentumsdelikten durch Schuldnerberatung in den Justizvollzugsanstalten Kiel, Neumünster, Lübeck und in der Jugendanstalt Schleswig.

Im Weiteren Übertragung von 370,0 T€ von Tit. 1002 - 684 61 TG 61. Ab 2011 soll die Beratung drogenabhängiger Gefangener unmittelbar aus dem Epl. 09 getragen werden.

Minderbedarf im Bereich der Therapiemaßnahmen und der Schuldnerberatung wg. bedarfsorientierter Ausschreibung und vertraglicher Vergabe im Wettbewerb.

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Therapiemaßnahmen für Sexual- und Gewalttäter	485.000	485.000
2.	Gutachten	120.000	120.000
3.	Schuldnerberatung	170.000	170.000
4.	Beratung drogenabhängiger Gefangener	370.000	370.000
	Summe	1.145.000	1.145.000

538 61	056	Kosten für die arbeitsmedizinische Betreuung der Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten	53,0	53,0	53,0
(TG 61)			32,9		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für Betriebsärzte und für Fachkräfte der Arbeitssicherheit für den arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutz aller arbeitenden Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten (für die Bediensteten vgl. Tit. 533 02).

Minderausgaben 2009, da die Leistungen noch nicht in allen Justizvollzugsanstalten in vollem Umfang erbracht wurden. Ab dem HHJ 2010 werden die Kosten für die Leistungen durch einen externen Anbieter im vollen Umfang anfallen.

681 61	056	Zuschüsse für Verpflegung, Bekleidung und Körperpflege an Gefangene im offenen Vollzug	10,0	15,0	15,0
(TG 61)			9,9		

Erläuterungen:

Mehrbedarf wg. Anpassung an die für das HHJ 2010 vom Bundesministerium der Justiz neu festgestellten Haftkostenbeiträge im Erwachsenenvollzug für den Bereich Verpflegung.

919 61	951	Zuführung an die Rücklage Gefangenenpflege	0,0	0,0	0,0
(TG 61)			0,0		

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 919 61

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei den Titeln 511 61, 514 61, 533 61, 534 61, 535 61, 536 61, 537 61, 538 61 und 681 61 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Titelgruppe 61		6.297,9	6.590,0	6.645,0
		5.868,1		
Summe der Ausgaben		51.562,5	52.228,8	51.724,1
		50.369,5		

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
Abschluss					
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	278,3 319,6	277,0	281,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	2.319,6 2.040,1	2.358,4	2.211,2
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 38,6	0,0	0,0
Gesamteinnahmen			2.597,9 2.398,3	2.635,4	2.492,2
41 - 49		Personalausgaben	33.313,1 33.173,5	34.891,0	34.791,1
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	8.894,7 8.106,8	8.971,5	8.854,4
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	9.064,7 7.558,2	7.906,3	7.674,2
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	290,0 176,3	460,0	404,4
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 1.354,7	0,0	0,0
Gesamtausgaben			51.562,5 50.369,5	52.228,8	51.724,1
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-48.964,6 -47.971,2	-49.593,4	-49.231,9

09 04 Landesverfassungsgericht und Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 des Kapitels 0904 mit Ausnahme des Tit. 526 11 verwendet werden.

Einnahmen

112 01	053	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	2.300,0 872,8	1.000,0	1.000,0
		Erläuterungen: Anpassung an die Ist-Entwicklung.			
119 01	053	Einnahmen aus Veröffentlichungen	2,5 2,9	3,0	3,0
119 99	053	Vermischte Einnahmen	0,0 0,0	0,0	0,0
132 01	053	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	2,0 0,0	2,0	0,0
		Erläuterungen: Vgl. Tit. 811 01.			
356 05	951	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0 0,0	0,0	0,0
		Erläuterungen: Vgl. Tit. 916 05.			
359 01	951	Entnahme aus der Rücklage	0,0 0,0	0,0	0,0
		Erläuterungen: Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.			
Summe der Einnahmen			2.304,5 875,7	1.005,0	1.003,0

09 04 Landesverfassungsgericht und Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Ausgaben

412 01	053	Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	65,0 46,3	90,0	90,0
--------	-----	--	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter nach § 55 des Landesverfassungsgesetzes (LVerfGG) vom 1. Januar 2008 (GVOBl. Schl.-H., S.25) bzw. nach dem Justizvergütungs- und entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) für:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	das Landesverfassungsgericht Schl.-H.	55.000	55.000
2.	die Verwaltungsgerichtsbarkeit	35.000	35.000
Summe		90.000	90.000

Mehr aufgrund Anpassung an den erwarteten Bedarf.

422 01	053	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten - Richterinnen und Richter -	4.251,9 4.414,4	4.405,0	4.405,0
--------	-----	---	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Vorjahreswerte von Tit. 422 02 übertragen.

422 02	053	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

Übertragen nach Tit. 422 01.

422 03	053	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst	4,5 6,4	5,0	5,0
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

427 01	053	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	--	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

427 04	053	Hausdienstvergütungen	1,0 0,7	0,0	0,0
--------	-----	------------------------------	-------------------	------------	------------

Künftig wegfallend.

428 01	053	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.876,7 1.537,6	1.900,0	1.900,0
--------	-----	--	---------------------------	----------------	----------------

453 01	053	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	2,0 0,0	2,0	2,0
--------	-----	--	-------------------	------------	------------

511 01	053	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	235,0 210,7	220,0	220,0
--------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

09 04 Landesverfassungsgericht und Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 511 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Büromaterial	25.000	25.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	75.000	75.000
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten	1.000	1.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	110.000	110.000
5.	Ersatzbeschaffungen von Geräten	2.500	2.500
6.	Ergänzungsbeschaffungen von Geräten	2.500	2.500
7.	Unterhaltung von Geräten	1.000	1.000
8.	Sonstiges	3.000	3.000
Summe		220.000	220.000

514 01	053	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstkraftfahrzeugen und dgl.	12,0 9,4	12,0	12,0
---------------	------------	---	--------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Bestand an Kraftfahrzeugen:

	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012	Bestand am 1.2.2010
Kleintransporter	1	1	1	1
Personenkraftwagen	2	2	2	2
Zusammen	3	3	3	3

518 02	053	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	20,0 10,8	15,0	15,0
---------------	------------	---	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mieten für Fotokopiergeräte.

518 99	053	Leasingraten für Fahrzeuge	2,3 2,7	3,0	3,0
---------------	------------	-----------------------------------	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für 1 (Vorjahr 1) geleastes Fahrzeug.

525 02	053	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	10,0 10,0	10,0	10,0
---------------	------------	--	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Externe Fortbildungsveranstaltungen (z.B. Richterakademie Trier/ Wustrau, Lüneburger Beitragstage, Schleswiger Forum. Verwaltungsfachhochschule Altenholz u.ä.)	6.000	6.000
2.	Inhouse-Schulungen (z.B. Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Service-Einheiten, Fortbildung für Verwaltungsrichterninnen und -richter zu aktuellen Themen u.ä.)	4.000	4.000
Summe		10.000	10.000

526 03	053	Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse	0,0 0,1	0,0	1,0
---------------	------------	--	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten des Wahlausschusses für die Bestellung ehrenamtlicher Richterinnen und Richter.

09 04 Landesverfassungsgericht und Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

526 05	053	Ärztliche Untersuchungen	1,0 0,5	1,0	1,0
---------------	-----	---------------------------------	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 0902 - 533 02.

526 11	053	Auslagen in Rechtssachen	250,0 179,7	200,0	200,0
---------------	-----	---------------------------------	-----------------------	--------------	--------------

Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 0902-52611, 0902-52612, 0902-52613, 0902-52614, 0902-52615, 0902-52616, 0902-52617, 0905-52611, 0905-52612, 0905-52613, 0906-52611, 0908-52613, 0908-52614, 0908-52615 und 0909-52611.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Prozesskostenhilfe	85.000	85.000
2.	Zeugenentschädigung	10.000	10.000
3.	Sachverständige und Dolmetscherkosten in Asylverfahren	100.000	100.000
4.	Sonstige Auslagen in Rechtssachen	5.000	5.000
Summe		200.000	200.000

Weniger aufgrund Anpassung an den erwarteten Bedarf.

527 01	053	Dienstreisen	3,0 2,4	3,0	3,0
---------------	-----	---------------------	-------------------	------------	------------

533 99	053	Leistungsentgelte an die GMSH	4,0 0,0	0,0	4,0
---------------	-----	--------------------------------------	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel. Die Prüfung findet alle 2 Jahre statt.

534 01	053	Fortbildung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	-----	--	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

541 01	053	Zur Ausrichtung der Präsidentenkonferenz der Oberverwaltungsgerichte bzw. Verwaltungsgerichtshöfe der Länder	0,0 0,0	0,0	12,0
---------------	-----	---	-------------------	------------	-------------

Erläuterungen:

Die jährlich stattfindende Präsidentenkonferenz der Oberverwaltungsgerichte bzw. Verwaltungsgerichtshöfe der Länder findet im Jahr 2012 in Schleswig-Holstein statt.

546 99	053	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	1,0 2,2	1,0	1,0
---------------	-----	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte aufgrund rechtlicher Verpflichtungen		
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen		
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen		
4.	Sonstige vermischte Ausgaben	1.000	1.000
Summe		1.000	1.000

09 04 Landesverfassungsgericht und Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 546 99

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

685 04 014 Ausgaben für Statistiken des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein **0,0** **0,0** **0,0**
0,0

Erläuterungen:
Vgl. Tit. 0901-981 04.

811 01 053 Erwerb von Dienstfahrzeugen **18,9** **18,9** **0,0**
0,0

Erläuterungen:
Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Ersatzbeschaffungen		
1.1	1 PKW für Selbstfahrer	18.900	0
Summe		18.900	0

812 02 053 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Aus-rüstungsgegenständen **0,0** **10,0** **0,0**
0,0

Erläuterungen:
Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Erstmalige Anschaffungen für die Ausstattung eines Mediations-zimmers	10.000	0
Summe		10.000	0

916 05 951 Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr **0,0** **0,0** **0,0**
0,0

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Titeln der Obergruppe 42 geleistet werden.

Erläuterungen:
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

919 01 951 Zuführung an die Rücklage **0,0** **0,0** **0,0**
0,0

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei den Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme des Tit. 526 11 geleistet werden.

Erläuterungen:
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Ausgaben	6.758,3 6.433,9	6.895,9	6.884,0
---------------------------	---------------------------	----------------	----------------

09 04 Landesverfassungsgericht und Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
Abschluss					
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2.304,5 875,7	1.005,0	1.003,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0	0,0
Gesamteinnahmen			2.304,5 875,7	1.005,0	1.003,0
41 - 49		Personalausgaben	6.201,1 6.005,4	6.402,0	6.402,0
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	538,3 428,5	465,0	482,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,0 0,0	0,0	0,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	18,9 0,0	28,9	0,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	0,0	0,0
Gesamtausgaben			6.758,3 6.433,9	6.895,9	6.884,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-4.453,8 -5.558,2	-5.890,9	-5.881,0

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 des Kapitels 0905 mit Ausnahme der Tit. 526 11, 526 12 und 526 13 verwendet werden.

Einnahmen

112 01	054	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	1.500,0 1.039,4	1.100,0	1.100,0
		Erläuterungen: Weniger aufgrund Anpassung an das Ist-Aufkommen.			
119 99	054	Vermischte Einnahmen	2,0 1,1	2,0	2,0
132 01	054	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	0,0 0,0	0,0	0,0
356 05	951	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0 0,0	0,0	0,0
		Erläuterungen: Vgl. Tit. 916 05.			
359 01	951	Entnahme aus der Rücklage	0,0 0,0	0,0	0,0
		Erläuterungen: Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.			
Summe der Einnahmen			1.502,0 1.040,5	1.102,0	1.102,0

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Ausgaben

412 01	054	Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	190,0 146,9	170,0	170,0
--------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449).

Weniger aufgrund Anpassung an den erwarteten Bedarf.

422 01	054	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten - Richterinnen und Richter -	4.765,7 4.620,6	4.935,0	4.935,0
--------	-----	---	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Vorjahreswerte von Tit. 422 02 übertragen.

422 02	054	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

Übertragen nach Tit. 422 01.

428 01	054	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	2.709,7 2.697,6	2.880,0	2.880,0
--------	-----	--	---------------------------	----------------	----------------

453 01	054	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	12,0 8,1	12,0	12,0
--------	-----	--	--------------------	-------------	-------------

511 01	054	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	235,0 228,3	295,0	290,0
--------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011 EUR	2012 EUR
1.	Büromaterial	110.000	105.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	85.000	85.000
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten	2.500	2.500
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	70.000	70.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	15.000	15.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	10.000	10.000
7.	Unterhaltung von Geräten	1.500	1.500
8.	Sonstiges	1.000	1.000
Summe		295.000	290.000

514 01	054	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstkraftfahrzeugen und dgl.	6,5 5,8	6,5	6,5
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Bestand an Kraftfahrzeugen:

	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012	Bestand am 1.2.2010
PKW mit Fahrer/ Fahrer	1	1	1	1
Zusammen	1	1	1	1

518 02	054	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	18,0 18,7	20,4	20,4
--------	-----	---	---------------------	-------------	-------------

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 518 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mieten für Fotokopiergeräte.

518 99	054	Leasingraten für Dienstfahrzeuge	3,0 3,1	3,0	3,0
---------------	-----	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für 1 (Vorjahr 1) geleastes Fahrzeug.

525 02	054	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	15,0 21,0	20,0	20,0
---------------	-----	--	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011 EUR	2012 EUR
1.	Externe Fortbildungsveranstaltungen (z.B. Richterakademie in Trier/Wustrau, Proberichtertagungen, Rechtspflegertagungen, u.ä.)	10.500	10.500
2.	Inhouse-Schulungen (z.B. Qualifizierung der Service-Einheiten, Schulungen der Kostenbeamten, Fortbildung für Richter/-innen zu aktuellen Themen u.ä.)	9.500	9.500
Summe		20.000	20.000

526 03	054	Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse	1,0 0,0	1,0	1,0
---------------	-----	--	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Entschädigungen und Reisekosten für die Mitglieder der bei dem Landessozial- sowie bei den Sozialgerichten eingerichteten Ausschüsse gem. §§ 31 und 35 Sozialgerichtsgesetz.

526 05	054	Ärztliche Untersuchungen	2,5 2,0	2,5	2,5
---------------	-----	---------------------------------	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 0902 - 533 02.

526 11	054	Entschädigungen für Klägerinnen und Kläger und für Zeuginnen und Zeugen	200,0 143,3	150,0	150,0
---------------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 52612 und 52613 sowie mit Tit. 0902-52611, 0902-52612, 0902-52613, 0902-52614, 0902-52615, 0902-52616, 0902-52617, 0906-52611, 0908-52613, 0908-52614, 0908-52615 und 0909-52611.

Erläuterungen:

Weniger aufgrund Anpassung an den erwarteten Bedarf.

526 12	054	Entschädigungen für Sachverständige	2.200,0 2.048,1	2.200,0	2.200,0
---------------	-----	--	---------------------------	----------------	----------------

Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 52611 und 52613 sowie mit Tit. 0902-52611, 0902-52612, 0902-52613, 0902-52614, 0902-52615, 0902-52616, 0902-52617, 0906-52611, 0908-52613, 0908-52614, 0908-52615 und 0909-52611.

526 13	054	Sonstige Auslagen in Rechtssachen	520,0 639,8	650,0	650,0
---------------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 52611 und 52612 sowie mit Tit. 0902-52611, 0902-52612, 0902-52613, 0902-52614, 0902-52615, 0902-52616, 0902-52617, 0906-52611, 0908-52613, 0908-52614, 0908-52615 und 0909-52611.

Erläuterungen:

Mehr aufgrund Anpassung an den erwarteten Bedarf.

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
527 01	054	Dienstreisen	5,0 2,9	5,0	5,0
533 99	054	Leistungsentgelte an die GMSH	2,0 2,4	2,0	2,0
Erläuterungen: Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel.					
534 01	054	Fortbildung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	2,0 2,6	2,0	2,0
536 01	054	Umzüge von Dienststellen	0,0 16,2	0,0	0,0
Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.					
546 99	054	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	1,5 4,4	1,5	1,5
Erläuterungen: Veranschlagt sind:					
				2011	2012
				EUR	EUR
1.		Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen		0	0
2.		Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen		0	0
3.		Auslagen für Vorstellungsreisen		0	0
4.		Sonstige vermischte Ausgaben		1.500	1.500
Summe				1.500	1.500
Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.					
685 04	014	Ausgaben für Statistiken des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein	0,0 0,0	0,0	0,0
Erläuterungen: Vgl. Tit. 0901-981 04.					
811 01	054	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0,0 0,0	0,0	0,0
Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.					
812 02	054	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	37,0 120,9	75,0	0,0
Erläuterungen: Veranschlagt sind:					
				2011	2012
				EUR	EUR
1.		Ersatzbeschaffungen		25.000	
2.		Ergänzungsbeschaffungen		50.000	
Summe				75.000	0
916 05	951	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0 0,0	0,0	0,0

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 916 05

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Titeln der Obergruppe 42 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

919 01	951	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0	0,0
			0,0		

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei den Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme der Tit. 526 11, 526 12 und 526 13 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Ausgaben		10.925,9	11.430,9	11.350,9
		10.732,7		

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010 Ist 2009	Soll 2011	Soll 2012
			T€		

Abschluss

11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.502,0 1.040,5	1.102,0	1.102,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0	0,0
Gesamteinnahmen			1.502,0 1.040,5	1.102,0	1.102,0
41 - 49		Personalausgaben	7.677,4 7.473,2	7.997,0	7.997,0
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	3.211,5 3.138,6	3.358,9	3.353,9
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,0 0,0	0,0	0,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	37,0 120,9	75,0	0,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	0,0	0,0
Gesamtausgaben			10.925,9 10.732,7	11.430,9	11.350,9
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-9.423,9 -9.692,2	-10.328,9	-10.248,9

09 06 Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 des Kapitels 0906 mit Ausnahme des Tit. 526 11 verwendet werden.

Einnahmen

112 01	055	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	450,0 410,6	450,0	450,0
119 99	055	Vermischte Einnahmen	0,0 0,0	0,0	0,0
356 05	951	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0 0,0	0,0	0,0
		Erläuterungen: Vgl. Tit. 916 05.			
359 01	951	Entnahme aus der Rücklage	0,0 2,0	0,0	0,0
		Erläuterungen: Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.			
Summe der Einnahmen			450,0 412,6	450,0	450,0

09 06 Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Ausgaben

412 01	055	Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	5,0 3,0	5,0	5,0
--------	-----	--	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449).

422 01	055	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten - Richterinnen und Richter -	1.267,3 1.132,4	1.240,0	1.240,0
--------	-----	---	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Vorjahreswerte von Tit. 422 02 übertragen.

422 02	055	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

Übertragen nach Tit. 422 01.

428 01	055	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	262,3 284,5	300,0	300,0
--------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

453 01	055	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	--	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

511 01	055	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	45,0 51,2	45,0	45,0
--------	-----	--	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Büromaterial	4.500	4.500
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	20.000	20.000
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten	500	500
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	18.000	18.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	1.000	1.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	500	500
7.	Unterhaltung von Geräten	300	300
8.	Sonstiges	200	200
Summe		45.000	45.000

518 02	055	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	3,0 2,2	3,0	3,0
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mieten für Fotokopiergeräte.

525 02	055	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	6,0 2,2	6,0	6,0
--------	-----	--	-------------------	------------	------------

526 05	055	Ärztliche Untersuchungen	0,5 0,1	0,5	0,5
--------	-----	---------------------------------	-------------------	------------	------------

09 06 Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 526 05

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 0902 - 533 02.

526 11	055	Auslagen in Rechtssachen	25,0 18,8	25,0	25,0
---------------	-----	---------------------------------	---------------------	-------------	-------------

Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 0902-52611, 0902-52612, 0902-52613, 0902-52614, 0902-52615, 0902-52616, 0902-52617, 0904-52611, 0905-52611, 0905-52612, 0905-52613, 0908-52613, 0908-52614, 0908-52615 und 0909-52611.

527 01	055	Dienstreisen	2,0 0,9	2,0	2,0
---------------	-----	---------------------	-------------------	------------	------------

533 99	055	Leistungsentgelte an die GMSH	2,0 0,0	0,0	2,0
---------------	-----	--------------------------------------	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel. Die Prüfung findet alle 2 Jahre statt.

546 99	055	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	1,0 0,0	1,0	1,0
---------------	-----	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen	0	0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen	0	0
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen	0	0
4.	Sonstige vermischte Ausgaben	1.000	1.000
	Summe	1.000	1.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

632 01	055	Kostenanteil an dem Gemeinsamen Senat für Zoll -und Verbrauchsteuersachen beim Finanzgericht in Hamburg	50,0 73,0	90,0	90,0
---------------	-----	--	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Kostenanteil des Landes an dem Gemeinsamen Senat für Zoll- und Verbrauchsteuersachen beim Finanzgericht Hamburg (Freie und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein) gemäß Staatsvertrag vom 14. Juli 1981 (GVOBl. Schl.-H. S. 140). Berechnungsgrundlage sind die für Schleswig-Holstein im Verhältnis zu den anderen beteiligten Ländern erledigten Fälle.
Mehr aufgrund Anpassung an den Bedarf.

685 04	014	Ausgaben für Statistiken des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	-----	--	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 0901-981 04.

812 02	055	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausstattungsgegenständen	0,0 2,0	0,0	0,0
---------------	-----	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

916 05	951	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0 24,2	0,0	0,0
---------------	-----	---	--------------------	------------	------------

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Titeln der Obergruppe 42 geleistet werden.

09 06 Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009		
			T€		

noch zu 916 05

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

919 01	951	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0	0,0
			0,0		

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei den Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme des Tit. 526 11 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Ausgaben		1.669,1	1.717,5	1.719,5
		1.594,5		

09 06 Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Abschluss

11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	450,0 410,6	450,0	450,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 2,0	0,0	0,0
Gesamteinnahmen			450,0 412,6	450,0	450,0
41 - 49		Personalausgaben	1.534,6 1.419,9	1.545,0	1.545,0
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	84,5 75,4	82,5	84,5
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	50,0 73,0	90,0	90,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0,0 2,0	0,0	0,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 24,2	0,0	0,0
Gesamtausgaben			1.669,1 1.594,5	1.717,5	1.719,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1.219,1 -1.181,9	-1.267,5	-1.269,5

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 des Kapitels 0908 mit Ausnahme der Tit. 526 13, 526 14 und 526 15 verwendet werden.

Einnahmen

112 01	052	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	16.300,0 14.372,8	14.500,0	14.500,0
--------	-----	--	-----------------------------	-----------------	-----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011 EUR	2012 EUR
1.	Geldstrafen und Geldbußen	14.000.000	14.000.000
2.	Gerichtskosten	500.000	500.000
	Summe	14.500.000	14.500.000

Weniger aufgrund Anpassung an das Ist-Aufkommen.

112 03	052	Einnahmen aus Vermögensabschöpfung, insbesondere bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität	500,0 1.755,5	700,0	700,0
--------	-----	---	-------------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Der Ansatz ist geschätzt.

Bezüglich der Ist-Einnahme 2009 s.a. Erläuterung zu Tit. 119 99.

119 02	052	Sonstige Verwaltungseinnahmen	1,0 5,2	1,0	1,0
--------	-----	--------------------------------------	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer oder entbehrlicher Gegenstände.

119 99	052	Vermischte Einnahmen	50,0 -649,7	50,0	50,0
--------	-----	-----------------------------	-----------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

In 2009 ist eine Fehlbuchung erfolgt. Im Rahmen gesicherter Vermögenswerte erfolgte eine Auszahlung im Wege der Absetzung. Durch Titelverwechslung erfolgte diese nicht aus Tit. 112 03.

Ab dem HH-Jahr 2010 werden gesicherte Vermögenswerte auf einem Verwahrkonto gebucht, so dass nur die an das Land entfallende Beträge im Epl. 09 vereinnahmt werden.

132 01	052	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	6,0 1,3	0,0	6,0
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 811 01.

231 01	052	Erstattung von Kosten in Staatsschutzsachen	65,0 65,9	65,0	65,0
--------	-----	--	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Nach einer Vereinbarung der Justizverwaltungen des Bundes und der Länder erstattet der Bund die dem Land in Staatsschutz-Strafsachen entstandenen Kosten, insbesondere in den Fällen, in denen ein Oberlandesgericht in Ausübung der Gerichtsbarkeit des Bundes zuständig war. Der Ansatz ist geschätzt.

356 05	951	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 916 05.

359 01	951	Entnahme aus der Rücklage	0,0 10,0	0,0	0,0
--------	-----	----------------------------------	--------------------	------------	------------

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009		
			T€		

noch zu 359 01

Erläuterungen:

Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.

Summe der Einnahmen	16.922,0 15.561,0	15.316,0	15.322,0
----------------------------	-----------------------------	-----------------	-----------------

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Ausgaben

422 01	052	Bezüge und Nebenleitungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	18.674,7 19.436,2	20.610,0	20.610,0
--------	-----	---	-----------------------------	-----------------	-----------------

Erläuterungen:

Vorjahreswerte von Tit. 422 02 übertragen.

422 02	052	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

Übertragen nach Tit. 422 01.

422 03	052	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst	9,0 0,0	9,0	9,0
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

427 01	052	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0 26,2	19,0	19,0
--------	-----	--	--------------------	-------------	-------------

427 04	052	Hausdienst- und sonstige Vergütungen	1,4 1,8	2,0	2,0
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Hausdienstvergütungen	2.000	2.000
2.	Vergütungen für Zustellungen	0	0
	Summe	2.000	2.000

Zu 1.:

In den Fällen in, in denen bisher schon Wachtmeisterinnen, Wachtmeister hausmeistergleiche Tätigkeiten (wie z.B. Gartenarbeiten, Schneeräumung, Bedienung der Heizung) gegen Hausdienstvergütungen ausgeübt haben, ist mit Ausnahmegenehmigung des Finanzministeriums gem. § 3 Abs. 2 GMSH-Gesetz diese Tätigkeit -auslaufend- weiterhin zulässig.

427 05	052	Vergütung für Praktikantinnen und Praktikanten	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

428 01	052	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	8.525,3 8.899,3	9.340,0	9.340,0
--------	-----	--	---------------------------	----------------	----------------

453 01	052	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	23,0 16,3	23,0	23,0
--------	-----	--	---------------------	-------------	-------------

459 03	052	Handgeld an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gehobenen Sozialdienst	0,4 0,2	0,4	0,4
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

Deckungsfähig mit Tit. 0902-459 03.

Erläuterungen:

Veranschlagt ist das Handgeld für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gehobenen Sozialdienst bis zu je 20 € monatlich.

511 01	052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	870,0 856,6	870,0	870,0
--------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 511 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Büromaterial	330.000	330.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	120.000	120.000
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten	10.000	10.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	350.000	350.000
5.	Ersatzbeschaffungen von Geräten	25.000	25.000
6.	Ergänzungsbeschaffungen	20.000	20.000
7.	Unterhaltung von Geräten	10.000	10.000
8.	Sonstiges	5.000	5.000
Summe		870.000	870.000

514 01	052	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstkraftfahrzeugen und dgl.	40,0 33,3	40,0	40,0
---------------	------------	---	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	30.000	30.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung	10.000	10.000
3.	Verbrauchsmittel	0	0
4.	Sonstiges	0	0
Summe		40.000	40.000

Bestand an Kraftfahrzeugen:

	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012	Bestand am 01.02.2010
Kleintransporter	2	2	2	2
PKW mit Fahrer/ Fahrer	1	1	1	1
Selbstfahrer-PKW	9	9	9	9
Zusammen	12	12	12	12

518 02	052	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	70,0 61,7	70,0	70,0
---------------	------------	---	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mieten für Fotokopiergeräte.

518 99	052	Leasingraten für Fahrzeuge	13,7 13,7	17,6	17,6
---------------	------------	-----------------------------------	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für 6 (Vorjahr 6) geleaste Fahrzeuge. Mehr aufgrund Anpassung an die konkrete Vertragslage.

525 01	052	Ausbildung und Umschulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	9,0 19,1	15,0	15,0
---------------	------------	--	--------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Unterrichtsentschädigungen. Anpassung an den erwarteten Bedarf.

525 02	052	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	42,0 41,7	42,0	42,0
---------------	------------	--	---------------------	-------------	-------------

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 525 02

Erläuterungen:

Veranschlagt für

		2011 EUR	2012 EUR
1.	Teilnahmen an Lehrgängen und Tagungen	28.100	28.100
2.	Sicherheitsausbildung für Justizwachtmeister und andere Bedienstete bei den Staatsanwaltschaften	5.400	5.400
3.	Supervision für Staatsanwälte	7.000	7.000
4.	Supervision für Gerichtshilfe	1.500	1.500
Summe		42.000	42.000

526 05	052	Ärztliche Untersuchungen	8,0 8,5	8,0	8,0
---------------	-----	---------------------------------	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 0902 - 533 02.

526 13	052	Entschädigung für Zeuginnen und Zeugen	400,0 159,3	200,0	200,0
---------------	-----	---	-----------------------	--------------	--------------

Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 52614 und 52615 sowie mit Tit. 0902-52611, 0902-52612, 0902-52613, 0902-52614, 0902-52615, 0902-52616, 0902-52617, 0904-52611, 0905-52611, 0905-52612, 0905-52613, 0906-52611 und 0909-52611.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben aufgrund Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449)
Weniger aufgrund Anpassung an den erwarteten Bedarf.

526 14	052	Entschädigung für Sachverständige	3.800,0 3.132,2	3.100,0	3.100,0
---------------	-----	--	---------------------------	----------------	----------------

Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 52613 und 52615 sowie mit Tit. 0902-52611, 0902-52612, 0902-52613, 0902-52614, 0902-52615, 0902-52616, 0902-52617, 0904-52611, 0905-52611, 0905-52612, 0905-52613, 0906-52611 und 0909-52611.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben aufgrund Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449).
Weniger aufgrund Anpassung an den erwarteten Bedarf.

526 15	052	Sonstige Auslagen in Rechtssachen	500,0 484,3	500,0	500,0
---------------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 52613 und 52614 sowie mit Tit. 0902-52611, 0902-52612, 0902-52613, 0902-52614, 0902-52615, 0902-52616, 0902-52617, 0904-52611, 0905-52611, 0905-52612, 0905-52613, 0906-52611 und 0909-52611.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben nach Teil 9 (Auslagen) des Kostenverzeichnisses zum Gerichtskostengesetz (GKG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1900) und §§ 136 ff. Kostenordnung (KostO) in der Fassung vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 960 - bereinigte Fassung unter Gliederungsnummer 361 - 1), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. September 2009 (BGBl. I S. 3145).

527 01	052	Dienstreisen	135,0 114,2	115,0	115,0
---------------	-----	---------------------	-----------------------	--------------	--------------

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 527 01

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Reisen in Verwaltungsangelegenheiten	17.000	17.000
2.	Reisen der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte und der Amtsanwältinnen und Amtsanwälte zu auswärtigen Sitzungen	70.000	70.000
3.	Reisen der Gerichtshelferinnen und Gerichtshelfer	28.000	28.000
Summe		115.000	115.000

533 01	052	Aufwendungen für Dienstverträge	65,0 60,9	65,0	65,0
--------	-----	--	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für einen externen Pförtnerdienst.

533 99	052	Leistungsentgelte an die GMSH	2,0 5,6	6,0	2,0
--------	-----	--------------------------------------	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel. Die Überprüfung findet - zu unterschiedlichen Terminen - alle zwei Jahre statt.

536 01	052	Umzüge von Dienststellen	3,0 0,0	3,0	3,0
--------	-----	---------------------------------	-------------------	------------	------------

537 01	052	Beförderung und Vorführung von Gefangenen einschließlich Reisekosten des Begleitpersonals	6,0 4,7	6,0	6,0
--------	-----	--	-------------------	------------	------------

546 99	052	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	8,0 8,0	8,0	8,0
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Unfall- usw.-renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen	0	0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen	7.000	7.000
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen	0	0
4.	Sonstige vermischte Ausgaben	1.000	1.000
Summe		8.000	8.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

632 01	052	Anteil Schleswig-Holstein an dem Gemeinsamen Prüfungsamt für die Amtsanwaltsausbildung	28,6 23,0	26,6	22,8
--------	-----	---	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Gemäß Staatsvertrag über die Einrichtung eines gemeinsamen Studienganges für den Amtsanwaltsdienst und die Errichtung eines gemeinsamen Prüfungsamtes für die Abnahme der Amtsanwaltsprüfung vom 14. Dezember 2006 (GVOBl. Schl.-H. S. 305) werden die Kosten des Studienganges nach dem Verhältnis der aus den Vertragsländern abgeordneten Beamtinnen und Beamten umgelegt.

632 02	052	Kostenanteil an der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Verfolgung von NS-Gewalttaten in Ludwigsburg	27,0 27,0	27,0	27,0
--------	-----	---	---------------------	-------------	-------------

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 632 02

Erläuterungen:

Gemäß Verwaltungsvereinbarung über die Errichtung einer zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen vom 6. November 1958 werden die Personal- und Sachausgaben der zentralen Stelle nach dem Verhältnis der fortgeschriebenen Einwohnerzahl der Länder am 1. April des jeweiligen Haushaltsjahres auf die Landesjustizverwaltungen umgelegt.

681 01	052	Entschädigungen an Beschuldigte und Nebenbeteiligte in Strafsachen	50,0 26,0	50,0	50,0
--------	-----	---	--------------	------	------

Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 0902 - 681 01.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Entschädigungen aufgrund der §§ 467, 467 a, 468, 470, 472 b und 473 Strafprozessordnung (StPO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074, ber. S. 1319), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Dezember 2010 (BGBl. I S. 2300) und des Gesetzes über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG) vom 8. März 1971 (BGBl. I S. 157), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1864).

681 02	052	Geldbelohnungen für die Mitwirkung der Bevölkerung bei der Aufklärung strafbarer Handlungen und bei der Wiederergreifung entwichener Gefangener	5,0 0,0	5,0	5,0
--------	-----	--	------------	-----	-----

Belohnungen dürfen auch ohne Mittel ausgesetzt werden. Die Erläuterungen sind gem. § 17 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Zur Gewährung von Geldbelohnungen an Privatpersonen, durch deren Mitwirkung eine strafbare Handlung schneller aufgeklärt bzw. aufgedeckt wird, und bei der Wiederergreifung entwichener Gefangener. Es dürfen für das laufende und für das vorausgegangene Haushaltsjahr bis zu 61.355 € ausgelobt werden. Das Finanzministerium ist über die ausgelobten Beträge zu unterrichten. Der Bedarf ist geschätzt.

685 04	014	Ausgaben für Statistiken des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	--	------------	-----	-----

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 0901-981 04.

811 01	052	Erwerb von Dienstfahrzeugen	39,9 0,0	0,0	39,9
--------	-----	------------------------------------	-------------	-----	------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Ersatzbeschaffungen		
1.1	1 PkW (StA Kiel)	0	18.900
1.2	1 Kleintransporter (StA Kiel)		21.000
	Summe	0	39.900

Aufgrund der in 2010 vorliegenden Aussonderungsgutachten können die für 2010 geplanten Ersatzbeschaffungen nach 2012 verschoben werden.

812 02	052	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausstattungsgegenständen	75,0 84,9	75,0	67,5
--------	-----	---	--------------	------	------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Ersatzbeschaffungen	75.000	67.500
	Summe	75.000	67.500

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
916 05	951	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0 12,8	0,0	0,0
<p>Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Titeln der Obergruppe 42 geleistet werden.</p> <p>Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.</p>					
919 01	951	Zuführung an die Rücklage	0,0 45,0	0,0	0,0
<p>Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei den Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme der Tit. 526 13, 526 14, 526 15 geleistet werden.</p> <p>Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.</p>					
Summe der Ausgaben			33.431,0 33.602,5	35.252,6	35.277,2

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
Abschluss					
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	16.857,0 15.485,1	15.251,0	15.257,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	65,0 65,9	65,0	65,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 10,0	0,0	0,0
Gesamteinnahmen			16.922,0 15.561,0	15.316,0	15.322,0
41 - 49		Personalausgaben	27.233,8 28.380,0	30.003,4	30.003,4
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	5.971,7 5.003,8	5.065,6	5.061,6
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	110,6 76,0	108,6	104,8
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	114,9 84,9	75,0	107,4
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 57,8	0,0	0,0
Gesamtausgaben			33.431,0 33.602,5	35.252,6	35.277,2
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-16.509,0 -18.041,5	-19.936,6	-19.955,2

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 des Kapitels 0909 mit Ausnahme des Tit. 526 11 verwendet werden.

Einnahmen

112 01	054	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	800,0 847,9	850,0	850,0
---------------	------------	--	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Gerichtskosten und die zu erstattenden Kosten der beigeordneten Rechtsanwälte/innen	849.500	849.500
2.	Geldstrafen	500	500
	Summe	850.000	850.000

119 99	054	Vermischte Einnahmen	0,5 0,1	0,5	0,5
---------------	------------	-----------------------------	-------------------	------------	------------

356 05	951	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	------------	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 916 05.

359 01	951	Entnahme aus der Rücklage	0,0 50,0	0,0	0,0
---------------	------------	----------------------------------	--------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.

Summe der Einnahmen			800,5 898,0	850,5	850,5
----------------------------	--	--	-----------------------	--------------	--------------

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Ausgaben

412 01	054	Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	150,0 128,8	135,0	135,0
--------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449).

Weniger aufgrund Anpassung an den erwarteten Bedarf.

422 01	054	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter	2.434,7 2.372,7	2.540,0	2.540,0
--------	-----	---	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Vorjahreswerte von Tit. 422 02 übertragen.

422 02	054	Bezüge der beamteten Hilfskräfte	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

Übertragen nach Tit. 422 01.

427 01	054	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	--	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

428 01	054	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.640,6 1.698,6	1.800,0	1.800,0
--------	-----	--	---------------------------	----------------	----------------

453 01	054	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	2,0 0,0	2,0	2,0
--------	-----	--	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Trennungsgeld für 2 Mitarbeiter/innen	2.000	2.000
2.	Umzugskostenvergütungen	0	0
	Summe	2.000	2.000

511 01	054	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	370,0 364,3	365,0	365,0
--------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Büromaterial	50.000	50.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	45.000	45.000
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	1.500	1.500
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	220.000	220.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	21.000	21.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	12.000	12.000
7.	Unterhaltung von Geräten	13.500	13.500
8.	Sonstiges	2.000	2.000
	Summe	365.000	365.000

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

518 02 054 Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge **10,0** **10,0** **10,0**
6,9

Erläuterungen:
Veranschlagt sind die Mieten für Fotokopiergeräte.

525 01 054 Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten **0,0** **0,0** **0,0**
0,0

Übertragen nach 09 09 - 525 02

525 02 054 Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten **16,0** **21,0** **21,0**
14,3

Erläuterungen:
Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Externe Fortbildungsveranstaltungen (z.B. Richterakademie Trier/ Wustrau, Akademie Sankelmark, Verwaltungsakademie Bordesholm, Verwaltungsfachhochschule Altenholz u.ä.)	15.000	15.000
2.	Inhouse-Schulungen	6.000	6.000
Summe		21.000	21.000

526 05 054 Ärztliche Untersuchungen **1,0** **1,0** **1,0**
0,9

Erläuterungen:
Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 0902 - 533 02.

526 11 054 Auslagen in Rechtssachen **2.100,0** **2.400,0** **2.400,0**
2.099,8

Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 0902-52611, 0902-52612, 0902-52613, 0902-52614, 0902-52615, 0902-52616, 0902-52617, 0904-52611, 0905-52611, 0905-52612, 0905-52613, 0906-52611, 0908-52613, 0908-52614 und 0908-52615.

Erläuterungen:
Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Gebühren und Auslagen der beigeordneten Rechtsanwälte/innen	2.300.000	2.300.000
2.	Entschädigung der Zeugen/innen	55.000	55.000
3.	Entschädigungen der Sachverständigen vor Gericht	44.000	44.000
4.	Sonstige Auslagen	1.000	1.000
Summe		2.400.000	2.400.000

Mehr aufgrund Anpassung an den erwarteten Bedarf.

527 01 054 Dienstreisen **10,0** **10,0** **10,0**
9,6

Erläuterungen:
Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	10.000	10.000
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	0	0
Summe		10.000	10.000

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
533 99	054	Leistungsentgelte an die GMSH	3,2 0,0	0,0	3,2
Erläuterungen: Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel. Die Prüfung findet alle 2 Jahre statt.					
534 02	054	Fortbildung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	4,0 1,2	4,0	4,0
546 99	054	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	2,0 1,5	2,0	2,0
Erläuterungen: Veranschlagt sind:					
				2011	2012
				EUR	EUR
1.		Unfall- usw.-renten und Entschädigungen an Dritte aufgrund rechtlicher Verpflichtungen und aus Billigkeitserwägungen		0	0
2.		Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen (z.B. Stellenausschreibungen)		2.000	2.000
3.		Sonstiges		0	0
Summe				2.000	2.000
Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.					
684 01	054	An Vereine und Verbände	0,2 0,2	0,2	0,2
Erläuterungen: Veranschlagt sind Beiträge für den Arbeitsgerichtsverband.					
685 04	014	Ausgaben für Statistiken des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein	0,0 0,0	0,0	0,0
Erläuterungen: Vgl. Tit. 0901-981 04.					
812 02	054	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausstattungsgegenständen	0,0 49,3	70,0	0,0
Erläuterungen: Veranschlagt sind:					
				2011	2012
				EUR	EUR
1.		Ersatzbeschaffungen		70.000	0
Summe				70.000	0
916 05	951	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0 0,0	0,0	0,0
Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Titeln der Obergruppe 42 geleistet werden.					
Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.					
919 01	951	Zuführung an die Rücklage	0,0 0,0	0,0	0,0
Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei den Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme des Tit. 526 11 geleistet werden.					

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009		
			T€		

noch zu 919 01

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Ausgaben	6.743,7 6.748,1	7.360,2	7.293,4
---------------------------	---------------------------	----------------	----------------

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
Abschluss					
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	800,5 848,0	850,5	850,5
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 50,0	0,0	0,0
Gesamteinnahmen			800,5 898,0	850,5	850,5
41 - 49		Personalausgaben	4.227,3 4.200,1	4.477,0	4.477,0
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	2.516,2 2.498,5	2.813,0	2.816,2
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,2 0,2	0,2	0,2
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0,0 49,3	70,0	0,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	0,0	0,0
Gesamtausgaben			6.743,7 6.748,1	7.360,2	7.293,4
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-5.943,2 -5.850,1	-6.509,7	-6.442,9

09 10 Arbeitsmarktförderung

Das Kapitel 09 10 ist nach Kapitel 10 06 übertragen worden.

09 11 Europaangelegenheiten

Das Kapitel 09 11 ist nach Kapitel 03 11 übertragen worden.

09 12 Förderung der Gleichstellung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009		
			T€		

Das Kapitel 09 12 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

02 Stärkung einer frauenfördernden Infrastruktur

Einnahmen

119 01	011	Einnahmen aus Veranstaltungen, Fortbildungsmaßnahmen und Informationstagungen	0,5 0,0	0,5	0,5
--------	-----	--	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Einnahmen, die durch die Erhebung von Eintrittsgeldern bei Veranstaltungen und Tagungsgebühren bei Fortbildungs- und Informationstagungen sowie durch Teilnehmerbeiträge zu den Verpflegungs- und Übernachtungskosten entstehen.

Mehreinnahmen dürfen für Mehrausgaben bei der Veranstaltung, bei der die Mehreinnahmen entstanden sind, verwendet werden (vgl. Tit. 535 02).

119 02	236	Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuwendungen einschließlich Zinsen	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	--	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel für eventuelle Rückflüsse aus bewilligten Zuwendungen einschl Zinsrückforderungen gem. VV Nr. 8 zu § 44 LHO i.V.m. §§ 116, 117, 117 a LVwG.

Mehreinnahmen dürfen für Mehrausgaben bei Tit. 684 03 MG 02 verwendet werden.

Summe der Einnahmen			0,5 0,0	0,5	0,5
----------------------------	--	--	-------------------	------------	------------

09 12 Förderung der Gleichstellung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Ausgaben

526 99	011	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	-----	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

535 02	011	Kosten für frauenpolitische Veranstaltungen und Informationen	20,0 19,5	20,0	20,0
---------------	-----	--	---------------------	-------------	-------------

Der Ansatz darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 119 01 für die Veranstaltung, bei der die Mehreinnahmen entstanden sind, überschritten werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für eigene oder gemeinsam mit Dritten durchgeführte Informationsveranstaltungen, Fachtagungen und Publikationen auf dem Gebiet der Gleichstellungspolitik. Hierzu gehören insbesondere Honorare, Mieten für Veranstaltungsräume, Druckkosten für Broschüren oder Tagungsdokumentationen.

541 01	011	Ausrichtung der 21. Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister der Länder (GFMK) im Jahr 2011	0,0 0,0	45,0	0,0
---------------	-----	--	-------------------	-------------	------------

Erläuterungen:

Dem Land Schleswig-Holstein obliegt im Jahr 2011 die Geschäftsführung und der Vorsitz der 21. Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder (GFMK). Veranschlagt sind die Kosten für die Ausrichtung der Konferenz in Schleswig-Holstein.

02 Stärkung einer frauenfördernden Infrastruktur

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

547 01	236	Einzelmaßnahmen im Zusammenhang mit der Stärkung einer frauenfördernden Infrastruktur	6,5 6,1	6,5	6,5
---------------	-----	--	-------------------	------------	------------

(MG 02)

Erläuterungen:

Frauen, die Opfer von Frauenhandel geworden sind, können zur Finanzierung ihres Aufenthalts in Schleswig-Holstein notwendige Einzelfallhilfen erhalten, soweit staatliche Leistungen nicht, noch nicht oder nicht ausreichend gewährt werden. Die Entscheidung und die Auszahlung erfolgt durch die Fachstelle gegen Frauenhandel in Schleswig-Holstein.

684 03	236	Zuschüsse an Frauenberatungseinrichtungen	1.053,0 1.055,7	1.024,4	0,0
---------------	-----	--	---------------------------	----------------	------------

(MG 02)

Der Ansatz darf bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 119 02 überschritten werden.

Künftig wegfallend.

Erläuterungen:

Einzelzuwendungen i.R. eines Förderprogramms.

Ziele:

Sicherstellung landesweiter Beratung für Frauen sowie positive Veränderung ihrer Lebenssituation und der ihrer Kinder. Vorhalten eines Beratungsangebotes insbesondere für Opfer von häuslicher Gewalt.

Vorhalten eines pro-aktiven Beratungsangebotes nach polizeilicher Wegweisung.

Kennzahlen:

27.000 Beratungen.

10.000 Teilnehmerinnen bei den Fachveranstaltungen.

30 angeleitete Selbsthilfegruppen.

Veranschlagt sind Zuschüsse an die Träger von Frauenberatungsstellen und Notrufgruppen, die landesweit ein zielgenaues, psychosoziales Hilfsangebot insbesondere für Opfer von Gewalttaten anbieten. Darüber hinaus enthält der Ansatz Mittel für Zuschüsse an Träger, die landesweit Angelegenheiten behinderter und lesbischer Frauen koordinieren, sowie für die landesweite Notrufnummer der Frauenhelpline.

Die Mittelvergabe an die Frauenberatungsstellen und Notrufgruppen erfolgt nach Maßgabe der Richtlinien zur Förderung der Frauenberatungsstellen vom 31. Januar 2008 (Amtsbl. Schl.-H. S. 152 ff.).

09 12 Förderung der Gleichstellung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 684 03

Ab dem Haushaltsjahr 2012 sind die Mittel für die Frauenberatungsstellen nicht mehr im Epl. 09 veranschlagt (Neuregelung § 25 a Abs. 1 FAG im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleiches / Epl. 11).
Einsparung zur Einhaltung des Konsolidierungspfades.

684 04	236	Zuschüsse an Träger von Beratungsstellen "Frau und Beruf"	670,0 670,0	653,0	633,0
---------------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Einzelzuwendungen i.R. eines Förderprogramms.
Ziele: Verbesserung der Beschäftigungschancen von Frauen. Frauen werden beim Wiedereinstieg in den Beruf nach der Familienpause unterstützt.
Kennzahlen (Planzahlen) für das Jahr 2011:
10.600 Beratungen von arbeitssuchenden oder von Arbeitslosigkeit betroffenen Frauen.
445 Beratungen von Betrieben über betriebliche Konzepte der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
Kennzahlen (Planzahlen) für das Jahr 2012:
10.200 Beratungen von arbeitssuchenden oder von Arbeitslosigkeit betroffenen Frauen.
430 Beratungen von Betrieben über betriebliche Konzepte der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
Veranschlagt sind Zuschüsse für die landesweite Beratung und Unterstützung von Frauen beim Wiedereinstieg in die Erwerbstätigkeit und bei der Fortbildung sowie die Beratung von Unternehmen zur Gestaltung frauen- und familienfreundlicher Arbeitsbedingungen. Bildungs- und Beschäftigungsträger werden bei der Entwicklung von Qualifizierungsangeboten für Frauen unterstützt. Gefördert werden die Beratungsstellen "Frau und Beruf" mit Zuschüssen aus dem Zukunftsprogramm Arbeit. Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der "Richtlinien zur Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie der sozialen Eingliederung im Rahmen des Zukunftsprogramms Arbeit" (Rahmenrichtlinie Prioritätsachse C) des ehemaligen MJAE vom 31. August 2007 sowie der ergänzenden Förderkriterien des ehemaligen MBF "Förderung von Projekten zur arbeitsmarktpolitischen Beratung von Frauen" vom 19. Dezember 2007.

684 05	236	Zuschuss an das Frauennetzwerk zur Arbeitssituation e.V.	90,0 90,0	87,6	77,7
---------------	-----	---	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Einzelzuwendung.
Ziele: Arbeitslosen Frauen soll der Einstieg in die berufliche Selbständigkeit erleichtert werden. Frauen im Erwerbsleben werden für Leitungsaufgaben und Führungspositionen qualifiziert.
Kennzahlen (Planzahlen) für das Jahr 2011:
775 Beratungen, 50 Fortbildungen, 40 Veranstaltungen.
Kennzahlen (Planzahlen) für das Jahr 2012:
690 Beratungen, 40 Fortbildungen, 40 Veranstaltungen.
Veranschlagt sind Zuschüsse für die landesweite Beratung und Unterstützung von Frauen bei Existenzgründungen sowie bei der Fortbildung und Vernetzung der gesamten Bandbreite der Frauenerwerbsarbeit. Gefördert wird das Bildungs- und Beratungszentrum des Frauennetzwerkes zur Arbeitssituation e.V. in Kiel mit landesweiten dezentralen Angeboten.

684 06	236	Zuschuss an den Landesfrauenrat	33,0 33,0	28,0	28,0
---------------	-----	--	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Einzelzuwendung.
Ziele: Der Landesfrauenrat hat seine Netzwerke nach innen zu den Mitgliedern und nach außen zu Gesellschaft, Politik und Wirtschaft kontinuierlich - insbesondere durch gemeinsame Projekte - erweitert. Dies soll erhalten und - wo möglich - ausgebaut werden.
Kennzahlen für das Jahr 2010: 4 Mitgliederversammlungen, 3 Veranstaltungen mit je 30 TN, 1 landesweites Projekt.
Planzahlen für die Jahre 2011/2012: 4 Mitgliederversammlungen, 3 Veranstaltungen, 1 landesweites Projekt.
Veranschlagt ist ein Zuschuss für die Arbeit des Landesfrauenrates als Dachverband von rund 50 Frauenverbänden in Schleswig-Holstein.

Summe der Maßnahmegruppe 02		1.852,5 1.854,8	1.799,5	745,2
------------------------------------	--	---------------------------	----------------	--------------

Summe der Ausgaben		1.872,5 1.874,3	1.864,5	765,2
---------------------------	--	---------------------------	----------------	--------------

09 12 Förderung der Gleichstellung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Abschluss

11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0,5 0,0	0,5	0,5
Gesamteinnahmen			0,5 0,0	0,5	0,5
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	26,5 25,6	71,5	26,5
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	1.846,0 1.848,7	1.793,0	738,7
Gesamtausgaben			1.872,5 1.874,3	1.864,5	765,2
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1.872,0 -1.874,3	-1.864,0	-764,7

09 13 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Das Kapitel 09 13 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

- 02 Integration von Migrantinnen und Migranten
- 62 Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten
- 65 Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein

Ausgaben

- 02 Integration von Migrantinnen und Migranten
- 62 Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten
- 63 Durchführung der Abschiebehaft
- 65 Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein
- 69 Outputorientierte Personalkosten

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei den Titeln der Hauptgruppe 5 bis 8 des Kapitels 0913 verwendet werden.

Erläuterungen:

Das Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein wurde zum 1. April 1993 als Landesoberbehörde errichtet. Nach der Änderung der Geschäftsverteilung der Landesregierung befindet es sich mit Wirkung vom 1. Januar 2010 im Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz, Gleichstellung und Integration.

Die Aufgaben bestimmen sich nach dem Landesaufnahmegesetz (LAufnG) vom 23. November 1999 (GVObI. Schl.-H. S. 391), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Januar 2005 (GVObI. Schl.-H. S. 5) und der Ausländer- und Aufnahmeverordnung (AuslAufnVO) vom 19. Januar 2000 (GVObI. Schl.-H. S. 101), zuletzt geändert durch Verordnung vom 11. Januar 2005 (GVObI. Schl.-H. S. 9).

Einnahmen

359 01	951	Entnahme aus der Rücklage	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	----------------------------------	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.

02 Integration von Migrantinnen und Migranten

119 06	235	Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuwendungen einschließlich Zinsen	10,0 66,0	10,0	10,0
--------	-----	--	---------------------	-------------	-------------

(MG 02)

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben in der MG 02 zu verwenden.

Summe der Maßnahmegruppe 02			10,0 66,0	10,0	10,0
------------------------------------	--	--	---------------------	-------------	-------------

62 Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten

119 62	235	Vermischte Einnahmen	250,0 308,4	250,0	250,0
--------	-----	-----------------------------	-----------------------	--------------	--------------

(TG 62)

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Erstattungen von Ausländerbehörden im Rahmen des Asylverfahrens (Erstattung der Abschiebungskosten) und der abgerechneten Sicherheitsleistungen von Asylbegehrenden und sonstigen Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Kosten der Ab- oder Zurückschiebung).

Vgl. Tit. 534 62 TG 62.

09 13 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
Summe der Titelgruppe 62			250,0 308,4	250,0	250,0
65 Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein					
119 65	235	Vermischte Einnahmen	2,0 40,7	2,0	2,0
(TG 65)					
Summe der Titelgruppe 65			2,0 40,7	2,0	2,0
Summe der Einnahmen			262,0 415,1	262,0	262,0

09 13 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Ausgaben

919 01	951	Zuführung an die Rücklage	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	-----	----------------------------------	-------------------	------------	------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei den Titeln der Hauptgruppen 5 und 8 des Kapitels 0913 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

02 Integration von Migrantinnen und Migranten

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen der MG 02 überschritten werden. Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe und mit der TG 62.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel für Maßnahmen

- zur Integration von Migrantinnen und Migranten mit Daueraufenthalt (Ausländerinnen und Ausländer, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler) sowie
- zur Beratung von dezentral untergebrachten Migrantinnen und Migranten mit vorübergehendem Aufenthalt.

526 01	235	Informationsveranstaltungen	2,0 0,5	2,0	2,0
---------------	-----	------------------------------------	-------------------	------------	------------

(MG 02)

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für migrationspolitische Koordinierungsrunden sowie für die Durchführung von Informationsveranstaltungen und für Informationsmaterial.

633 01	246	Zuweisungen an Kommunen für Projekte	250,0 3,3	0,0	0,0
---------------	-----	---	---------------------	------------	------------

(MG 02)

Künftig wegfallend.

Erläuterungen:

Ab dem Jahr 2011 werden im Bereich der kommunalen Projekte keine Mittel mehr veranschlagt, da die Förderung des Integrationsprozesses durch die Migrationssozialberatung und durch landesweite Beratung Vorrang haben sollen (vgl. Tit. 684 06 und Tit. 684 15 MG 02).

Einsparung zur Einhaltung des Konsolidierungspfades.

681 02	246	Integrationspreis	0,0 0,0	7,5	7,5
---------------	-----	--------------------------	-------------------	------------	------------

(MG 02)

Erläuterungen:

Zur Würdigung der Arbeit von Initiativen und Verbänden im Integrationsbereich ist die Verleihung eines Integrationspreises vorgesehen. Veranschlagt sind Preisgelder für zwei Preisträger in Höhe von jeweils 2.500,00 € sowie die mit der Auslobung des Preises verbundenen Sachkosten.

684 05	246	Integrationsmaßnahmen für junge Migrantinnen und Migranten	0,0 136,0	0,0	0,0
---------------	-----	---	---------------------	------------	------------

(MG 02)

Künftig wegfallend.

684 06	246	Landesweite Beratungsprojekte	119,0 191,3	175,0	135,0
---------------	-----	--------------------------------------	-----------------------	--------------	--------------

(MG 02)

Erläuterungen:

Zuwendung

09 13 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 684 06

Der Nationale Integrationsplan und das Integrationskonzept definieren erfolgreiche Integration als gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und als Übernahme von Verantwortung. Im Rahmen der Umsetzung der Länderverpflichtung bildet die Stärkung der gleichberechtigten Teilhabe den Schwerpunkt der Maßnahmen.
Veranschlagt sind Zuschüsse zur Durchführung landesweiter strukturbezogener Beratungsprojekte außerhalb von Migrationssozialberatung zur Verbesserung der Beratungssituation in migrationsspezifischen Bedarfslagen.
Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Migrationssozialberatung und landesweiten Beratungsprojekten (Förderrichtlinie Migrationssozialberatung) vom 8. Januar 2010 (Amtsbl. Schl.-H. 2010, S. 175 ff).

684 15	246	Migrationssozialberatung	1.580,0	1.509,4	1.274,4
(MG 02)			1.565,6		

Erläuterungen:

Zuwendung

62,5 T€ (2011/2012) übertragen von Tit. 684 16 MG 02 wegen Zusammenführung der Fördertitel.

11,0 T€ (2011) bzw. 28,0 T€ (2012) übertragen nach Tit. 0912 - 684 06 MG 02 zur Deckung des Mehrbedarfs.

In Umsetzung der Länderverpflichtung aus dem Nationalen Integrationsplan bildet die Förderung des Integrationsprozesses von Migrantinnen und Migranten durch Migrationssozialberatung den Schwerpunkt der Maßnahmen.

Veranschlagt sind Zuschüsse für die Personal- und Sachkosten einer personenbezogenen Migrationssozialberatung (Zuwanderer-Integrations-Management und Beratung in konkreten migrationsspezifischen Krisensituationen) mit dem Ziel der Sicherstellung einer landesweiten wohnortnahen Versorgung unter gleichzeitiger Berücksichtigung von bundesfinanzierten migrationsspezifischen Beratungsprojekten.

Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Migrationssozialberatung und landesweiten Beratungsprojekten (Förderrichtlinie Migrationssozialberatung) vom 8. Januar 2010 (Amtsbl. Schl.-H. 2010, S. 175 ff).

Einsparung zur Einhaltung des Konsolidierungspfades.

684 16	246	Maßnahmen der Beratung von traumatisierten Flüchtlingen	75,0	0,0	0,0
(MG 02)			60,3		

Künftig wegfallend.

Erläuterungen:

62,5 T€ übertragen nach Tit. 684 15 MG 02.

Erläuterung s. Tit. 684 15 MG 02.

Summe der Maßnahmegruppe 02

2.026,0

1.693,9

1.418,9

1.957,0

62 Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe und mit der MG 02.

09 13 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Erläuterungen:

Das Land Schleswig-Holstein nimmt folgende Migrantengruppen auf: Asylbegehrende, Spätaussiedler, jüdische Zuwanderer, Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge, Personen im Rahmen bundesweiter humanitärer Aufnahmeaktionen sowie unerlaubt eingereiste Ausländer.

Asylbegehrende werden in der Aufnahmeeinrichtung des Landes aufgenommen und von dort auf eine zugeordnete Gemeinschaftsunterkunft (ZGU) oder auf die Kreise und kreisfreien Städte verteilt.

Das Land erstattet den Gemeinden und Gemeindeverbänden Aufwendungen, die ihnen durch die Aufnahme und Unterbringung von Asylbegehrenden und weiteren nach dem Asylbewerberleistungsgesetz leistungsberechtigten Personen entstehen. Rechtsgrundlage hierfür ist § 2 Satz 3 des Gesetzes zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes vom 11. Oktober 1993 (GVOBl. Schl.-H. S. 498), zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 14. Dezember 2004 (GVOBl. Schl.-H. S. 484) in Verbindung mit der Landesverordnung über die Erstattung von Aufwendungen für leistungsberechtigte Personen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Erstattungsverordnung) vom 5. Dezember 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 725), zuletzt geändert durch Verordnung vom 24. November 1999 (GVOBl. Schl.-H. S. 433) sowie dazu erlassene Verwaltungsvorschriften.

Spätaussiedler, jüdische Zuwanderer, Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge sowie unerlaubt eingereiste Ausländer werden in einer ZGU des Landes aufgenommen und von dort auf die Kreise und kreisfreien Städte verteilt. Für die Dauer ihres Aufenthalts in der Landesunterkunft trägt das Land für diese Personen, wie auch für die untergebrachten Asylbegehrenden, nach § 4 Abs. 1 Satz 1 des Landesaufnahmegesetzes vom 23. November 1999 (GVOBl. Schl.-H. S. 391), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Januar 2005 (GVOBl. Schl.-H. S. 5), die Kosten. Die Landesunterkünfte werden vom Landesamt für Ausländerangelegenheiten betrieben.

517 62	246	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	0,0	0,0	0,0
	(TG 62)		0,0		

Übertragen nach Tit. 0913 - 533 62 TG 62 und Tit. 1220 - 517 91.

Erläuterungen:

258,0 T€ übertragen nach Tit. 533 62 TG 62.
644,0 T€ übertragen mit den Vorjahreswerten ab 2011 in das Kap. 1220.

518 62	246	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	0,0	0,0	0,0
	(TG 62)		0,0		

Übertragen nach Tit. 1220 - 518 91.

Erläuterungen:

Mit den Vorjahreswerten ab 2011 in das Kap. 1220 übertragen.

533 62	246	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	3.133,0	3.279,0	3.280,5
	(TG 62)		3.707,1		

Erläuterungen:

Das Land betreibt in Neumünster eine Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende, Spätaussiedler, jüdische Zuwanderer, (Bürger-)Kriegsflüchtlinge, Personen im Rahmen bundesweiter, humanitärer Aufnahmeaktionen sowie unerlaubt eingereiste Ausländer.

Veranschlagt sind folgende durch Werkverträge vergebene Leistungen:

		2011 EUR	2012 EUR
1.	Kosten für die ärztliche Versorgung der Bewohner in der Landesunterkunft (Vorjahr Tit. 634 62 TG 62)	1.485.500	1.487.000
2.	Kosten für die Bewachung der Landesunterkunft (Vorjahr Tit. 517 62 TG 62)	258.000	258.000
3.	Kosten für die Unterbringung, Betreuung und Beratung der Bewohner in der Landesunterkunft (Vorjahr Tit. 671 62 TG 62)	729.500	729.500
4.	Kosten für den Küchenbetrieb/die Verpflegung in der Landesunterkunft (Vorjahr Tit. 671 62 TG 62)	806.000	806.000
Summe		3.279.000	3.280.500

Mittel übertragen aus Vorjahrestitel.

534 62	246	Kosten der Rückführung	110,0	150,0	150,0
	(TG 62)		203,6		

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 119 62 TG 62 geleistet werden.

09 13 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 534 62

Erläuterungen:

Neben den Abschiebungen und Zurückschiebungen in eigener Zuständigkeit führt das Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein im Wege der Amtshilfe auch die Abschiebungen und Zurückschiebungen für Ausländerbehörden in Schleswig-Holstein sowie anderer Bundesländer gegen Kostenerstattung durch. Veranschlagt sind auch die Kosten für die Inanspruchnahme von Haftplätzen in der Abschiebehafteinrichtung Eisenhüttenstadt gem. Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern Schleswig-Holstein und Brandenburg über die Unterbringung von Abschiebungshaftgefangenen vom 20. Juli 2010.

535 62	246	Kosten des Transports und der Verteilung	40,0	40,0	40,0
(TG 62)			34,0		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Transportkosten im Rahmen der Erstverteilung (in andere Länder) und der Zweitverteilung innerhalb Schleswig-Holsteins (Verteilung auf die Kreise und kreisfreie Städte).

536 62	246	Dolmetscherkosten	70,0	60,0	60,0
(TG 62)			44,9		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die für die Durchführung der Asylverfahren notwendigen Dolmetscherkosten.

546 62	246	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	0,0	0,0	0,0
(TG 62)			3,8		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

633 62	235	Erstattung von Leistungen im Rahmen der Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten	13.700,0	17.940,0	18.585,0
(TG 62)			14.327,3		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011 EUR	2012 EUR
1.	Erstattungen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und für die Förderung der freiwilligen Rückkehr	17.840.000	18.485.000
2.	Erstattung der Kosten für die Unterhaltung der Gemeinschaftsunterkünfte	100.000	100.000
	Summe	17.940.000	18.585.000

Zu Position 1:

Die den Gemeinden und Gemeindeverbänden im Rahmen der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz leistungsberechtigten Personen entstehenden Aufwendungen werden gem. der Erstattungsverordnung vom 5. Dezember 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 725), zuletzt geändert durch Verordnung vom 24. November 1999 (GVOBl. Schl.-H. S. 433), in Verbindung mit dem Erstattungserlass vom 25. Februar 2004 (IV 613 - 483.0223.31) vom Land zu 70 v.H. erstattet. Die Erstattungsregelung sieht vor, dass die Kommunen in den Jahren 2011 und 2012 vierteljährliche Abschlagszahlungen erhalten, die im jeweiligen Folgejahr von den Kommunen abschließend abgerechnet werden.

Darüber hinaus beteiligt sich das Land zu 35 v.H. an den Aufwendungen der vom Bund geförderten Rückkehrprogramme "REAG" und "GARP" für Flüchtlinge, die aus Schleswig-Holstein freiwillig in ihre Heimat zurückkehren. Der Bund trägt 50 v.H. der Kosten, die Kommunen übernehmen 15 v.H.

Zu Position 2:

Das Land erstattet den Kommunen gem. § 1 Abs. 2 der Erstattungsverordnung vom 5. Dezember 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 725), zuletzt geändert durch Verordnung vom 24. November 1999 (GVOBl. Schl.-H. S. 433) i.V.m. dem Erstattungserlass vom 25. Februar 2004 (IV 613 - 483.0223.31), die Kosten für die Unterhaltung bzw. Instandsetzung der Gemeinschaftsunterkünfte zu 70 v.H..

Mehr wg. steigender Zugangszahlen der Asylbewerber, einem Anstieg der Zahl der Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) im allgemeinen und einem Anstieg der durchschnittlichen Aufwendungen je Leistungsempfänger infolge vermehrter Zahlungen von Leistungen nach § 2 AsylbLG.

634 62	235	Kosten der ärztlichen Versorgung in den Landesunterkünften	0,0	0,0	0,0
(TG 62)			0,0		

09 13 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 634 62

Übertragen nach Tit. 533 62 TG 62.

671 62	235	Erstattungen an freie Wohlfahrtsverbände	0,0	0,0	0,0
(TG 62)			0,0		

Übertragen nach Tit. 0913 - 533 62.

883 62	235	Zuweisungen an kommunale Gebietskörperschaften für die Herrichtung von Unterkünften	50,0	50,0	45,0
(TG 62)			0,0		

Erläuterungen:

Nach der Erstattungsverordnung vom 5. Dezember 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 725), zuletzt geändert durch Verordnung vom 24. November 1999 (GVOBl. Schl.-H. S. 433), in Verbindung mit dem Erstattungserlass vom 25. Februar 2004 (IV 613 - 483.0223.31) erstattet das Land den Kreisen und kreisfreien Städten 70 v.H. der Kosten für die Herrichtung neuer Gemeinschaftsunterkünfte für Asylsuchende.

Nach den zuletzt deutlich gestiegenen Zugangszahlen wird erwartet, dass die Kreise und kreisfreie Städte nach einer vorausgegangenem Bedarfsprüfung neue Gemeinschaftsunterkünfte einzurichten haben.

Summe der Titelgruppe 62			17.103,0	21.519,0	22.160,5
			18.320,7		

63 Durchführung der Abschiebehaft

511 63	235	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0	0,0	0,0
(TG 63)			0,0		

Übertragen nach Tit. 0903 - 511 01.

517 63	235	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	0,0	0,0	0,0
(TG 63)			4,5		

Künftig wegfallend.

533 63	235	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	0,0	0,0	0,0
(TG 63)			0,0		

Übertragen nach Tit. 0903 - 533 04.

536 63	235	Kosten für externe Dolmetscherleistungen und soziale Betreuung	0,0	0,0	0,0
(TG 63)			0,0		

Übertragen nach Tit. 0903 - 533 04.

811 63	235	Erwerb von Dienstfahrzeugen	40,0	0,0	0,0
(TG 63)			0,0		

Künftig wegfallend.

Summe der Titelgruppe 63			40,0	0,0	0,0
			4,5		

65 Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe mit Ausnahme der Titel der Obergruppe 42.

09 13 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Erläuterungen:

In der Titelgruppe 65 werden die Ausgaben für das Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein in Neumünster zentral veranschlagt.

422 65	235	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	373,1	540,0	540,0
(TG 65)			421,7		

427 65	235	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0	0,0	0,0
(TG 65)			0,0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

428 65	235	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	989,3	890,0	890,0
(TG 65)			787,8		

453 65	235	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	15,0	2,0	2,0
(TG 65)			1,8		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten in Folge der Versetzung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufgrund der Auflösung der Liegenschaft in Lübeck zum 31. Dezember 2009.

511 65	235	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	45,0	40,0	40,0
(TG 65)			36,3		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Büromaterial	11.000	11.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	9.000	9.000
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	4.000	4.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	11.000	11.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	2.000	2.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	1.000	1.000
7.	Unterhaltung von Geräten	2.000	2.000
	Summe	40.000	40.000

514 65	235	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	30,0	28,0	28,0
(TG 65)			23,2		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	13.000	13.000
2.	Verbrauchsmittel	15.000	15.000
	Summe	28.000	28.000

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012	Tatsächlicher Bestand 01.02.10
Personenkraftwagen	5	5	5	7
Zusammen	5	5	5	7

Aufgrund der Schließung der Liegenschaft in Lübeck zum 31. Dezember 2009 und nach Abschluss der Umbaumaßnahmen in der Landesunterkunft in Neumünster zum Ende des Jahres 2010 kann der Bestand an Kraftfahrzeugen im Jahr 2011 um zwei Fahrzeuge reduziert werden.

09 13 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
517 65	235	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	0,0	0,0	0,0
(TG 65)			0,0		
		Übertragen nach Tit. 1220 - 517 91.			
		Erläuterungen:			
		Mit Vorjahreswerten ab 2011 in das Kap. 1220 übertragen.			
518 65	235	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	5,0	5,0	5,0
(TG 65)			3,9		
		Erläuterungen:			
		Veranschlagt sind Gerätemieten und Kosten für die Wartungen von Kopiergeräten.			
525 65	235	Aus- und Fortbildung	10,0	12,0	12,0
(TG 65)			9,8		
		Erläuterungen:			
		Veranschlagt sind die Schulungskosten für Fortbildungsmaßnahmen im Rahmen des Asylverfahrens und ausländerrechtlicher Angelegenheiten sowie für Aufgaben der allgemeinen Verwaltung (Haushalt, Personal, Reisekosten, Qualifizierungsangebot für Angestellte usw.).			
526 65	235	Gerichts- und ähnliche Kosten	5,0	5,0	5,0
(TG 65)			3,0		
		Erläuterungen:			
		Veranschlagt sind Gerichtskosten im Rahmen der Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten.			
527 65	235	Dienstreisen	4,0	3,0	3,0
(TG 65)			0,1		
		Erläuterungen:			
		Veranschlagt sind Kosten für Dienstreisen zur Aufgabenwahrnehmung im Rahmen der Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten.			
531 65	235	Veröffentlichungen	1,0	1,0	1,0
(TG 65)			0,0		
		Erläuterungen:			
		Veranschlagt sind Kosten für Veröffentlichungen im Rahmen der Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten.			
533 65	235	Untersuchungen und Schutzimpfungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern	0,0	1,0	1,0
(TG 65)			0,0		
		Erläuterungen:			
		Veranschlagt sind Kosten für arbeitsmedizinische Untersuchungen und notwendige Impfungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesamtes für Ausländerangelegenheiten in Neumünster.			
536 65	235	Umzüge von Dienststellen	15,0	0,0	0,0
(TG 65)			0,0		
		Künftig wegfallend.			
539 65	235	Ärztliche Untersuchungen	1,0	1,0	1,0
(TG 65)			0,6		
		Erläuterungen:			
		Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie von Bewerberinnen und Bewerbern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte (Vgl. Tit. 533 65 TG 65).			
546 65	235	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	1,0	1,0	1,0
(TG 65)			0,0		

09 13 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 546 65

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte	0	0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen	0	0
3.	Sonstige vermischte Ausgaben	1.000	1.000
Summe		1.000	1.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

811 65	235	Erwerb von Fahrzeugen	0,0	40,0	0,0
(TG 65)			0,0		

Erläuterungen:

Beim Landesamt für Ausländerangelegenheiten in Neumünster wird zum Transport der Asylbewerberinnen und Asylbewerber bei aufenthaltsbeendenden Maßnahmen sowie Vorführungen zu den Botschaften ein Sonderfahrzeug (Bus) eingesetzt. Veranschlagt ist eine notwendige Ersatzbeschaffung für das Jahr 2011.

812 65	235	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	5,0	3,0	2,5
(TG 65)			0,0		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die erforderliche Ergänzungsbeschaffung von Büroausstattungsgegenständen aufgrund der Vorschriften nach dem Arbeitsschutzgesetz und der Bildschirmarbeitsverordnung.

Summe der Titelgruppe 65		1.499,4	1.572,0	1.531,5
		1.288,2		

69 Outputorientierte Personalkosten

Erläuterungen:

Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten.

422 69	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0,0	0,0	0,0
(TG 69)			576,3		

Übertragen nach Tit. 0901 - 422 01.

428 69	235	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0,0	0,0	0,0
(TG 69)			138,3		

Übertragen nach Tit. 0901 - 428 01.

Summe der Titelgruppe 69		0,0	0,0	0,0
		714,6		

Summe der Ausgaben		20.668,4	24.784,9	25.110,9
		22.285,0		

09 13 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
Abschluss					
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	262,0 415,1	262,0	262,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0	0,0
Gesamteinnahmen			262,0 415,1	262,0	262,0
41 - 49		Personalausgaben	1.377,4 1.925,9	1.432,0	1.432,0
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	3.472,0 4.075,3	3.628,0	3.629,5
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	15.724,0 16.283,8	19.631,9	20.001,9
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	95,0 0,0	93,0	47,5
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	0,0	0,0
Gesamtausgaben			20.668,4 22.285,0	24.784,9	25.110,9
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-20.406,4 -21.869,9	-24.522,9	-24.848,9

09 14 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Das Kapitel 09 14 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

01 Atomrechtliche Verfahren

Ausgaben

01 Atomrechtliche Verfahren

02 Fachberatung Katastrophenschutz

03 Strahlenschutz

62 Erweiterung und Betrieb des Kernreaktor-Fern-Überwachungssystems - KFÜ -

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei den Titeln der Hauptgruppe 5 bis 8 des Kapitels 0914 verwendet werden.

Einnahmen

111 01	342	Gebühren und tarifliche Entgelte	34,0 216,2	45,0	45,0
--------	-----	---	----------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Gebühren außerhalb kerntechnischer Anlagen nach der Verordnung über den Schutz vor Schäden durch ionisierende Strahlen (Strahlenschutzverordnung - StrlSchV) vom 20. Juli 2001 (BGBl. I S. 1714, ber. 2002 I S. 1459), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 29. August 2008 (BGBl. I S. 1793), und der Röntgenverordnung vom 8. Januar 1987 (BGBl. I S. 114) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. April 2003 (BGBl. I S. 604).

111 02	341	Kostenerstattung für das Kernreaktor-Fern-überwachungssystem (KFÜ)	1.808,0 1.588,5	1.808,0	1.808,0
--------	-----	---	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Die bei den Ausgabetiteln des Kap. 0914 TG 62 entstehenden Aufwendungen für die Erweiterung und den Betrieb des Kernreaktor-Fernüberwachungssystems (KFÜ) sind als Auslagen im Sinne des § 21 Atomgesetz (AtG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Juli 1985 (BGBl. I S. 1565), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 17. März 2009 (BGBl. I S. 556) i.V.m. der Kostenverordnung zum Atomgesetz (AtKostV) vom 17. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1457), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 29. August 2008 (BGBl. I S. 1793), zu erstatten.

111 11	341	Kostenerstattung für die Vorbereitung der Katastrophenabwehr	30,0 0,0	30,0	30,0
--------	-----	---	--------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für Erstattungen der Kosten für die Vorbereitung von Katastrophenschutzmaßnahmen von den Betreibern der in Schleswig-Holstein gelegenen kerntechnischen Anlagen aufgrund des Landeskatastrophenschutzgesetzes (LKatSG) vom 10. Dezember 2000 (GVObI. Schl.-H. S. 664).
Vgl. auch Tit. 536 02 MG 02.

111 12	342	Erstattungen von Sachverständigenkosten für das Partikeltherapiezentrum (PTZ)	100,0 137,8	100,0	100,0
--------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die zu erstattenden Sachverständigenkosten, die im Rahmen der Genehmigungs- und Aufsichtsverfahren für das Partikeltherapiezentrum (PTZ) anfallen.
Mehreinnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 526 20 MG 03 zu verwenden.

119 99	341	Vermischte Einnahmen	0,0 2,3	0,0	0,0
--------	-----	-----------------------------	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel für Einnahmen insbesondere aufgrund entgeltlicher Versendung von Schriftenreihen an interessierte Bürgerinnen und Bürger.

231 01	341	Erstattungen des Bundes für vom Land bei der Durchführung des Atomgesetzes und des Strahlenschutzvorsorgegesetzes geleistete Ausgaben	203,5 179,2	203,5	203,5
--------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

09 14 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 231 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Erstattungen des Bundes für vom Land geleistete Ausgaben bei der Durchführung des Atomgesetzes (AtG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Juli 1985 (BGBl. I S. 1565), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 17. März 2009 (BGBl. I S. 556) und den darauf beruhenden Rechtsverordnungen sowie des Strahlenschutzvorsorgegesetzes (StrVG) vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2610), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 8. April 2008 (BGBl. I S. 686). Es handelt sich dabei um Bundesauftragsverwaltung gemäß Art. 85 i.V.m. Art. 104 a des Grundgesetzes (GG).

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Ausgaben i.R.d. StrVG - vorgegebenes Routinemessprogramm und ggf. Intensivmessprogramm (feste Pauschale) - vgl. Tit. 533 04 MG 03	171.000	171.000
2.	Unterhaltung der technischen Geräte sowie Durchführung der Röntgen- und Strahlenschutzverordnung - vgl. Tit. 511 03 MG 03	5.000	5.000
3.	Aufsichtstätigkeit nach der Röntgen- und Strahlenschutzverordnung - vgl. Tit. 534 05 MG 03	2.500	2.500
4.	Kosten der Landessammelstelle für radioaktive Abfälle - vgl. Tit. 671 04 MG 03	25.000	25.000
Summe		203.500	203.500

359 01	951	Entnahme aus der Rücklage	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	------------	----------------------------------	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.

01 Atomrechtliche Verfahren

111 04	341	Erstattungen für Dienstreisen	85,0 55,8	75,0	75,0
---------------	------------	--------------------------------------	---------------------	-------------	-------------

(MG 01)

Erläuterungen:

Die Kostenerstattung erfolgt nach § 21 Atomgesetz und der Kostenverordnung zum Atomgesetz. Mehreinnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 527 04 MG 01 zu verwenden.

111 05	341	Gebühren und Auslagen	1.600,0 1.792,2	1.600,0	1.600,0
---------------	------------	------------------------------	---------------------------	----------------	----------------

(MG 01)

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Gebühren und die Erstattung der Auslagen für die atomrechtlichen Verfahren (Genehmigung und Aufsicht).

111 06	341	Erstattung von Sachverständigenkosten	20.000,0 32.297,4	20.000,0	20.000,0
---------------	------------	--	-----------------------------	-----------------	-----------------

(MG 01)

Erläuterungen:

Veranschlagt für Erstattungen von Sachverständigenkosten in den atomrechtlichen Genehmigungs- und Aufsichtsverfahren. Mehreinnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 526 19 MG 01 zu verwenden.

111 07	341	Erstattungen für Umgebungsüberwachung	70,0 56,2	70,0	70,0
---------------	------------	--	---------------------	-------------	-------------

(MG 01)

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Erstattungen für Kosten, die im Rahmen der Messungen der Radioaktivität in der Umgebung kerntechnischer Anlagen (Umgebungsüberwachung) entstehen. Mehreinnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 534 03 MG 01 zu verwenden.

111 08	341	Einnahmen aus Untersuchungen im Zusammenhang mit atomrechtlichen Verfahren	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	------------	---	-------------------	------------	------------

(MG 01)

Erläuterungen:

Vorgesehen für etwaige Einnahmen aufgrund der Erstattungen von Betreibern kerntechnischer Anlagen zu Gutachteraufträgen aus Tit. 526 11 MG 01.

09 14 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
111 09	341	Kostenerstattung für Erörterungstermine	200,0	0,0	0,0
	(MG 01)		0,0		
		Erläuterungen:			
		Vorgesehen für etwaige Erstattungen für die Kosten atomrechtlicher Erörterungstermine in Bezug auf die Kernkraftwerke in Schleswig-Holstein.			
		Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 534 04 MG 01 zu verwenden.			
		Im Jahr 2009 sind weder Einnahmen noch Ausgaben angefallen, da kein Erörterungstermin stattgefunden hat (vgl. Tit. 534 04 MG 01).			
		Für die Jahre 2011 und 2012 werden weder Einnahmen noch Ausgaben veranschlagt, da in diesen Jahren ebenfalls keine Erörterungstermine stattfinden werden.			
111 10	341	Erstattungen für öffentliche Bekanntmachungen	10,0	10,0	10,0
	(MG 01)		2,1		
		Erläuterungen:			
		Veranschlagt sind die Erstattungen für die Kosten von Veröffentlichungen gemäß atomrechtlicher Verfahrensverordnung.			
		Mehreinnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 531 11 MG 01 zu verwenden.			
Summe der Maßnahmegruppe 01			21.965,0	21.755,0	21.755,0
			34.203,7		
Summe der Einnahmen			24.140,5	23.941,5	23.941,5
			36.327,7		

09 14 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

Ausgaben

422 01	341	Bezüge und Zulagen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	1.514,7 1.544,8	1.585,0	1.585,0
		Erläuterungen: Vorjahreswerte von Tit. 422 02 übertragen.			
422 02	341	Bezüge der beamteten Hilfskräfte	0,0 0,0	0,0	0,0
		Übertragen nach Tit. 422 01.			
428 01	341	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	858,5 762,1	920,0	920,0
919 01	951	Zuführung an die Rücklage	0,0 0,0	0,0	0,0

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei den Titeln der Hauptgruppen 5 und 8 des Kapitels 0914 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

01 Atomrechtliche Verfahren

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe mit Ausnahme der Titel 526 11, 526 19, 527 04, 531 11, 534 03 und 534 04.

Erläuterungen:

Die Ausgaben dieser Maßnahmegruppe werden veranschlagt zur Abwicklung atomrechtlicher Verfahren, zu deren Durchführung die Abteilung Reaktorsicherheit und Strahlenschutz des MJGI nach dem Atomgesetz (AtG) verpflichtet ist (Auftragsverwaltung gemäß Art. 85 GG i.V.m. § 24 Abs. 1 AtG). Es handelt sich zum Einen um Genehmigungsverfahren, die die Betreiber der kerntechnischen Anlagen in Schleswig-Holstein nach § 7 AtG beantragen, zum Anderen geht es um die laufende Beaufsichtigung der in Schleswig-Holstein gelegenen kerntechnischen Anlagen Brokdorf, Brunsbüttel, Krümmel und GKSS. Darüber hinaus werden atompolitische Angelegenheiten wahrgenommen (inkl. Öffentlichkeitsarbeit, Bürgeranfragen etc.).

511 11	341	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	10,0 5,0	10,0	10,0
(MG 01)					

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der behördliche Bedarf an Fachbüchern und Fachzeitschriften sowie Fernmeldegebühren für atomrechtliche Verfahren und Ersatzbeschaffungen von Mobiltelefonen bzw. Kommunikationsgeräten und Ausrüstungsgegenständen.

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	7.500	7.500
2.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	1.000	1.000
3.	Ersatzbeschaffung von Geräten	1.500	1.500
	Summe	10.000	10.000

518 12	341	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	12,0 9,3	12,0	12,0
(MG 01)					

Erläuterungen:

Veranschlagt für 1 Kopiergerät und für 1 Telefaxgerät.

526 11	342	Untersuchungen im Zusammenhang mit atomrechtlichen Verfahren	70,0 3,4	70,0	70,0
(MG 01)					

09 14 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 526 11

Erläuterungen:

Veranschlagt für die im Zusammenhang mit den atomrechtlichen Genehmigungs- und Aufsichtsverfahren einzuschaltenden Sachverständigen zur Klärung projektunabhängiger Grundsatzfragen hinsichtlich der Risiken beim Betrieb kerntechnischer Anlagen.
Vgl. Tit. 111 08 MG 01.

526 15	342	Fachtagungen und Veranstaltungen	2,6	2,6	2,6
(MG 01)			0,0		

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Durchführung von Fachtagungen und Veranstaltungen mit Bürgerinitiativen, Verbänden, besorgten Eltern ect. zu aktuellen Themen aus den Bereichen Reaktorsicherheit und Strahlenschutz.

526 19	342	Sachverständigenkosten in atomrechtlichen Verfahren	20.000,0	20.000,0	20.000,0
(MG 01)			32.297,4		

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der gemäß § 21 Atomgesetz in Verbindung mit §§ 1, 2 und 5 der Kostenverordnung zum Atomgesetz entstehenden Erstattungsansprüche geleistet werden, soweit diese nicht bei Titel 111 06 MG 01 veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Hinzuziehung von Sachverständigen in den atomrechtlichen Genehmigungs- und Aufsichtsverfahren, die von den Betreibern kerntechnischer Anlagen zu erstatten sind.
Vgl. Tit. 111 06 MG 01.

527 04	341	Dienstreisen in besonderen Fällen	85,0	75,0	75,0
(MG 01)			55,4		

Darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 111 04 MG 01 überschritten werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Reisekosten, die den Betreibern kerntechnischer Anlagen in Rechnung zu stellen sind, da sie aufgrund besonderer Aufsichtstatbestände erforderlich werden (keine "Routineaufsicht").
Vgl. Tit. 111 04 MG 01.

531 11	341	Veröffentlichungen in den Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern	10,0	10,0	10,0
(MG 01)			2,2		

Darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 111 10 MG 01 überschritten werden.

Erläuterungen:

Die Betreiber kerntechnischer Anlagen haben die erforderlichen Veröffentlichungskosten im Rahmen von atomrechtlichen Genehmigungsverfahren zu erstatten.
Vgl. Tit. 111 10 MG 01.

531 12	341	Informationsstelle zu Gefahren der Atomenergie	19,0	19,0	19,0
(MG 01)			13,2		

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Unterhaltung einer Informationsstelle zu Gefahren der Atomenergie, die nicht nur über anlagenspezifische Probleme der schleswig-holsteinischen Atomanlagen, sondern auch über Risiken und Gefahren der Atomenergie im Allgemeinen informieren soll.

534 03	342	Umgebungsüberwachung	75,0	75,0	75,0
(MG 01)			74,4		

Darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 111 07 MG 01 überschritten werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Messung der Radioaktivität in der Umgebung kerntechnischer Anlagen (Umgebungsüberwachung). Diese Aufwendungen sind von den Betreibern der kerntechnischen Anlagen zu erstatten.
Daneben können Sondermessungen zur näheren Aufklärung im Falle der Feststellung erhöhter Radioaktivitätswerte erforderlich werden. Hierfür sind 5 T€ veranschlagt.
Vgl. Tit. 111 07 MG 01.

534 04	341	Erörterungstermine	200,0	0,0	0,0
(MG 01)			0,0		

09 14 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 534 04

Darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 111 09 MG 01 überschritten werden.

Erläuterungen:

Vorgesehen für atomrechtliche Erörterungstermine; die Kosten sind vom Anlagenbetreiber zu erstatten.
Für die Jahre 2011 und 2012 werden weder Einnahmen noch Ausgaben veranschlagt, da in diesen Jahren keine Erörterungstermine stattfinden werden.
Vgl. Tit. 111 09 MG 01.

546 01	341	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	2,0	2,0	2,0
(MG 01)			0,8		

Erläuterungen:

Die Ausgaben entstehen im Rahmen der atomrechtlichen Genehmigungs- und Aufsichtsverfahren, soweit sie nicht unter einem der übrigen Titel der MG 01 zu subsumieren sind.

Summe der Maßnahmegruppe 01	20.485,6	20.275,6	20.275,6
	32.461,1		

02 Fachberatung Katastrophenschutz

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

Erläuterungen:

Nach dem Landeskatastrophenschutzgesetz (LKatSG) ist das Innenministerium oberste Katastrophenschutzbehörde (vgl. Kap. 0410); die Abteilung Reaktorsicherheit und Strahlenschutz im MJGI ist im Rahmen ihres Zuständigkeitsbereiches Hilfe leistende Behörde i.S.v. § 8 LKatSG (Fachberatung).

511 12	341	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	11,0	11,0	11,0
(MG 02)			1,9		

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Unterhaltung technischer Geräte, für die nukleare Nachsorge, für die Rufbereitschaft und den Führungsstab des MJGI sowie Fernmelde- und sonstige Kosten für die Messzentrale.

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	3.000	3.000
2.	Ergänzungsbeschaffungen von Geräten	5.000	5.000
3.	Unterhaltung von Geräten	3.000	3.000
Summe		11.000	11.000

536 01	341	Vorsorgemaßnahmen	40,0	30,0	30,0
(MG 02)			4,8		

Erläuterungen:

Veranschlagt für Übungen und Schulungsveranstaltungen im Zusammenhang mit der Fachberatung der Katastrophenschutzbehörden sowie der nuklearen Nachsorge.

536 02	341	Datenverarbeitung	30,0	30,0	30,0
(MG 02)			0,0		

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Weiterentwicklung der Anwendersoftware einschließlich Softwarepflege für die Datenbank der Messzentrale und die Einführung einer internetbasierten Lagedarstellung und -übermittlung (radiologische Lage). Die Kosten werden gemäß § 32 des Landeskatastrophengesetzes in voller Höhe erstattet.
Vgl. Tit. 111 11.

Summe der Maßnahmegruppe 02	81,0	71,0	71,0
	6,7		

09 14 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

03 Strahlenschutz

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe mit Ausnahme des Titels 526 20.

511 03	342	Geräte und Material für Maßnahmen im Zusammenhang mit der Freisetzung radioaktiver Stoffe oder ionisierender Strahlung	16,0	16,0	16,0
(MG 03)			4,7		

Erläuterungen:

Technische Geräte und Materialien (einschl. Wartung und Unterhaltung) für die Durchführung der Aufsichtstätigkeit nach der Strahlenschutzverordnung und der Röntgenverordnung sowie im Zusammenhang mit nuklearer Nachsorge. Einen Teil der Ausgaben erstattet der Bund (vgl. Tit. 231 01).

526 20	342	Sachverständigenkosten für das Partikeltherapiezentrum (PTZ)	100,0	100,0	100,0
(MG 03)			137,8		

Darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 111 12 überschritten werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Hinzuziehung von Sachverständigen in den Genehmigungs- und Aufsichtsverfahren für das Partikeltherapiezentrum (PTZ). Die Sachverständigenkosten sind vom Antragsteller zu erstatten. Vgl. Titel 111 12.

533 04	342	Überwachung der Umwelt auf Radioaktivität	616,0	616,0	616,0
(MG 03)			503,4		

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Durchführung des Strahlenschutzvorsorgegesetzes (StrVG) vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2610), zuletzt geändert durch Art. 64 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407).

		2011	2012
		EUR	EUR
1.	Messprogramm nach § 3 StrVG (Labormessungen) Routine-messprogramm gem. AVV, einschl. In-Situ-Messungen, Landesmessstelle I	550.000	550.000
2.	Messprogramm nach § 3 StrVG (Labormessungen) Routine-messprogramm gem. AVV, Landesmessstelle II	8.000	8.000
3.	Landesmessprogramm nach § 2 Abs. 2 StrVG sowie Sondermessungen, Probenmaterial für Landesmessstelle I	48.000	48.000
4.	Material und Geräte für Probennehmer außerhalb der Landesmessstellen sowie für landeseigene Messgeräte in der Landesmessstelle II	10.000	10.000
Summe		616.000	616.000

Nach § 1 StrVG ist zum Schutz der Bevölkerung die Radioaktivität in der Umwelt zu überwachen. Nach § 3 StrVG ermitteln die Länder die Radioaktivität insbesondere in Lebensmitteln, im Trink- und Grundwasser, im Boden und in Pflanzen und übermitteln die gewonnenen Daten an die Zentralstelle des Bundes für die Überwachung der Umweltradioaktivität.

Der Bund erstattet aufgrund des Art. 104 a GG die dem Land entstehenden Sachkosten in Form einer Pauschale in Höhe von 171.000 € (vgl. Tit. 231 01).

534 05	342	Messungen im Rahmen der Aufsichtstätigkeit nach der Strahlenschutzverordnung und der Röntgenverordnung	1,0	1,0	1,0
(MG 03)			5,1		

Erläuterungen:

Veranschlagt für Messungen und Begutachtungen durch Sachverständige im Rahmen der Aufsichtstätigkeit nach der Strahlenschutzverordnung und der Röntgenverordnung. Die Kosten sind gemäß Art. 104 a GG, eingefügt durch das Finanzreformgesetz vom 12. Mai 1969 (BGBl. I S. 359), erstattungsfähig (vgl. Tit. 231 01).

671 04	342	Erstattung der Betriebskosten für die Landes-sammelstelle für radioaktive Abfälle	25,0	25,0	25,0
(MG 03)			15,1		

09 14 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	

noch zu 671 04

Erläuterungen:

Die Lagerstätte ist nach der Verordnung zur Bestimmung einer Sammelstätte für radioaktive Abfälle vom 20. Juli 1964 (GVOBl. Schl.-H. S. 131) beim Forschungszentrum Geesthacht GmbH in Geesthacht/Tresperhude als Landessammelstelle für radioaktive Abfälle nach § 9 a Abs. 3 Atomgesetz eingerichtet worden und wird gemeinsam mit den Ländern Hamburg, Bremen und Niedersachsen betrieben.

Veranschlagt sind die vertraglichen Leistungen des Landes zu den Betriebskosten einschl. Konditionierung der Abfälle der Landessammelstelle. Die Kosten werden vom Bund erstattet (vgl. Tit. 231 01).

812 03	342	Erwerb von Geräten im Bereich des Strahlenschutzes	0,0	0,0	0,0
(MG 03)			28,4		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel für die Beschaffung von technischen Geräten für die Durchführung der Aufsichtstätigkeit nach der Strahlenschutzverordnung und der Röntgenverordnung sowie im Zusammenhang mit nuklearer Nachsorge.

Summe der Maßnahmegruppe 03			758,0	758,0	758,0
			694,5		

62 Erweiterung und Betrieb des Kernreaktor-Fern-Überwachungssystems - KFÜ -

Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 111 02 überschritten werden. Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

Erläuterungen:

Das Kernreaktor-Fern-Überwachungssystem (KFÜ) ist bis einschl. 1997 grundlegend erneuert worden und muss laufend auf dem neuesten Stand der Technik gehalten werden. Die Kosten sind von den Betreibern kerntechnischer Anlagen zu erstatten.

511 62	341	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	600,0	600,0	600,0
(TG 62)			503,1		

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Bedarf für Telekommunikationsgebühren, die beim Datenverkehr zwischen der Messnetzzentrale des KFÜ in Altenholz und den Kernkraftwerken, den Immissionsmessstellen und den Terminalstationen bei den Nutzern des KFÜ anfallen. Ferner sind Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen, Wartungs- und Reparaturarbeiten sowie Geschäftsbedarf veranschlagt.

Enthalten sind auch die Kosten für langfristige Serviceverträge.

526 62	341	Sachverständige	30,0	30,0	30,0
(TG 62)			0,0		

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Beauftragung von Sachverständigen zur Klärung von Einzelfragen im Zusammenhang mit technischen Fragestellungen, Investitionen sowie von aufsichtlich relevanten Vorkommnissen.

533 62	341	Betreuung der Messgeräte und Auswertung der Messergebnisse	580,0	580,0	580,0
(TG 62)			643,9		

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Gewährleistung der Betriebsbereitschaft des KFÜ und zur fachtechnischen Auswertung von Messwertprotokollen. Die Dienstleistungen werden auf der Grundlage eines KFÜ-Betriebsführungsvertrages erbracht.

536 62	341	Datenverarbeitung	520,0	520,0	520,0
(TG 62)			541,2		

Erläuterungen:

Veranschlagt für den Betrieb der DV-Anlage bei Dataport, für Software-Arbeiten zur Fortentwicklung und Pflege der KFÜ-Programme.

547 62	341	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	3,0	3,0	3,0
(TG 62)			0,2		

09 14 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
812 62	341	Erwerb von Geräten	75,0	75,0	75,0
(TG 62)			17,6		
Erläuterungen:					
Veranschlagt für die Weiterentwicklung des KFÜ-Systems.					
Summe der Titelgruppe 62			1.808,0	1.808,0	1.808,0
			1.706,0		
Summe der Ausgaben			25.505,8	25.417,6	25.417,6
			37.175,2		

09 14 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			Ist 2009	T€	
Abschluss					
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	23.937,0 36.148,5	23.738,0	23.738,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	203,5 179,2	203,5	203,5
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0	0,0
Gesamteinnahmen			24.140,5 36.327,7	23.941,5	23.941,5
41 - 49		Personalausgaben	2.373,2 2.306,9	2.505,0	2.505,0
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	23.032,6 34.807,2	22.812,6	22.812,6
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	25,0 15,1	25,0	25,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	75,0 46,0	75,0	75,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	0,0	0,0
Gesamtausgaben			25.505,8 37.175,2	25.417,6	25.417,6
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1.365,3 -847,5	-1.476,1	-1.476,1

09 Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration
Abschluss Einnahmen und Ausgaben 2011

Kapitel	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamteinnahmen
			01 - 09 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	21 - 29 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schulden- aufnahme, Zuwendun- gen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzie- rungs- einnahmen	
- T€ -								
09 01	Ministerium	2011		13,0				13,0
		2010		13,0				13,0
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit	2011		115.055,0				115.055,0
		2010		126.325,0			1.000,0	127.325,0
09 03	Justizvollzugsanstalten	2011		277,0	2.358,4			2.635,4
		2010		278,3	2.319,6			2.597,9
09 04	Landesverfassungsgericht und Gerichte der Verwaltungsge- richtsbarkeit	2011		1.005,0				1.005,0
		2010		2.304,5				2.304,5
09 05	Gerichte der Sozialgerichtsbar- keit	2011		1.102,0				1.102,0
		2010		1.502,0				1.502,0
09 06	Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	2011		450,0				450,0
		2010		450,0				450,0
09 08	Staatsanwaltschaften	2011		15.251,0	65,0			15.316,0
		2010		16.857,0	65,0			16.922,0
09 09	Gerichte der Arbeitsgerichts- barkeit	2011		850,5				850,5
		2010		800,5				800,5
09 12	Förderung der Gleichstellung	2011		0,5				0,5
		2010		0,5				0,5
09 13	Ausländer- und Migrationsan- gelegenheiten	2011		262,0				262,0
		2010		262,0				262,0
09 14	Reaktorsicherheit und Strah- lenschutz	2011		23.738,0	203,5			23.941,5
		2010		23.937,0	203,5			24.140,5
	Summe Haushalt	2011		158.004,0	2.626,9			160.630,9
	Summe Haushalt	2010		172.729,8	2.588,1		1.000,0	176.317,9
	mehr(+) / weniger(-)		0,0	-14.725,8	+38,8	0,0	-1.000,0	-15.687,0

Ausgaben								Jahr	Kapitel
41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben		
- T€ -									
8.220,3	382,0				23,0		8.625,3	2011	09 01
16.704,7	413,2				23,0	-875,0	16.265,9	2010	
134.693,7	96.283,3		3.149,0		395,0		234.521,0	2011	09 02
127.634,5	97.257,4		3.146,1		255,0		228.293,0	2010	
34.891,0	8.971,5		7.906,3		460,0		52.228,8	2011	09 03
33.313,1	8.894,7		9.064,7		290,0		51.562,5	2010	
6.402,0	465,0				28,9		6.895,9	2011	09 04
6.201,1	538,3				18,9		6.758,3	2010	
7.997,0	3.358,9				75,0		11.430,9	2011	09 05
7.677,4	3.211,5				37,0		10.925,9	2010	
1.545,0	82,5		90,0				1.717,5	2011	09 06
1.534,6	84,5		50,0				1.669,1	2010	
30.003,4	5.065,6		108,6		75,0		35.252,6	2011	09 08
27.233,8	5.971,7		110,6		114,9		33.431,0	2010	
4.477,0	2.813,0		0,2		70,0		7.360,2	2011	09 09
4.227,3	2.516,2		0,2				6.743,7	2010	
	71,5		1.793,0				1.864,5	2011	09 12
	26,5		1.846,0				1.872,5	2010	
1.432,0	3.628,0		19.631,9		93,0		24.784,9	2011	09 13
1.377,4	3.472,0		15.724,0		95,0		20.668,4	2010	
2.505,0	22.812,6		25,0		75,0		25.417,6	2011	09 14
2.373,2	23.032,6		25,0		75,0		25.505,8	2010	
232.166,4	143.933,9		32.704,0		1.294,9		410.099,2	2011	
228.277,1	145.418,6		29.966,6		908,8	-875,0	403.696,1	2010	
+3.889,3	-1.484,7	0,0	+2.737,4	0,0	+386,1	+875,0	+6.403,1		

Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2011

-249.468,3

Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2010

-227.378,2

09 Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration
Abschluss Einnahmen und Ausgaben 2012

Kapitel	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamteinnahmen
			01 - 09 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	21 - 29 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schulden- aufnahme, Zuwendun- gen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzie- rungs- einnahmen	
- T€ -								
09 01	Ministerium	2012		13,0				13,0
		2011		13,0				13,0
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit	2012		117.055,0				117.055,0
		2011		115.055,0				115.055,0
09 03	Justizvollzugsanstalten	2012		281,0	2.211,2			2.492,2
		2011		277,0	2.358,4			2.635,4
09 04	Landesverfassungsgericht und Gerichte der Verwaltungsge- richtsbarkeit	2012		1.003,0				1.003,0
		2011		1.005,0				1.005,0
09 05	Gerichte der Sozialgerichtsbar- keit	2012		1.102,0				1.102,0
		2011		1.102,0				1.102,0
09 06	Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	2012		450,0				450,0
		2011		450,0				450,0
09 08	Staatsanwaltschaften	2012		15.257,0	65,0			15.322,0
		2011		15.251,0	65,0			15.316,0
09 09	Gerichte der Arbeitsgerichts- barkeit	2012		850,5				850,5
		2011		850,5				850,5
09 12	Förderung der Gleichstellung	2012		0,5				0,5
		2011		0,5				0,5
09 13	Ausländer- und Migrationsan- gelegenheiten	2012		262,0				262,0
		2011		262,0				262,0
09 14	Reaktorsicherheit und Strah- lenschutz	2012		23.738,0	203,5			23.941,5
		2011		23.738,0	203,5			23.941,5
	Summe Haushalt	2012		160.012,0	2.479,7			162.491,7
	Summe Haushalt	2011		158.004,0	2.626,9			160.630,9
	mehr(+) / weniger(-)		0,0	+2.008,0	-147,2	0,0	0,0	+1.860,8

Ausgaben								Jahr	Kapitel
41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben		
- T€ -									
8.220,3	390,0				20,7		8.631,0	2012	09 01
8.220,3	382,0				23,0		8.625,3	2011	
133.403,6	96.383,3		3.153,8		175,0		233.115,7	2012	09 02
134.693,7	96.283,3		3.149,0		395,0		234.521,0	2011	
34.791,1	8.854,4		7.674,2		404,4		51.724,1	2012	09 03
34.891,0	8.971,5		7.906,3		460,0		52.228,8	2011	
6.402,0	482,0						6.884,0	2012	09 04
6.402,0	465,0				28,9		6.895,9	2011	
7.997,0	3.353,9						11.350,9	2012	09 05
7.997,0	3.358,9				75,0		11.430,9	2011	
1.545,0	84,5		90,0				1.719,5	2012	09 06
1.545,0	82,5		90,0				1.717,5	2011	
30.003,4	5.061,6		104,8		107,4		35.277,2	2012	09 08
30.003,4	5.065,6		108,6		75,0		35.252,6	2011	
4.477,0	2.816,2		0,2				7.293,4	2012	09 09
4.477,0	2.813,0		0,2		70,0		7.360,2	2011	
	26,5		738,7				765,2	2012	09 12
	71,5		1.793,0				1.864,5	2011	
1.432,0	3.629,5		20.001,9		47,5		25.110,9	2012	09 13
1.432,0	3.628,0		19.631,9		93,0		24.784,9	2011	
2.505,0	22.812,6		25,0		75,0		25.417,6	2012	09 14
2.505,0	22.812,6		25,0		75,0		25.417,6	2011	
230.776,4	143.894,5		31.788,6		830,0		407.289,5	2012	
232.166,4	143.933,9		32.704,0		1.294,9		410.099,2	2011	
-1.390,0	-39,4	0,0	-915,4	0,0	-464,9	0,0	-2.809,7		

Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2012

-244.797,8

Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2011

-249.468,3

09 Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration

Einnahmen der Maßnahme- / Titelgruppen 2011

Kapitel MG/TG	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamt- einnahmen
			01 - 09 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	21 - 29 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schulden- aufnahme, Zuwendun- gen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzie- rungs- verfahren	
- T€ -								
09 13	Ausländer- und Migrationsan- gelegenheiten							
02	Integration von Migrantinnen und Migranten	2011		10,0			10,0	
		2010		10,0			10,0	
62	Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten	2011		250,0			250,0	
		2010		250,0			250,0	
65	Landesamt für Ausländerange- legenheiten Schleswig-Hol- stein	2011		2,0			2,0	
		2010		2,0			2,0	
09 14	Reaktorsicherheit und Strah- lenschutz							
01	Atomrechtliche Verfahren	2011		21.755,0			21.755,0	
		2010		21.965,0			21.965,0	
	Summe Haushalt	2011		22.017,0			22.017,0	
	Summe Haushalt	2010		22.227,0			22.227,0	

09 Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2011

Kapitel	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
MG/TG	Bezeichnung								
- T€ -									
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit								
	01 Straffälligenhilfe und Opferschutz								
	2011		60,0		1.288,0			1.348,0	
	2010		100,0		1.270,0			1.370,0	
	06 Einführung eines Qualitätsmanagements mit einem kennzahlengestützten Steuerungssystem								
	2011		22,8					22,8	
	2010		22,8					22,8	
09 03	Justizvollzugsanstalten								
	61 Gefangenenpflege								
	2011		6.575,0		15,0		0,0	6.590,0	
	2010		6.287,9		10,0			6.297,9	
09 12	Förderung der Gleichstellung								
	02 Stärkung einer frauenfördernden Infrastruktur								
	2011		6,5		1.793,0			1.799,5	
	2010		6,5		1.846,0			1.852,5	
09 13	Ausländer- und Migrationsangelegenheiten								
	02 Integration von Migrantinnen und Migranten								
	2011		2,0		1.691,9			1.693,9	
	2010		2,0		2.024,0			2.026,0	
	62 Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten								
	2011		3.529,0		17.940,0		50,0	21.519,0	
	2010		3.353,0		13.700,0		50,0	17.103,0	
	63 Durchführung der Abschiebehaft								
	2011						0,0	0,0	
	2010						40,0	40,0	
	65 Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein								
	2011	1.432,0	97,0				43,0	1.572,0	
	2010	1.377,4	117,0				5,0	1.499,4	
	69 Outputorientierte Personalkosten								
	2011	0,0						0,0	
	2010								
09 14	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz								
	01 Atomrechtliche Verfahren								
	2011		20.275,6					20.275,6	
	2010		20.485,6					20.485,6	
	02 Fachberatung Katastrophenschutz								
	2011		71,0					71,0	
	2010		81,0					81,0	
	03 Strahlenschutz								
	2011		733,0		25,0		0,0	758,0	
	2010		733,0		25,0		0,0	758,0	
	62 Erweiterung und Betrieb des Kernreaktor-Fern-Überwachungssystems - KFÜ -								
	2011		1.733,0				75,0	1.808,0	
	2010		1.733,0				75,0	1.808,0	
Summe	2011	1.432,0	33.104,9		22.752,9		168,0	57.457,8	
	2010						0,0		

09 Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2011

Kapitel	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
MG/TG	Bezeichnung								
- T€ -									
Summe	2010	1.377,4	32.921,8		18.875,0		170,0		53.344,2

09 Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration

Einnahmen der Maßnahme- / Titelgruppen 2012

Kapitel MG/TG	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamt- einnahmen
			01 - 09 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	21 - 29 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schulden- aufnahme, Zuwendun- gen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzie- rungs- verfahren	
- T€ -								
09 13	Ausländer- und Migrationsan- gelegenheiten							
02	Integration von Migrantinnen und Migranten	2012		10,0			10,0	
		2011		10,0			10,0	
62	Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten	2012		250,0			250,0	
		2011		250,0			250,0	
65	Landesamt für Ausländerange- legenheiten Schleswig-Hol- stein	2012		2,0			2,0	
		2011		2,0			2,0	
09 14	Reaktorsicherheit und Strah- lenschutz							
01	Atomrechtliche Verfahren	2012		21.755,0			21.755,0	
		2011		21.755,0			21.755,0	
	Summe Haushalt	2012		22.017,0			22.017,0	
	Summe Haushalt	2011		22.017,0			22.017,0	

09 Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2012

Kapitel MG/TG Bezeichnung	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
- T€ -									
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit								
01	Straffälligenhilfe und Opferschutz								
	2012		60,0		1.288,0				1.348,0
	2011		60,0		1.288,0				1.348,0
06	Einführung eines Qualitätsmanagements mit einem kennzahlengestützten Steuerungssystem								
	2012		22,8						22,8
	2011		22,8						22,8
09 03	Justizvollzugsanstalten								
61	Gefangenenpflege								
	2012		6.630,0		15,0		0,0		6.645,0
	2011		6.575,0		15,0		0,0		6.590,0
09 12	Förderung der Gleichstellung								
02	Stärkung einer frauenfördernden Infrastruktur								
	2012		6,5		738,7				745,2
	2011		6,5		1.793,0				1.799,5
09 13	Ausländer- und Migrationsangelegenheiten								
02	Integration von Migrantinnen und Migranten								
	2012		2,0		1.416,9				1.418,9
	2011		2,0		1.691,9				1.693,9
62	Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten								
	2012		3.530,5		18.585,0		45,0		22.160,5
	2011		3.529,0		17.940,0		50,0		21.519,0
63	Durchführung der Abschiebehaft								
	2012						0,0		0,0
	2011						0,0		0,0
65	Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein								
	2012	1.432,0	97,0				2,5		1.531,5
	2011	1.432,0	97,0				43,0		1.572,0
69	Outputorientierte Personalkosten								
	2012	0,0							0,0
	2011	0,0							0,0
09 14	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz								
01	Atomrechtliche Verfahren								
	2012		20.275,6						20.275,6
	2011		20.275,6						20.275,6
02	Fachberatung Katastrophenschutz								
	2012		71,0						71,0
	2011		71,0						71,0
03	Strahlenschutz								
	2012		733,0		25,0		0,0		758,0
	2011		733,0		25,0		0,0		758,0
62	Erweiterung und Betrieb des Kernreaktor-Fern-Überwachungssystems - KFÜ -								
	2012		1.733,0				75,0		1.808,0
	2011		1.733,0				75,0		1.808,0
Summe	2012	1.432,0	33.161,4		22.068,6		122,5	0,0	56.784,5

09 Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2012

Kapitel	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
MG/TG	Bezeichnung								
- T€ -									
Summe	2011	1.432,0	33.104,9		22.752,9		168,0	0,0	57.457,8

**Zusätzliche Erläuterungen
für den Aufgabenbereich
Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit (Kapitel 0902)**

Globale Zielbeschreibung	Erfüllung des Justizgewährungsanspruchs und Schaffung von Rechtssicherheit im Rahmen der Gewaltenteilung				
Fallzahlen	Eingangszahlen				
Zivilverfahren	Ist 2007: 53.537 Ist 2008: 53.319 Ist 2009: 53.102				
Familienverfahren	Ist 2007: 21.163 Ist 2008: 21.994 Ist 2009: 22.533				
Strafverfahren	Ist 2007: 25.144 Ist 2008: 25.602 Ist 2009: 24.678				
Freiwillige Gerichtsbarkeit	Ist 2007: 557.789 * Ist 2008: 474.230 Ist 2009: 474.634				
	* ab 2008 rückläufige Anzahl von Fortführungsnachweisen				
Gründe der Zielumsetzung	<ul style="list-style-type: none"> - Gewährung von individuellem Rechtsschutz - Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung bzw. Maßnahmen in Zivil- und Familienrechtsstreitigkeiten, Strafverfahren und Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit - Durchsetzung des festgestellten Rechtsanspruchs, Teilaspekte der Strafvollstreckung - Zur Verfügung Stellung von Ressourcen für die Ausbildung und Prüfung des Juristennachwuchses 				
Position im Landeshaushalt	Einzelplan 09 Kapitel 0902				
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Kamerales Globalbudget in Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2009 T€	SOLL 2010 T€	SOLL 2011 T€	SOLL 2012 T€
	Gesamteinnahmen	114.698,7	127.325,0	115.055,0	117.055,0
	Gesamtausgaben	228.222,8	228.293,0	234.521,0	233.115,7
	davon				
	Personalausgaben	130.212,6	127.634,5	134.693,7	133.403,6
	Sachausgaben inkl. Investitionen	8.906,9	10.012,4	9.178,3	8.558,3
	Auslagen in Rechtssachen	83.540,1	87.500,0	87.500,0	88.000,0
	Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	4.967,9	3.146,1	3.149	3.153,8
	Besondere Finanzierungsausgaben	595,3	0,0	0,0	0,0
	Saldo	-113.524,1	-100.968,0	-119.466,0	-116.060,7
Flexibilisierungsmöglichkeiten	<p>Minderausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 dürfen einer Rücklage zugeführt werden.</p> <p>Die Rücklage darf in den Folgejahren für Mehrausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 eingesetzt werden.</p>				

**Zusätzliche Erläuterungen
für den Aufgabenbereich
Justizvollzugsanstalten (Kapitel 0903)**

Globale Zielbeschreibung	Der Vollzug der Freiheitsstrafe soll den Gefangenen zur künftigen Lebensführung in sozialer Verantwortung ohne Straftaten befähigen. Der Vollzug der Freiheitsstrafe dient auch dem Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten. Das Leben im Vollzug soll hierbei den allgemeinen Lebensbedingungen soweit als möglich angeglichen werden. Schädlichen Folgen des Freiheitsentzugs ist entgegenzuwirken. Der Vollzug ist darauf auszurichten, dass er dem Gefangenen hilft, sich in das Leben in Freiheit einzugliedern.	
	Mengen	Wirtschaftlichkeit/ Kosten
	vorgehaltene Haftplatztage¹	Kosten je belegungsfähigem Haftplatztag
Erwachsenenvollzug	Ist 2009: 521.012 ² Soll 2010: 539.835 / 511.730 (HR) ² Soll 2011: 505.998 ² Soll 2012: 486.780 ²	Ist 2009: 89,13 €
Jugendvollzug	Ist 2009: 72.911 ² Soll 2010: 72.600 / 73.730 (HR) ² Soll 2011: 71.525 ² Soll 2012: 70.638 ²	Ist 2009: 117,43 €
Jugendarrest	Ist 2009: 14.200 Soll 2010: 20.850 Soll 2011: 20.850 Soll 2012: 20.850	Ist 2009: 73,00 €
Abschiebungshaft	Ist 2009: 20.440 Soll 2010: 20.440 Soll 2011: 20.440 Soll 2012: 20.440	Ist 2009: 67,28 €
	Hafttage³	Kosten je Hafttag
Erwachsenenvollzug	Ist 2009: 459.487	Ist 2009: 99,22 €
Jugendvollzug	Ist 2009: 60.567	Ist 2009: 142,82 €
Jugendarrest ⁴	Ist 2009: 7.611	Ist 2009: 136,38 €
Abschiebungshaft	Ist 2009: 11.769	Ist 2009: 119,08 €
<p>Anmerkungen:</p> <p>¹ Aufgrund anstaltsinterner Renovierungsmaßnahmen stehen durchschnittlich ca. 3% aller Haftplätze nicht für Belegung zur Verfügung. Darüber hinaus sind die JVAen bereits bei einer Belegungsquote von 90% ausgelastet. Ein höherer Auslastungsgrad steht einer sinnvollen Binnendifferenzierung entgegen.</p> <p>² 2009: Im Herbst wurde ein Haftgebäude abgerissen, welches für den Jugendvollzug in der JVA Neumünster genutzt wurde (- 36 Haftplätze). In Folge dessen wurden die jugendlichen Gefangenen in Hafräumen des Erwachsenenvollzugs untergebracht (+ 39 Haftplätze Jugendliche, - 39 Haftplätze Erwachsene).</p> <p>2010: Situation wie im Vorjahr</p> <p>2011: Im Frühjahr wird das Gebäude der Sozialtherapie in der Jugendanstalt Schleswig funktionsfähig (+ 30 Haftplätze) und die jugendlichen Gefangenen aus Neumünster können dort hin verlegt werden. In Folge dessen können für den Jugendvollzug genutzte Hafräume in der JVA Neumünster für den Erwachsenenvollzug genutzt werden. (- 39 Haftplätze Jugendliche, + 39 Haftplätze Erwachsene) Im Sommer 2011 beginnt die Sanierung des Hauses C JVA Neumünster, Nord- und Südflügel. Die betroffenen Haftplätze können in der Zeit nicht belegt werden (-120 Haftplätze im 2. Halbjahr Erwachsene).</p> <p>2012: Die vorgenannte Baumaßnahme in der JVA Neumünster wird sich auf das gesamte Jahr erstrecken (-120 Haftplätze Erwachsene).</p> <p>³ Die Anzahl der Hafttage ist fremdbestimmt und somit nicht steuerbar.</p> <p>⁴ Der Vollzug des Jugendarrestes findet überwiegend in der Form des Wochenendarrestes statt.</p>		

Gründe der Zielumsetzung	Innere Sicherheit				
Position im Landeshaushalt	Einzelplan 09 Kapitel 0903				
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	Strafvollzugsgesetz, Jugendstrafvollzugsgesetz, Untersuchungshaftvollzugsordnung, Jugendgerichtsgesetz, Aufenthaltsgesetz				
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Kamerales Globalbudget in Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2009 T€	SOLL 2010 T€	SOLL 2011 T€	SOLL 2012 T€
	Gesamteinnahmen	2.398,3	2.389,0	2.635,4	2.492,2
	Gesamtausgaben	50.369,5	51.353,6	52.228,8	51.724,1
	davon				
	Personalausgaben	33.173,5	33.313,1	34.891,0	34.791,1
	Sachausgaben inkl. Investitionen	2.424,9	2.772,3	2.856,5	2.628,8
	Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	7.548,3	8.970,3	7.891,3	7.659,2
	Besondere Finanzierungsausgaben	1.354,7	0,0	0,0	0,0
	<u>Gefangenenpflege (TG 61)</u>	5.868,1	6.297,9	6.590,0	6.645,0
	Saldo	-47.971,2	-48.964,6	-49.593,4	-49.231,9
	KLR-Budget				
	+ neutrale Einnahmen	2,0			
	+ Erlöse	2.396,2			
	- Personalkosten	38.370,3			
	- Sachkosten	11.773,1			
	<i>davon Fremdleistungen u. Zuschüsse</i>	4.264,4			
	- kalkulatorische Kosten *	348,7			
	- interne Verrechnungen/ Umlagen **	6.447,9			
	= Deckungsbeitrag	- 54.541,8			
			* Nur kalkulatorische Sachkosten		
			** Anteilige Kosten der Oberbehörden sowie Bewirtschaftungskosten FM		
Flexibilisierungsmöglichkeiten	<p>Minderausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 dürfen einer Rücklage zugeführt werden. Die Rücklage darf in den Folgejahren für Mehrausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 eingesetzt werden.</p> <p>Minderausgaben bei den Titeln der Titelgruppe 61 dürfen einer Rücklage zugeführt werden. Die Rücklage darf in den Folgejahren für Mehrausgaben bei der Titelgruppe 61 eingesetzt werden.</p>				

**Zusätzliche Erläuterungen
für den Aufgabenbereich
Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit (Kapitel 0904)**

Globale Zielbeschreibung	Erfüllung des Justizgewährungsanspruchs und Schaffung von Rechtssicherheit im Rahmen der Gewaltenteilung				
Fallzahlen	Eingangszahlen				
	Ist 2007: 5.187 Ist 2008: 4.930 Ist 2009: 6.430				
Gründe der Zielumsetzung	- Gewährung von individuellem Rechtsschutz - Herstellung von Rechtssicherheit und Rechtsfrieden für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung in verwaltungsgerichtlichen Verfahren				
Position im Landeshaushalt	Einzelplan 09 Kapitel 0904				
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Kamerales Globalbudget in Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2009 T€	SOLL 2010 T€	SOLL 2011 T€	SOLL 2012 T€
	Gesamteinnahmen	875,7	2.304,5	1.005,0	1.003,0
	Gesamtausgaben	6.433,9	6.758,3	6.895,9	6.884,0
	davon				
	Personalausgaben	6.005,4	6.201,1	6.402,0	6.402,0
	Sachausgaben inkl. Investitionen	248,8	307,2	293,9	282,0
	Auslagen in Rechtssachen	179,7	250,0	200,0	200,0
Saldo	-5.558,2	-4.453,8	-5.580,9	-5.881,0	
Flexibilisierungsmöglichkeiten	Minderausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 dürfen einer Rücklage zugeführt werden. Die Rücklage darf in den Folgejahren für Mehrausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 eingesetzt werden.				

**Zusätzliche Erläuterungen
für den Aufgabenbereich
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit (Kapitel 0905)**

Globale Zielbeschreibung	Erfüllung des Justizgewährungsanspruchs und Schaffung von Rechtssicherheit im Rahmen der Gewaltenteilung				
Fallzahlen	Eingangszahlen				
Gesamt	Ist 2007: 15.396 Ist 2008: 14.456 Ist 2009: 14.966				
davon SGB II	Ist 2007: 5.364 Ist 2008: 5.845 Ist 2009: 6.206				
davon SGB XII und AsylbLG	Ist 2007: 967 Ist 2008: 922 Ist 2009: 897				
Gründe der Zielumsetzung	- Gewährung von individuellem Rechtsschutz - Herstellung von Rechtssicherheit und Rechtsfrieden für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung in sozialgerichtlichen Verfahren				
Position im Landeshaushalt	Einzelplan 09 Kapitel 0905				
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Kamerales Globalbudget in Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2009 T€	SOLL 2010 T€	SOLL 2011 T€	SOLL 2012 T€
	Gesamteinnahmen	1.040,5	1.502,0	1.102,0	1.102,0
	Gesamtausgaben	10.732,7	10.925,9	11.430,9	11.350,9
	davon				
	Personalausgaben	7.473,2	7.677,4	7.997,0	7.997,0
	Sachausgaben inkl. Investitionen	428,3	328,5	433,9	353,9
	Auslagen in Rechtssachen	2.831,2	2.920,0	3.000,0	3.000,0
	Saldo	-9.692,2	-9.423,9	-10.328,9	-10.248,9
Flexibilisierungsmöglichkeiten	Minderausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 dürfen einer Rücklage zugeführt werden. Die Rücklage darf in den Folgejahren für Mehrausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 eingesetzt werden.				

**Zusätzliche Erläuterungen
für den Aufgabenbereich
Finanzgericht des Landes Schleswig-Holstein (Kapitel 0906)**

Globale Zielbeschreibung	Erfüllung des Justizgewährungsanspruchs und Schaffung von Rechtssicherheit im Rahmen der Gewaltenteilung				
Fallzahlen	Eingangszahlen				
Klagen und Anträge zur Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes	Ist 2007: 1.372 Ist 2008: 1.163 Ist 2009: 1.214				
Gründe der Zielumsetzung	- Gewährung von individuellem Rechtsschutz - Herstellung von Rechtssicherheit und Rechtsfrieden für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung in finanzgerichtlichen Verfahren				
Position im Landeshaushalt	Einzelplan 09 Kapitel 0906				
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Kamerales Globalbudget in Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2009 T€	SOLL 2010 T€	SOLL 2011 T€	SOLL 2012 T€
	Gesamteinnahmen	412,6	450,0	450,0	450,0
	Gesamtausgaben	1.594,5	1.669,1	1.717,5	1.719,5
	davon				
	Personalausgaben	1.419,9	1.534,6	1.545,0	1.545,0
	Sachausgaben inkl. Investitionen	58,6	59,5	57,5	59,5
	Auslagen in Rechtssachen	18,8	25,0	25,0	25,0
	Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	73,0	50,0	90,0	90,0
	Besondere Finanzierungsausgaben	24,2	0,0	0,0	0,0
Saldo	-1.181,9	-1.219,1	-1.267,5	-1.269,5	
Flexibilisierungsmöglichkeiten	Minderausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 dürfen einer Rücklage zugeführt werden. Die Rücklage darf in den Folgejahren für Mehrausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 eingesetzt werden.				

**Zusätzliche Erläuterungen
für den Aufgabenbereich
Staatsanwaltschaften (Kapitel 0908)**

Globale Zielbeschreibung	Durchsetzung des staatlichen Strafverfolgungsanspruchs				
Fallzahlen	Eingangszahlen				
Ermittlungsverfahren	Ist 2007: 302.349 Ist 2008: 304.318 Ist 2009: 303.493				
Gründe der Zielumsetzung	- Durchsetzung des staatlichen Strafverfolgungsanspruchs und Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung				
Position im Landeshaushalt	Einzelplan 09 Kapitel 0908				
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Kamerales Globalbudget in Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2009 T€	SOLL 2010 T€	SOLL 2011 T€	SOLL 2012 T€
	Gesamteinnahmen	15.561,0	16.922,0	15.316,0	15.322,0
	Gesamtausgaben	33.602,5	33.431,0	35.252,6	35.277,2
	davon				
	Personalausgaben	28.380,0	27.233,8	30.003,4	30.003,4
	Sachausgaben inkl. Investitionen	1.312,9	1.386,6	1.340,6	1.369,0
	Auslagen in Rechtssachen	3.775,8	4.700,0	3.800,0	3.800,0
	Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	76,0	110,6	108,6	104,8
	Besondere Finanzierungsausgaben	57,8	0,0	0,0	0,0
	Saldo	-18.041,5	-16.509,0	-19.936,6	-19.955,2
Flexibilisierungsmöglichkeiten	Minderausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 dürfen einer Rücklage zugeführt werden. Die Rücklage darf in den Folgejahren für Mehrausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 eingesetzt werden.				

**Zusätzliche Erläuterungen
für den Aufgabenbereich
Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit (Kapitel 0909)**

Globale Zielbeschreibung	Erfüllung des Justizgewährungsanspruchs und Schaffung von Rechtssicherheit im Rahmen der Gewaltenteilung				
Fallzahlen	Eingangszahlen				
	Ist 2007: 12.142 Ist 2008: 12.536 Ist 2009: 13.215				
Gründe der Zielumsetzung	- Gewährung von individuellem Rechtsschutz - Herstellung von Rechtssicherheit und Rechtsfrieden für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung in arbeitsgerichtlichen Verfahren				
Position im Landeshaushalt	Einzelplan 09 Kapitel 0909				
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Kamerales Globalbudget in Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2009 T€	SOLL 2010 T€	SOLL 2011 T€	SOLL 2012 T€
	Gesamteinnahmen	898,0	800,5	850,5	850,5
	Gesamtausgaben	6.748,1	6.743,7	7.360,2	7.293,4
	davon				
	Personalausgaben	4.200,1	4.227,3	4.477,0	4.477,0
	Sachausgaben inkl. Investitionen	448,0	416,2	483,0	416,2
	Auslagen in Rechtssachen	2.099,8	2.100,0	2.400,0	2.400,0
	Zuwendungen mit Ausnahme von Investitionen	0,2	0,2	0,2	0,2
	Saldo	-5.850,1	-5.943,2	-6.509,7	-6.442,9
Flexibilisierungsmöglichkeiten	Minderausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 dürfen einer Rücklage zugeführt werden. Die Rücklage darf in den Folgejahren für Mehrausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 eingesetzt werden.				

**Zusätzliche Erläuterungen
für den Aufgabenbereich
Förderung der Gleichstellung (Kapitel 0912)**

Globale Ziel- beschreibung	Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie ein umfassender Schutz vor häuslicher und sexueller Gewalt gehören zu den wesentlichen Voraussetzungen für die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Daher wird in Schleswig-Holstein eine frauenfördernde Infrastruktur vorgehalten, die einerseits Frauen im Erwerbsleben stärkt und unterstützt und andererseits landesweit Hilfen für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder bietet.			
Maßnahmen und Kenn- ziffern zur Zielerreichung	Mengenergebnisse 2009	Qualitätskennzahl/ - Indikator	Wirtschaftlichkeit/ Kosten	fachliche Zielerrei- chung
Beratungsange- bote für Frauen zu allen Fragen der Erwerbstätig- keit	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 12 Beratungsstellen ▪ 12.000 Beratungen pro Jahr ▪ 490 Betriebskontakte ▪ 100 Fortbildungen ▪ 45 Fachveranstaltungen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ landesweite Erreichbarkeit ▪ nach Beratung befinden sich 40% der Frauen in Arbeit oder Weiterbildung 	geringere Kosten bei den Sozialleistungen durch Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Beschäftigungschancen von Frauen sind erhöht, die Frauenerwerbsquote in SH ist von 39% in 1987 auf 47 % in 2007 (westdeutscher Durchschnittswert 44 %) gestiegen. ▪ Es bestehen familienfreundliche Arbeitsorganisationen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. ▪ Frauen sind verstärkt in Führungspositionen. ▪ Die Zahl der Frauen, die an beruflicher Weiterbildung teilnimmt, ist gestiegen.
Flächendeckendes Netz von Beratungsstellen für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 25 Beratungsstellen ▪ 29.000 Beratungen pro Jahr ▪ 300 Fachveranstaltungen ▪ 14.000 Teilnehmerinnen ▪ 30 angeleitete Selbsthilfegruppen ▪ Telefonhelpline 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ landesweite Erreichbarkeit ▪ ständige Erreichbarkeit ▪ Stärkung / Stabilisierung der Frauen in der Gewaltsituation ▪ Traumaaufbereitung 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Abbau von häuslicher und sexueller Gewalt mit dem Ziel, ▪ Folgekosten, die durch Gesundheitsschäden und Arbeitsausfall entstehen, zu vermeiden ▪ Folgekosten im Bereich der Jugendhilfe bei einer möglichen Entwicklungsbeeinträchtigung der betroffenen Kinder zu vermeiden 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Deckung des Beratungsbedarfs ▪ Schulung von Multiplikatoren ▪ frühe Durchbrechung des Gewaltkreislaufs ▪ Steigerung des Anteils von Familien, die gewaltfrei zusammenleben
Informations- und Öffentlichkeitsarbeit	10 - 15 Veranstaltungen pro Jahr	Landesweite Bekanntmachung von frauenpolitisch bedeutsamen Themen	Breite Wirksamkeit in der Öffentlichkeit gegenüber geringen Gesamtkosten	Öffentlicher Diskurs frauenpolitischer Inhalte

Position im Landeshaushalt	Einzelplan 09 Kapitel 0912				
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	<ul style="list-style-type: none"> - Freiwillige Leistungen des Landes - Richtlinien zur Förderung der Frauenberatungsstellen vom 31. Januar 2008 (Amtsblatt Schl.-H., S. 152), - Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie der sozialen Eingliederung im Rahmen des Zukunftsprogramms Arbeit (Rahmenrichtlinie Prioritätsachse C vom 31. August 2007) des MJAE sowie die ergänzenden Förderkriterien des MBF zur Förderung von Projekten zur arbeitsmarktpolitischen Beratung von Frauen vom 19. Dezember 2007 				
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Kamerales Globalbudget in Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2009 T€	SOLL 2010 T€	SOLL 2011 T€	SOLL 2012 T€
	Gesamteinnahmen	0,0	0,5	0,5	0,5
	Gesamtausgaben	1.874,3	1.872,5	1.864,5	765,2
	davon Sachausgaben inkl. Investitionen	25,6	26,5	71,5	26,5
	Zuwendungen mit Ausnahme von Investitionen	1.848,7	1.846,0	1.793,0	738,7
Saldo	-1.874,3	-1.872,0	-1.864,0	-764,7	
Ab dem Haushaltsjahr 2012 sind die Mittel für die Frauenberatungsstellen nicht mehr im Epl. 09 veranschlagt (Neuregelung § 25 a Abs. 1 FAG im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleiches / Epl. 11).					

**Zusätzliche Erläuterungen
für den Aufgabenbereich
Ausländer- und Migrationsangelegenheiten (Kapitel 0913)
hier: Integration von Migrantinnen und Migranten (MG 02)**

Globale Zielbeschreibung und Unterziele	<p>Die Förderung des Integrationsprozesses von Migrantinnen und Migranten durch Migrationssozialberatung (MSB) und landesweite Beratung (LWB) ist politische Schwerpunktaufgabe des MJGI. Die MSB soll für Migrantinnen und Migranten mit Daueraufenthalt den frühzeitigen Integrationsprozess initiieren und sie mit dem Ziel begleiten, sie zu einem selbständigen Leben zu befähigen. Unter Berücksichtigung dieser Vorgaben wurde die Migrationssozialberatung für Migrantinnen und Migranten mit Daueraufenthalt zu einem Zuwanderer-Integrations-Management (ZIM) entwickelt. Daneben erhalten Personen mit vorübergehendem Aufenthalt Beratung in konkreten migrationspezifischen Krisensituationen. Daneben steht die Stärkung der gleichberechtigten Teilhabe von Migrantinnen und Migranten am gesellschaftlichen Leben und die Übernahme von Verantwortung im Integrationsprozess im Focus des Hauses. Deshalb ist 2009 die Förderung von strukturbezogenen landesweiten Beratungsprojekten auf die „Stärkung der gleichberechtigten Teilhabe“ ausgerichtet worden.</p> <p>Die entwickelten strategischen Vorgaben werden durch unterschiedliche Träger (Wohlfahrtsverbände, Migrantenselbstorganisationen, Kommunen und andere) im Land umgesetzt. Diese Träger erhalten Zuwendungen, mit denen Personalstellen finanziert werden, um nach den Rahmenvorgaben des MJGI die migrationspezifische Beratung durchzuführen. Damit dies noch wirkungsvoller und wirtschaftlicher erfolgen kann, wurden in einem Controllingkonzept konkretere Ziele definiert und zugleich ein System entwickelt, mit dem Wirkung und Erfolg transparent gemacht werden können. Aus den Ergebnissen sollen Folgerungen für die Verbesserung der Integrationsstrukturen gezogen werden.</p> <p>Migrationssozialberaterinnen und -berater sind Schlüsselakteure bei der Integration von Migrantinnen und Migranten. Sie haben zu ihnen unmittelbaren und regelmäßigen Kontakt, sind sozialpädagogisch für eine Integrationsbegleitung und Krisenberatung qualifiziert und stellen eine Schnittstelle zu Fach- und Regeldiensten dar. Die Migrationssozialberatung verfolgt folgende prinzipiell gleichwertige strategische Oberziele: Oberziel O1: Migrantinnen und Migranten mit Daueraufenthalt sollen in die Lage versetzt werden, Unabhängigkeit von staatlichen Transferzahlungen zu erlangen. Oberziel O2: Die sozial-gesellschaftlichen Kompetenzen sollen bei den Migrantinnen und Migranten mit Daueraufenthalt gestärkt werden, um ihnen und ihren Kindern eine aktive gesellschaftliche Teilhabe in Deutschland zu ermöglichen. Oberziel O3: Migrantinnen und Migranten mit vorübergehendem Aufenthalt sollen in migrationspezifischen Krisensituationen schnelle und effektive Unterstützung zu deren Bewältigung erhalten.</p> <p>Bei den landesweiten Beratungsprojekten kommen projektabhängig nur einzelne dieser Oberziele zur Anwendung.</p>				
Kennzahlen/Indikatoren für die Migrationssozialberatung					
Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	2009	2010	2011	2012	
Mengen					
Anzahl der Personalstellen	41,35	41,5	36,5	30,5	
Anzahl der beratenen Personen (nur MSB)	7.190				
davon in der Integrationsförderung	2.443				
davon in der Krisenberatung	4.747				
Qualitäten / Wirkung					
Auslastungsgrad (nur MSB)	137 %	144 %			

Wirtschaftlichkeit / Kosten					
Durchschnittl. Förderquote Landesmittel in %	72%	75%	75%	75 %	
Fachliche Zielerreichung	Optimierung der Integrationsstrukturen				
Externe Zielgruppen	Migrantinnen und Migranten mit Daueraufenthalt und vorübergehendem Aufenthalt				
Position im Landeshaushalt	Einzelplan 09 Kapitel 0913 Maßnahmegruppe 02				
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	<ul style="list-style-type: none"> • Rahmenkonzept für eine Sozialberatung für Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein (Migrationssozialberatung) vom 10. Januar 2006 • Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Migrationssozialberatung und landesweiten Beratungsprojekten vom 8. Januar 2010 • Wirkung und Erfolge der Migrationssozialberatung – Controllingkonzept – vom 3. Dezember 2007 				
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Kamerales Globalbudget in Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2009 T€	SOLL 2010 T€	SOLL 2011 T€	SOLL 2012 T€
	Gesamteinnahmen	66,0	10,0	10,0	10,0
	Gesamtausgaben	1.957,0	2.026,0	1.693,9	1.418,9
	davon Sachausgaben inkl. Investitionen	0,5	2,0	2,0	2,0
	Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	1.956,5	2.024,0	1.691,9	1.416,9
Saldo	-1.891,0	-2.016,0	-1.683,9	-1.408,9	
Flexibilisierungsmöglichkeiten	<p>Minderausgaben bei den Titeln der HG 5 und 8 dürfen einer Rücklage zugeführt werden.</p> <p>Die Rücklage darf in den Folgejahren für Mehrausgaben bei den Titeln der HG 5 und 8 eingesetzt werden.</p>				

Zusätzliche Erläuterungen
für den Aufgabenbereich
Ausländer- und Integrationsangelegenheiten (Kapitel 0913)
hier: **Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten (TG 62)**

Globale Zielbeschreibung und Unterziele	Weitestgehende Freihaltung der Kommunen von den Aufwendungen für dort untergebrachte Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Zu diesem Zweck werden den Kreisen (auch für die Ämter und Gemeinden) und kreisfreien Städten die Aufwendungen, die ihnen durch die Aufnahme und Unterbringung von Asylbegehenden und weiteren nach dem Asylbewerberleistungsgesetz leistungsberechtigten Personen entstehen, vom Land erstattet.				
Kennzahlen/Indikatoren für die Erstattung von Aufwendungen nach dem AsylbLG (Tit. 0913 – 633 62)					
Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	2009	2010	2011	2012	
Mengen					
Zahl der Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	3.548	3.850	4.000	4.100	
Wirtschaftlichkeit / Kosten					
Durchschnittlicher Erstattungsaufwand des Landes je Leistungsempfänger und Jahr (in €)	4.100	4.400	4.400	4.450	
Erstattungsausgaben je 1000 Einwohner/innen in €	5.100	6.000	6.200	6.400	
Externe Zielgruppen	Landkreise und kreisfreie Städte				
Position im Landeshaushalt	Einzelplan 09 Kapitel 0913 Titelgruppe 62				
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	§ 2 Satz 3 des Gesetzes zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes vom 11. Oktober 1993 (GVOBl. Schl.-H. S. 498), zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 14. Dezember 2004 (GVOBl. Schl.-H. S. 484), Landesverordnung über die Erstattung von Aufwendungen für leistungsberechtigte Personen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Erstattungsverordnung) vom 5. Dezember 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 725), zuletzt geändert durch Verordnung vom 24. November 1999 (GVOBl. Schl.-H. S. 433), Verwaltungsvorschriften in Form des Erstattungserlasses vom 25. Februar 2004.				
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Kamerales Globalbudget in Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2009 T€	SOLL 2010 T€	SOLL 2011 T€	SOLL 2012 T€
	Gesamteinnahmen	308,4	250,0	250,0	250,0
	Gesamtausgaben	18.320,7	17.103,0	21.519,0	22.160,5
	davon				
	Sachausgaben inkl. Investitionen	3.993,4	3.403,0	3.579,0	3.575,5
	Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	14.327,3	13.700,0	17.940,0	18.585,0
	Saldo	-18.012,3	-16.853,0	-21.269,0	-21.910,5
Flexibilisierungsmöglichkeiten	Minderausgaben bei den Titeln der HG 5 und 8 dürfen einer Rücklage zugeführt werden. Die Rücklage darf in den Folgejahren für Mehrausgaben bei den Titeln der HG 5 und 8 eingesetzt werden.				

**Zusätzliche Erläuterungen
für den Aufgabenbereich
Ausländer- und Migrationsangelegenheiten (Kapitel 0913)
hier: Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein (TG 65)**

<p>Globale Zielbeschreibung und Unterziele</p>	<p>Ziele des Landesamtes sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Beschleunigung des asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verfahrens sowie • die Beschleunigung der Aufenthaltsbeendigung ausreisepflichtiger Personen. <p>Zu erstem Ziel gehören die Erstaufnahme- und Verteilverfahren folgender Personengruppen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Asylbegehrende im Sinne von § 1 Abs. 1 Asylverfahrensgesetz (AsylVfG), • unerlaubt eingereiste Ausländerinnen und Ausländer gemäß § 15a Aufenthaltsgesetz (AufenthG), • Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und deren Ehegattinnen und Ehegatten und Abkömmlinge, • Ausländerinnen und Ausländer, die nach § 22 AufenthG aufgenommen werden, • Ausländerinnen und Ausländer, die auf Grund einer Anordnung nach § 23 AufenthG einreisen und eine Aufenthaltserlaubnis oder eine Niederlassungserlaubnis erhalten, • Ausländerinnen und Ausländer, denen nach § 24 AufenthG eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird. <p>Zu zweitem Ziel gehört, dass das Landesamt für Ausländerangelegenheiten (LfA) als landesweite Koordinierungsstelle für die Beschaffung von Heimreisedokumenten und die organisatorische Vorbereitung der Abschiebung vollziehbar ausreisepflichtiger Personen die Ausländerbehörden der Kreise und kreisfreien Städte bei der Erfüllung dieser Aufgaben unterstützt. Die Konzentrierung der Rückkehrförderung beim LfA dient der Bündelung von fachspezifischem Know-how und damit der Beschleunigung der Ausreise von nicht-bleibeberechtigten Personen einschließlich der damit verbundenen Reduzierung der Landesausgaben.</p> <p>In der Titelgruppe 65 sind die Personalausgaben und die Verwaltungsausgaben für das LfA zentral veranschlagt.</p>				
<p>Externe Zielgruppen</p>	<p>Ausländer, Spätaussiedler, Ausländer-, Jugend- und Sozialbehörden der Kreise und kreisfreien Städte Schleswig-Holsteins, Bundespolizei und Landespolizei, Abschiebehafteinrichtung</p>				
<p>Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt</p>	<p>Einzelplan 09 Kapitel 0913 Titelgruppe 65</p>				
<p>Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln</p>	<p>Das Land Schleswig-Holstein hat gem. § 44 AsylVfG und § 15a AufenthG Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylsuchende und unerlaubt eingereiste Ausländer vorzuhalten. Gem. § 1 i.V.m. § 3 Landesaufnahmegesetz (LAufnG) verantwortet für das Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration das LfA die Aufnahme, Unterbringung und Verteilung der genannten Personen, derzeit zusätzlich u.a. die von Spätaussiedler/innen und jüdischen Zuwander/innen. Die Landesbehörde ist gem. § 3 Abs. 2 u. 3 Ausländer- und Aufnahmeverordnung (AuslAufnVO) zudem Ausländerbehörde für die in der Landesunterkunft Wohnverpflichteten. Die Verpflichtung für Asylsuchende, in Gemeinschaftsunterkünften zu wohnen, erwächst aus § 53 AsylVfG.</p> <p>Die Ausreisepflicht von nicht bleibeberechtigten Ausländern statuieren die §§ 50 ff AufenthG. Gem. § 4 AuslAufnVO ist das Landesamt Koordinierungsstelle für Abschiebungen.</p>				
<p>Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen</p>	<p>Kamerales Globalbudget in Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe</p>	<p>Ist 2009 T€</p>	<p>SOLL 2010 T€</p>	<p>SOLL 2011 T€</p>	<p>SOLL 2012 T€</p>
<p>Gesamteinnahmen</p>		<p>40,7</p>	<p>2,0</p>	<p>2,0</p>	<p>2,0</p>
<p>Gesamtausgaben</p>		<p>1.288,2</p>	<p>1.499,4</p>	<p>1.572,0</p>	<p>1.531,5</p>
<p>davon</p>					
<p>Personalausgaben</p>		<p>1.211,3</p>	<p>1.377,4</p>	<p>1.432,0</p>	<p>1.432,0</p>
<p>Sachausgaben inkl. Investitionen</p>		<p>76,9</p>	<p>122,0</p>	<p>140,0</p>	<p>99,5</p>
<p>Saldo</p>		<p>-1.247,5</p>	<p>-1.497,4</p>	<p>-1.570,0</p>	<p>-1.529,5</p>
<p>Flexibilisierungsmöglichkeiten</p>	<p>Minderausgaben bei den Titeln der HG 5 und 8 dürfen einer Rücklage zugeführt werden.</p> <p>Die Rücklage darf in den Folgejahren für Mehrausgaben bei den Titeln der HG 5 und 8 eingesetzt werden.</p>				

Zusätzliche Erläuterungen
für den Aufgabenbereich
Reaktorsicherheit und Strahlenschutz (Kapitel 0914)

Globale Zielbeschreibung	Durchführung von nach dem Atomgesetz vorgeschriebenen Aufsichts- und Genehmigungsverfahren für die drei in Schleswig-Holstein gelegenen Kernkraftwerke Brokdorf, Brunsbüttel und Krümmel sowie die kerntechnischen Einrichtungen der GKSS in Geesthacht. Die Abteilung ist auch für die Überwachung der Umweltradioaktivität nach dem Strahlenschutzvorsorgegesetz des Bundes zuständig. Außerdem nimmt sie den Strahlenschutz außerhalb kerntechnischer Anlagen als Genehmigungsbehörde und vor Ort tätige Aufsichtsbehörde - insbesondere auch für den medizinischen Strahlenschutz (Röntgenverordnung) - wahr.		
	Aufgaben	Ziele	Zielgruppe
Aufsichtsverfahren	Aufsichtsverfahren für die Kernkraftwerke Brokdorf, Brunsbüttel und Krümmel sowie die kerntechnischen Einrichtungen der GKSS	Es ist Ziel, intensiv sicherheitstechnischen Defiziten nachzugehen, die mit dem Betrieb der kerntechnischen Anlagen zusammenhängen, und daraus ggf. entsprechende Konsequenzen zu ziehen.	Bevölkerung und Betreibergesellschaften der kerntechnischen Anlagen
Genehmigungsverfahren	Genehmigungsverfahren für die Kernkraftwerke Brokdorf, Brunsbüttel und Krümmel sowie die kerntechnischen Einrichtungen der GKSS	Ziel ist es, die atomrechtlichen Genehmigungsverfahren jeweils so anzuwenden, dass der bestmögliche Schutz vor den Auswirkungen des Anlagenbetriebes gewährleistet ist.	Bevölkerung und Betreibergesellschaften der kerntechnischen Anlagen
Diverse Fachaufgaben	Fachbezogene projektübergreifende Aufgaben	Klärung aller projektübergreifenden wissenschaftlichen, fachtechnischen und juristischen Fragen im Bereich der Reaktorsicherheit, des Strahlenschutzes und der Strahlenschutzvorsorge, Schutz der Bevölkerung vor Gesundheitsrisiken bei Ereignissen mit radiologischen Auswirkungen sowie bei der Anwendung ionisierender Strahlung in Technik und Medizin.	MJGI (intern), andere Behörden/Dienststellen der Landesverwaltung, Patienten, Arbeitnehmer, Bevölkerung, Betreibergesellschaften der kerntechnischen Anlagen, BMU, Landtag, sonstige Gremien
Position im Landeshaushalt	Einzelplan 09 Kapitel 0914		
Formelle Grundlagen	Atomgesetz (AtG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Juli 1985 (BGBl. I S. 1565), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 17. März 2009 (BGBl. I S. 556); Kostenverordnung zum Atomgesetz (AtKostV) vom 17. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1457), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 29. August 2008 (BGBl. I S. 1793); Strahlenschutzverordnung (StrlSchV) vom 20. Juli 2001 (BGBl. I S. 1714), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 29. August 2008 (BGBl. I S. 1793); Strahlenschutzvorsorgegesetz (StrVG) vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2610), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 8. April 2008 (BGBl. I S. 686); Röntgenverordnung vom 8. Januar 1987 (BGBl. I S. 114) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. April 2003 (BGBl. I S. 604); Landeskatastrophenschutzgesetz (LKatSG) vom 10. Dezember 2000 (GVOBl. Schl.-H. S. 664), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 7. Januar 2008 (GVOBl. S. 12); Verwaltungskostengesetz (VwKostG) vom 23. Juni 1970 (BGBl. I S. 821), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. August 2008 (BGBl. I S. 1793) und diverse andere Vorschriften.		

Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Kamerales Globalbudget in Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2009 T€	SOLL 2010 T€	SOLL 2011 T€	SOLL 2012 T€
	Gesamteinnahmen	36.327,7	24.140,5	23.941,5	23.941,5
	Gesamtausgaben	37.175,2	25.505,8	25.417,6	25.417,6
	davon				
	Personalausgaben	2.306,9	2.373,2	2.505,0	2.505,0
	Sachausgaben inkl. Investitionen	34.853,2	23.107,6	22.887,6	22.887,6
	Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	15,1	25,0	25,0	25,0
	Saldo	-847,5	-1.365,3	-1.476,1	-1.476,1
Flexibilisierungsmöglichkeiten	<p>Minderausgaben bei den Titeln der HG 5 und 8 dürfen einer Rücklage zugeführt werden.</p> <p>Die Rücklage darf in den Folgejahren für Mehrausgaben bei den Titeln der HG 5 und 8 eingesetzt werden.</p>				

Landesbetrieb Vollzugliches Arbeitswesen – Wirtschaftsplan 2011/2012

Vorbemerkungen:

Im Rahmen der Bemühungen zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung und zur Erhaltung und Weiterentwicklung des Gesamtwertes des Vollzuglichen Arbeitswesens wurden die Arbeitsverwaltungen der Justizvollzugsanstalten Kiel, Lübeck und Neumünster als Landesbetrieb nach § 26 LHO organisiert.

Nicht im Landesbetrieb VAW organisiert sind die Justizvollzugsanstalten Flensburg und Itzehoe sowie die Jugendanstalt Schleswig, da hier im Wesentlichen interne Versorgungsleistungen erbracht werden bzw. Ausbildung durchgeführt wird.

Der Landesbetrieb VAW nimmt die sich aus dem Strafvollzugsgesetz, dem Jugendstrafvollzugsgesetz und der Untersuchungshaftvollzugsordnung ergebenden Aufgaben der Beschäftigung aller Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten Kiel, Lübeck und Neumünster wahr.

Beschäftigt werden die Gefangenen in Eigenbetrieben (z.B. Tischlerei, Schlosserei) und in Unternehmerbetrieben (Lohnarbeiten). Darüber hinaus in Hauswirtschaftsbetrieben (z.B. Küche, Kammer, Flurreiniger), die Versorgungsleistungen für die Justizvollzugsanstalten erbringen. Im Übrigen haben die Gefangenen die Möglichkeit eine Berufsausbildung zu absolvieren, an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung oder am Schulunterricht teilzunehmen.

Alle damit verbundenen Lohnzahlungen sowie das Taschengeld für unverschuldet unbeschäftigte Gefangene werden aus organisatorischen Gründen vom Landesbetrieb VAW getragen (vgl. Positionen B 1.2. des Erfolgsplans).

Da lediglich die Eigen- und Unternehmerbetriebe dem Landesbetrieb VAW zugeordnet sind, werden die betriebsfremden Lohnaufwendungen (für Beschäftigte in den Hauswirtschaftsbetrieben, Schüler und Teilnehmer an beruflichen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen) bzw. Taschengeldaufwendungen dem Landesbetrieb VAW aus dem Justizhaushalt erstattet. Ebenfalls erstattet werden die Aufwendungen für die Durchführung von Gemeinnütziger Arbeit im Vollzug (vgl. Position A.2. des Erfolgsplans sowie Erläuterungen zu Titel 0903 671 01).

Vom Landesbetrieb VAW werden darüber hinaus alle weiteren Aufwendungen der ihm zugeordneten Eigen- und Unternehmerbetriebe getragen (vgl. Positionen B 1.1., B.2. – 4. des Erfolgsplans).

Die Aufwendungen werden gedeckt durch die Erträge aus der Produktion in den Eigen- und Unternehmerbetrieben (vgl. Position A.1. des Erfolgsplans), den Erstattungen für alle betriebsfremden Leistungen (vgl. Position A.2. des Erfolgsplans) sowie durch einen Zuschuss des Landes (vgl. Titel 0903 682 01) zur Deckung des darüber hinaus gehenden Finanzmittelbedarfs.

Landesbetrieb Vollzugliches Arbeitswesen – Erfolgsplan 2011/2012

Erfolgsplan	IST 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Erläuterungen
A. Erträge					
1. Umsatzerlöse	1.406.127 €	1.415.000 €	1.400.000 €	1.400.000 €	Veranschlagt sind die Erträge aus den Werkbetrieben der am Landesbetrieb VAW beteiligten Justizvollzugsanstalten Kiel, Lübeck und Neumünster. Interne Produktionsleistungen des Landesbetriebes VAW für die Justizvollzugsanstalten des Landes (u.a. Bäckereierzeugnisse, Bauunterhaltung, Druckereierzeugnisse) (vgl. Erläuterungen zu Titel 0903 671 01)
intern	1.606.440 €	1.689.650 €	1.501.600 €	1.502.600 €	
2. Sonstige betriebliche Erträge	2.499.407 €	2.760.373 €	2.398.396 €	2.352.334 €	Entgelt / Arbeitslosenversicherungsbeiträge für Gefangene, die Versorgungsleistungen für die Justizvollzugsanstalt erbringen (Küchenarbeiter, Kammerarbeiter, Reinigungskräfte etc.) und für Gefangene in Arbeitsfindungsmaßnahmen (vgl. Erläuterungen zu Titel 0903 671 01) Berufsausbildungsbeihilfe / Arbeitslosenversicherungsbeiträge für die berufliche und schulische Ausbildung der Gefangenen (vgl. Erläuterungen zu Titel 0903 671 01) Sachaufwendungen für Ausbildungszwecke (Material) (vgl. Erläuterungen zu Titel 0903 671 01) Taschengeldleistungen für Gefangene, die unverschuldet ohne Arbeit sind / Taschengeldleistungen für Abschiebungshaftgefangene (vgl. Erläuterungen zu Titel 0903 671 01) Durchführung der Gemeinnützigen Arbeit innerhalb der JVA gem. Landesverordnung vom 10.04.2003 (vgl. Erläuterungen zu Titel 0903 671 01) Prämien, Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen, Aktivierte Eigenleistungen, Bestandserhöhungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen In 2011/2012 werden keine außerordentlichen Erträge erwartet.
2.1 Erstattung der betriebsfremden Lohnaufwendungen für Gefangene in den Wirtschaftsbetrieben / Arbeitsfindung	1.158.873 €	1.152.000 €	1.089.000 €	1.062.000 €	
2.2 Erstattung der betriebsfremden Lohnaufwendungen für Gefangene in Maßnahmen der beruflichen Aus- und Weiterbildung	1.058.146 €	1.385.250 €	1.143.000 €	1.125.000 €	
2.3 Erstattung der betriebsfremden Sachaufwendungen für Ausbildung / Arbeitsfindung	99.968 €	118.500 €	101.400 €	98.400 €	
2.4 Erstattung der betriebsfremden Aufwendungen für Taschengeld	56.782 €	62.600 €	65.000 €	67.000 €	
2.5 Erstattung der betriebsfremden Aufwendungen für Gemeinnützige Arbeit	153 €	42.000 €	0 €	0 €	
2.6 Weitere sonstige betriebliche Erträge	125.485 €				
3. Außerordentliche Erträge	7.991 €	0 €	0 €	0 €	
Summe:	5.519.965 €	5.865.000 €	5.300.000 €	5.255.000 €	
B. Aufwand					
1. Personalaufwand					Da das dem Landesbetrieb VAW zugeordnete Personal zu großen Teilen vollzugliche Aufgaben wahrnimmt, verfügt der Landesbetrieb über keinen eigenen Personalhaushalt. Er erstattet dem Justizhaushalt den anteiligen betrieblich bedingten Personalaufwand (geschätzt 50%) für die planmäßig eingesetzten Bediensteten (vgl. Erläuterungen zu Titel 0903 261 01). Zusätzliche Kosten entstehen durch maßnahmenbezogen angestelltes Personal. Arbeitsentgelt nach § 43 StVollzG und § 57 JStVollzG für alle in den Justizvollzugsanstalten Kiel, Lübeck und Neumünster beschäftigten Gefangenen. Ausbildungsbeihilfe nach § 44 StVollzG und § 57 JStVollzG für alle Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten Kiel, Lübeck und Neumünster, die an der Berufsausbildung, an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung oder an einem Unterricht teilnehmen. Arbeitgeberanteile zur Arbeitslosenversicherung nach §§ 26, 341, 345, 347 SGB III für alle in den Justizvollzugsanstalten Kiel, Lübeck und Neumünster beschäftigten Gefangenen. Aufwendungen für Taschengeld nach § 46 StVollzG und § 59 JStVollzG für alle unfreiwillig arbeitslosen Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten Kiel, Lübeck und Neumünster / Taschengeld für Abschiebungshaftgefangene
1.1 Löhne und Gehälter der Bediensteten	1.710.464 €	1.843.700 €	1.710.000 €	1.710.000 €	
1.2 Löhne der Gefangenen					
1.2.1 Arbeitsentgelt der Gefangenen	1.504.956 €	1.561.100 €	1.482.900 €	1.455.300 €	
1.2.2 Berufsausbildungsbeihilfe für Gefangene	767.271 €	797.375 €	697.100 €	685.700 €	
1.2.3 Beiträge zur Arbeitslosenversicherung für Gefangene	537.431 €	749.000 €	678.000 €	666.000 €	
1.2.4 sonstiger Personalaufwand für Gefangene	60.682 €	62.600 €	65.000 €	67.000 €	
2. Materialaufwand					Veranschlagt sind die Aufwendungen der Werkbetriebe des Landesbetriebes VAW für die zur Produktion benötigten Roh- und Hilfsstoffe. Der Landesbetrieb VAW erstattet dem Justizhaushalt die anfallenden Betriebskosten (z.B. Strom, Wasser, Heizung). Die Höhe ist geschätzt (vgl. Erläuterungen zu Titel 0903 261 01)
2.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.268.353 €	1.250.000 €	1.160.000 €	1.150.000 €	
2.2 Betriebskosten	296.652 €	300.000 €	280.000 €	280.000 €	
3. Abschreibungen	273.573 €	271.000 €	221.000 €	221.000 €	Abschreibungen gem. AfA auf das Anlagevermögen, das für die Gefangenbeschäftigung im Landesbetrieb VAW vorgehalten wird.
4. Sonstiger betrieblicher Aufwand					Die Gebäude werden dem Landesbetrieb VAW aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Aufwendungen für laufende Instandhaltungen der für die Gefangenenarbeit vorgehaltenen Betriebsanlagen. Aufwendungen für Verbrauchswerkzeugteile sowie geringwertige Betriebs- und Geschäftsausstattung mit Beschaffungskosten bis 150 Euro. Aufwendungen für Gebühren, Beiträge, Abfallentsorgung, Büromaterial, Werbung, Porti, Arbeitssicherheit sowie für produktionsbezogene Fremdleistungen. In 2011/2012 werden keine außerordentlichen Aufwendungen erwartet.
4.1 Grundstücke und Gebäude					
4.2 Betriebseinrichtungen	127.712 €	95.000 €	105.000 €	105.000 €	
4.3 Werkzeuge und Geräte bis 150,- €	24.830 €	44.000 €	30.000 €	30.000 €	
4.4 übrige Aufwendungen	240.860 €	143.000 €	130.000 €	130.000 €	
4.5 außerordentliche Aufwendungen	67.116 €	0 €	0 €	0 €	
Summe:	6.879.900 €	7.116.775 €	6.559.000 €	6.500.000 €	
C. Gewinn/Verlust	-1.359.935 €	-1.251.775 €	-1.259.000 €	-1.245.000 €	

Landesbetrieb Vollzugliches Arbeitswesen – Finanzplan 2011/2012

Finanzplan	IST 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
I. Mittelbedarf				
1. Fehlbetrag des Erfolgsplanes	1.359.935 €	1.251.775 €	1.259.000 €	1.245.000 €
2. Vermehrung des Anlagevermögens				
2.1 Grundstücke und Bauten				
2.2 Technische Anlagen und Maschinen	80.092 €	229.091 €	87.560 €	100.500 €
2.3 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	53.883 €	85.909 €	23.100 €	17.000 €
2.4 Fahrzeuge	50.556 €	26.000 €	0 €	0 €
2.5 Rinder	0 €	11.000 €	0 €	0 €
2.6 Wirtschaftsgüter 151,- bis 999,- €	30.244 €	65.000 €	50.670 €	54.650 €
3. Vermehrung des Umlaufvermögens				
3.1 Vorräte				
3.2 Forderungen	13.921 €			
3.3 Flüssige Mittel				
4. Verminderung des Eigen- u. Fremdkapitals				
4.1 Eigenkapital				
4.2 Rücklagen (Einstellung)				
4.3 Verbindlichkeiten				
5. Ablieferung an das Land				
Summe Mittelbedarf:	1.588.631 €	1.668.775 €	1.420.330 €	1.417.150 €
II. Deckungsmittel				
1. Überschuss des Erfolgsplanes				
2. Verminderung des Anlagevermögens				
2.1 Abgänge				
2.2 Abschreibungen	273.573 €	271.000 €	221.000 €	221.000 €
3. Verminderung des Umlaufvermögens				
3.1 Vorräte	128.790 €			
3.2 Forderungen				
3.3 Flüssige Mittel	139.798 €		299.330 €	396.150 €
4. Vermehrung des Eigenkapitals				
4.1 Eigenkapital				
4.2 Rücklagen				
4.3 Verbindlichkeiten	68.473 €			
5. Zuführung des Landes (vgl. Titel 0903 682 01)	977.997 €	1.397.775 €	900.000 €	800.000 €
Summe Deckungsmittel:	1.588.631 €	1.668.775 €	1.420.330 €	1.417.150 €

Stellenplan Stellenübersichten

	Seite
Kap. 09 01 Ministerium	138
Kap. 09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit	141
Kap. 09 03 Justizvollzugsanstalten	149
Kap. 09 04 Landesverfassungsgericht und Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit	154
Kap. 09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit	157
Kap. 09 06 Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	160
Kap. 09 08 Staatsanwaltschaften	161
Kap. 09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit	164
Kap. 09 13 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten	166
Abschluss Stellenpläne und -übersichten	168
Hebungen 2011	170
Umwandlungen 2011	171
Umwandlungen 2012	172

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl			Vom Soll 2010 waren am 01.02.2010 besetzt mit	
		2010	2011	2012	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01						
Bedarf an Beamtinnen und Beamten						
FESTE GEHÄLTER						
<i>Bes. Gruppe</i>						
B10	Staatssekretäre/-innen	1	1	1		
B7	Ministerialdirigenten/-innen	1	2	2		
B5	Ministerialdirigenten/-innen	3	4	4		
B2	Ministerialräte/-innen	4	4	4		
AUFSTIEGENDE GEHÄLTER						
<i>Bes. Gruppe</i>						
A16	Ministerialräte/-innen	16	16	16		1
A15	Regierungsdirektoren/-innen	17	18	18		
A14	Oberregierungsräte/-innen	4	4	4		1
A13 LG 2.2	Regierungsräte/-innen	6	6	6		2
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	21	21	21		
A12	Amtsräte/-innen	22	22	22		1
A11	Regierungsamtänner/-frauen	15	15	15		3
A10	Regierungsoberinspektoren/- innen	8	8	8		4
A9 LG 2.1	Regierungsinspektoren/-innen	0	1	1		
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	9	9 ¹⁾	9 ¹⁾		
A8	Regierungshauptsekretäre/-innen	4	4	4		2
A7	Regierungsobersekretäre/-innen	2	2	2		1
A6 LG 1.2	Regierungssekretäre/-innen	1	1	1		1
A6 LG 1.1	Erste Justizhauptwachtmeister/- innen	1	1	1		1
A5 LG 1.1	Erste Justizhauptwachtmeister/- innen	0	0	0		
Summe :		135	139	139	0	17

1) 3 Stellen (2009) bzw. 4 Stellen (2010) sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. A 9 BBesO ausgestattet (1 Amtszulage von 1001-422 01; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung).

Planstellen künftig wegfallend:

2 Stellen A15 mit Wegfall der Kostenerstattung (2010 übertragen von 1001-422 01; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung - ursprünglich aus Haushalt 2009/2010) (aus HH 2009/2010)

Planstellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle B10 in B9 Änderung Landesbesoldungsordnung / Haushaltsstrukturgesetz 2011/2012 (aus HH 2011/2012)

2 Stellen B7 in B5 Änderung Landesbesoldungsordnung / Haushaltsbegleitgesetz 2011/2012 (aus HH 2011/2012)

Vermerke:

Planstellen der BesGr. A 13 (höherer Dienst) und A 14 dürfen mit Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten der BesGr. R 1, Planstellen der BesGr. A 15 dürfen mit Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten der BesGr. R 2 besetzt werden, und zwar bis zu insgesamt 8 Planstellen. (aus HH 1992)

1 Stelle A16 darf nur mit 50 % der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden (Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung) (aus HH 2009/2010)

09 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

1 Stelle	A15	darf bis 31.12.2011 nur mit 50 % der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden (Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung)	(aus HH 2009/2010)
1 Stelle	A13 LG 2.1	im Kap. 0701 darf mit 50 % der regelmäßigen Arbeitszeit im Kap. 0901 besetzt werden (Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung)	(aus HH 2009/2010)
1 Stelle	A12	im Kap. 0701 darf mit 80 % der regelmäßigen Arbeitszeit im Kap. 0901 besetzt werden (Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung)	(aus HH 2009/2010)
1 Stelle	A7	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aufgrund Änderung der Geschäftsverteilung im Jahr 2000)	(aus HH 2001)

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2011													
1	B7			1								+1	gemäß § 50 Abs. 1 LHO von 0401 - 422 01
2	B5	1										+1	Besetzung einer neuen Abteilung
3	A15							1				+1	von A 13 LG 2.2 (Personalstrukturmaßnahme)
4	A13 LG 2.2			1								0	von 0903-422 01 (Personalstrukturmaßnahme)
5									1				nach A 15 (Personalstrukturmaßnahme)
6	A9 LG 2.1					1						+1	Umwandlung von E 9 nach § 14 Abs. 3 HG 2009/2010
Summe:		1		2		1		1	1			+4	

neue Vermerke:

Planstellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle	B10	in B9	Änderung Landesbesoldungsordnung / Haushaltsstrukturgesetz 2011/2012	(aus HH 2011/2012)
2 Stellen	B7	in B5	Änderung Landesbesoldungsordnung / Haushaltsbegleitgesetz 2011/2012	(aus HH 2011/2012)

Stellenanzahl

2010 2011 2012

428 01

Entgeltgruppe

AT B2	1	1	1
E15 Ü	2	2	2
E15	3	3	3
E14	1	1	1
E13	2	2	2
E12	8	8	8
E11	5	5	5
E10	1	1	1
E9	4	3	3
E8	12	10	10
E6	11	13	13
E5	14	10	10
Summe :	64	59	59

Vermerke:

09 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

1 Stelle	E11	darf mit 50 % der regelmäßigen Arbeitskraft besetzt werden - von 0301- 425 01	(aus HH 2006)
1 Stelle	E6	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2003)
1 Stelle	E6	darf nur mit 35% der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden	(aus HH 2006)
1 Stelle	E6	darf nur mit 50 % der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden (Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung)	(aus HH 2009/2010)
1 Stelle	E5	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2007/2008)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2011													
1	E9		1									-1	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) -Realisierung kw-Vermerk-
2							1						Umwandlung nach A 9 LG 2.1 nach § 14 Abs. 3 HG 2009/2010
3								1					von E 8
4	E8		1									-2	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) -Realisierung kw-Vermerk-
5									1				nach E 9 (Personalstrukturmaßnahme)
6	E6			1								+2	von 0913 - 428 01 / E 6
7								1					von E 5
8	E5		2									-4	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) -Realisierung kw-Vermerke-
9						1							nach 0913 - 428 65 (LfA, Anpassung an die tatsächliche Stellenbesetzung)
10									1				nach E 6 (Personalstrukturmaßnahme)
Summe:			4	1	1		1	2	2			-5	

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl			Vom Soll 2010 waren am 01.02.2010 besetzt mit	
		2010	2011	2012	beamteten Hilfskräften	Arbeitnehmern
422 01	Bedarf an Beamtinnen und Beamten					
	FESTE GEHÄLTER					
	<i>Bes. Gruppe</i>					
R8	Präsident/-in des Oberlandesgerichts	1	1	1		
R5	Präsident/-in des Landgerichts	2	3	3		
R4	Präsident/-in des Landgerichts	2	1	1		
R4	Vizepräsident/-in des Oberlandesgerichts	1	1	1		
R3	Präsident/-in des Amtsgerichts	2	2	2		
R3	Vizepräsident/-in des Landgerichts	2	3	3		
R3	Vorsitzender Richter/-in am Oberlandesgericht	16	16	16		
	AUFSTEIGENDE GEHÄLTER					
	<i>Bes. Gruppe</i>					
R2	Vizepräsident/-in des Amtsgerichts	2	2 ²⁾	2 ²⁾		
R2	Vizepräsident/-in des Landgerichts	2	1 ³⁾	1 ³⁾		
R2	Vorsitzende Richter/-innen am Landgericht	61	61	61		
R2	Direktoren/-innen des Amtsgerichts	22	22 ¹⁾	22 ¹⁾		
R2	Richter/-innen am Amtsgericht	24	24	24		
R2	Richter/-in am Oberlandesgericht (Kammergericht)	42	42	42		
R1	Direktoren/-innen des Amtsgerichts	1	1 ⁴⁾	1 ⁴⁾		
R1	Richter/-innen am Amtsgericht, Richter/-innen am Landgericht	350	350	350		
A15	Regierungsdirektoren/-innen	1	1	1		
A14	Oberregierungsräte/-innen	6	6	6		
A13 LG 2.2	Regierungsräte/-innen	0	0	0		
A13 LG 2.1	Justizoberamtsräte/-innen	24	24 ⁷⁾	24 ⁷⁾		
A13 LG 2.1	Justizoberamtsräte/-innen (Sozialdienst)	1	1	1		
A12	Justizamtsräte/-innen	97	102	102		
A12	Justizamtsräte/-innen (Sozialdienst)	13	13	13		
A11	Sozialamtmänner/-frauen	21	21	21		
A11	Justizamtfrauen/-männer	154	154	154		
A10	Justizoberinspektoren/-innen	126	121	121		
A10	Sozialoberinspektoren/-innen	33	33	33		23
A9 LG 2.1	Justizinspektoren/-innen	42	44	44		
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	159	159 ⁵⁾	159 ⁵⁾		4
A9 LG 1.2	Obergerichtsvollzieher/-innen	107	107 ⁶⁾	107 ⁶⁾		
A8	Gerichtsvollzieher/-innen	48	48	48		
A8	Justizhauptsekretäre/-innen	128	128	128		14
A7	Justizobersekretäre/-innen	127	127	127		21
A6 LG 1.2	Justizsekretäre/-innen	60	60	58		17

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A6 LG 1.1 Erste Justizhauptwachtmeister/-innen	136	134 ⁸⁾	134 ⁸⁾		6
Summe :	1.813	1.813	1.811	0	85

- 1) 16 (Vorjahr: 15) Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. R 2 BBesO ausgestattet.
- 2) 2 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 4 zu BesGr. R 2 BBesO ausgestattet.
- 3) 1 (Vorjahr: 2) Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 5 zu BesGr. R 2 BBesO ausgestattet.
- 4) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. R 1 BBesO ausgestattet.
- 5) 43 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. A 9 BBesO ausgestattet.
- 6) 32 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. A 9 BBesO ausgestattet.
- 7) 2 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 13 zu BesGr.A 13 BBesO ausgestattet.
- 8) 27 Stellen sind mit einer Stellenzulage gem. der Vorbemerkung Nr. 28, Anlage I BBesO ausgestattet.

Planstellen künftig wegfallend:

3 Stellen A6 LG am 31.12.2012 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) (aus HH 2011/2012)
1.2

Planstellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle	A9 LG 1.2	in A8	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 30.09.2014	(aus HH 1994)
1 Stelle	A9 LG 1.2	in A8	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 31.05.2017	(aus HH 1994)
1 Stelle	A9 LG 1.2	in A8	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 31.12.2016	(aus HH 1995)
1 Stelle	A9 LG 1.2	in A8	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 30.11.2023	(aus HH 1995)
1 Stelle	A9 LG 1.2	in A8	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 31.08.2018	(aus HH 1995)
1 Stelle	A9 LG 1.2	in A8	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 28.02.2023	(aus HH 1995)
1 Stelle	A9 LG 1.2	in A8	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 30.04.2020	(aus HH 1995)
1 Stelle	A9 LG 1.2	in A8	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 31.10.2019	(aus HH 1995)
1 Stelle	A9 LG 1.2	in A8	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 30.06.2020	(aus HH 1995)
1 Stelle	A9 LG 1.2	in A8	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 31.01.2016	(aus HH 1995)
1 Stelle	A9 LG 1.2	in A8	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 31.07.2021	(aus HH 1995)
1 Stelle	A9 LG 1.2	in A8	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 31.07.2021	(aus HH 1995)
1 Stelle	A9 LG 1.2	in A8	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 31.03.2016	(aus HH 1995)
1 Stelle	A8	in A7	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 30.11.2015	(aus HH 1995)
1 Stelle	A8	in A7	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 30.11.2028	(aus HH 1995)
1 Stelle	A8	in A7	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 31.08.2028	(aus HH 1995)
1 Stelle	A8	in A7	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 31.10.2028	(aus HH 1995)

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

1 Stelle	A8	in A7	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 31.08.2027	(aus HH 1995)
1 Stelle	A7	in A6 LG 1.1	mit Ausscheiden des Stelleninhabers - spätestens am 30.09.2023	(aus HH 2003)

Vermerke:

Planstellen der BesGr. A 10 für Sozialoberinspektorinnen, Sozialoberinspektoren dürfen mit graduierten Angestellten bis zu Entg.Gr. E 11 besetzt werden. (aus HH 1979)

Bis zu 6 Planstellen der BesGr. R 2 für Vorsitzende Richterinnen, Vorsitzende Richter am Landgericht und Richterinnen, Richter am Oberlandesgericht können auch mit Richterinnen, Richtern am Amtsgericht besetzt werden, soweit die Aufgabenverlagerung des Gesetzes zur Entlastung der Rechtspflege vom 11. Januar 1993 (BGBl. I S. 50) dies im Rahmen der ab 1. Januar 1994 geltenden Fassung der Fußnote 1 zu BesGr. R 2 rechtfertigt (aus HH 1994)

5 Richterinnen und Richter am Oberlandesgericht werden als Professorinnen und Professoren auf Planstellen der BesGr. C 4 bei Tit. 0721-422 01 geführt. (aus HH 1998)

1 Stelle A9 LG 2.1 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)

1 Stelle A7 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2011													
1	R5							1				+1	von R 4 -Präsident/-in des Landgerichts-
2	R4								1			-1	nach R 5 -Präsident/-in des Landgerichts- (LG Itzehoe, gesetzl. Grundlage, s. BBesG, Anl. III BBesO R)
3	R3							1				+1	von R 2 mit Zulage -Vizepräsident/-in des Landgerichts-
4	R2								1			-1	nach R 3 -Vizepräsident/-in des Landgerichts- (LG Itzehoe, gesetzl. Grundlage, s. BBesG, Anl. III BBesO R)
5	A12							5				+5	von A 10 -Justizoberinspektoren/-innen- (Strukturverbesserungen Justiz)
6	A10									5		-5	nach A 12 -Justizamtsräte/-innen- (Strukturverbesserungen Justiz)
7	A9 LG 2.1					2						+2	von Tit. 422 02
8	A6 LG 1.1		2									-2	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) -Realisierung kw-Vermerke 31.12.2010-
Summe:			2			2		7	7			0	
Veränderungen in 2012													
9	A6 LG 1.2		2									-2	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) -Realisierung kw-Vermerk 31.12.2011-
Summe:			2									-2	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

3 Stellen A6 LG 1.2 am 31.12.2012 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) (aus HH 2011/2012)

geänderte Vermerke

Planstellen künftig umzuwandeln:

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

1 Stelle A7 in A6 LG mit Ausscheiden des Stelleninhabers - spätestens am (aus HH 2003)
1.1 30.09.2023

Stellenanzahl

**Vom Soll 2010 waren
am 01.02.2010 besetzt mit**

2010 2011 2012 Arbeitnehmerinnen,
Arbeitnehmern

422 02

Bedarf an beamteten Hilfskräften

Bes.Gruppe

R1	Richter/-innen auf Probe	0	0	0
A9 LG 2.1	Justizinspektoren/-innen z.A.	2	0	0
Summe :		2	0	0

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Ein-sparun-gen	Über-tragungen		Umwand-lungen		Hebungen		Herabgrup-pierungen		Sum-me	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2011													
1	A9 LG 2.1						2					-2	nach Tit. 422 01 (redaktionell, Änderung in 2009 gem. § 11 Abs. 4 HG 2009 erfolgt)
Summe:							2					-2	

Stellenanzahl

2010 2011 2012

422 03

Bedarf an Beamten/-innen im Vorbereitungsdienst

Bes.Gruppe

Anw. LG 2.2	Referendare/-innen	4	4 ¹⁾	4 ¹⁾
Anw. LG 2.1	Rechtspflegeanwärter/-innen	55	63	66
Anw. LG 1.2	Justizsekretäranwärter/-innen	42	34	31
Anw. LG 1.1	Justizoberwachtmeisteranwärterin/-innen	6	6	6
Summe :		107	107	107

1) Vgl. Tit. 428 04.

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2011													
1	Anw. LG 2.1					8						+8	von Anw. LG 1.2
2	Anw. LG 1.2						8					-8	nach Anw. LG 2.1 (Rechtspflegeranwärter/-innen)
Summe:						8	8					0	
Veränderungen in 2012													
3	Anw. LG 2.1					3						+3	von Anw. LG 1.2
4	Anw. LG 1.2						3					-3	nach Anw. LG 2.1 (Rechtspflegeranwärter/-innen)
Summe:						3	3					0	

427 05

Entgeltgruppe

Praktikant

Summe :

Stellenanzahl
2010 2011 2012

	0	2	2
	0	2	2

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2011													
1	Praktikant				1							+2	nach 0908-427 05 -Praktikanten/-innen Gerichtshilfe- von 0902-428 04 (Folge der Neufass. § 49 Abs. 5 LHO)
2						3							
Summe:					1	3						+2	

428 01

Entgeltgruppe

E11

E10

E9

E8

E6

E5

E4

E3

E2

Cheffahrer

Stellenanzahl
2010 2011 2012

	6	6	6
	5	5	5
	25	25	25
	415	415	415
	213	213	213
	18	18	11
	44	44	44
	11	10	10
	4	4	4
	1	1	1

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

PKW-Fahrer	4	4	4
Auszubild.	0	0	0
Summe :	746	745	738

Stellen künftig wegfallend:

10 Stellen	E6	am 31.12.2012	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)	(aus HH 2011/2012)
3 Stellen	E5		(Vermittlungspersonal) mit Ausscheiden der Stelleninhaberinnen oder der Stelleninhaber	(aus HH 2000)
2 Stellen	E4		(Vermittlungspersonal) mit Ausscheiden der Stelleninhaberinnen oder der Stelleninhaber	(aus HH 2000)

Vermerke:

1 Stelle	E10	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus Epl. 04)	(aus HH 2002)
4 Stellen	E8	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	E5	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
3 Stellen	E5	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
1 Stelle	E5	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus Epl. 04)	(aus HH 2002)
1 Stelle	E5	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus Epl. 04)	(aus HH 2002)
1 Stelle	E5	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2003)
3 Stellen	E5	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	E5	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	E4	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
1 Stelle	E4	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus Epl. 04)	(aus HH 2002)
1 Stelle	E4	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2003)
1 Stelle	E3	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus Epl. 04)	(aus HH 2002)
2 Stellen	E2	dürfen nur zu 85% der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden	(aus HH 2007/2008)
2 Stellen	E2	dürfen nur zu 65% der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden.	(aus HH 2007/2008)

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2011													
1	E3				1							-1	nach 0905 - 428 01 / E 3 (Sozialgericht Kiel) - Anpassung an die tatsächliche Stellenbesetzung-
Summe:					1							-1	
Veränderungen in 2012													
2	E5		7									-7	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) -Realisierung kw-Vermerk 31.12.2011-
Summe:			7									-7	

neue Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

10 Stellen E6 am 31.12.2012 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) (aus HH 2011/2012)

geänderte Vermerke

Stellen künftig wegfallend:

3 Stellen E5 (Vermittlungspersonal) mit Ausscheiden der Stelleninhaberinnen oder der Stelleninhaber (aus HH 2000)

2 Stellen E4 (Vermittlungspersonal) mit Ausscheiden der Stelleninhaberinnen oder der Stelleninhaber (aus HH 2000)

Stellenanzahl

2010 2011 2012

428 03

Bedarf an Auszubildenden

Entgeltgruppe

Auszub. 55 55 55

Summe : 55 55 55

Stellenanzahl

2010 2011 2012

428 04

Bes.Gruppe

Anw. LG Referendare/-innen 909 901 ¹⁾ 886 ¹⁾
2.2

Summe : 909 901 886

1) Ab dem 01.01.2002 werden Rechtsreferendarinnen und -referendare in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis eingestellt. Die Mittel für die 4 restlichen Stellen im Beamtenverhältnis (vgl. Tit. 422 03) sind im Tit. 428 04 mit veranschlagt. Eine Umwandlung dieser Stellen kann voraussichtlich mit dem kommenden Haushalt erfolgen.

Vermerke:

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl			Vom Soll 2010 waren am 01.02.2010 besetzt mit	
	2010	2011	2012	beamteten Hilfskräften	Arbeitnehmern
422 01					
Bedarf an Beamtinnen und Beamten					
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes.Gruppe</i>					
A16	Leitende Regierungsdirektoren/-innen	3	3	3	
A15	Regierungsdirektoren/-innen	4	4	4	
A15	Regierungsmedizinaldirektoren/-innen	2	3	3	
A14	Oberregierungsräte/-innen	10	10	10	2
A14	Anstaltspfarrer/-innen	2	2	2	
A14	Rektoren/-innen im Justizvollzugsdienst	1	1	1	
A14	Leiter/-in Frauenvollzug	1	1	1	
A13 LG 2.2	Regierungsräte/-innen	7	6	6	7
A13 LG 2.1	Justizoberamtsräte/-innen	7	7	7	
A13 LG 2.1	Oberlehrer/-innen im Justizvollzugsdienst	6	6	6	2
A12	Justizamtsräte/-innen	8	8	8	1
A11	Sozialamt Männer/-frauen	8	9	9	
A11	Justizamt Frauen/-männer	13	14	14	
A10	Justizoberinspektoren/-innen	22	21	22	3
A10	Sozialoberinspektoren/-innen	18	17	17	13
A9 LG 2.1	Justizinspektoren/-innen	1	1	0	
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	211	229 ¹⁾	229 ¹⁾	2
A9 LG 1.2	Justizbetriebsinspektoren/-innen	7	9 ²⁾	9 ²⁾	
A8	Hauptwerkmeister/-innen	9	9	9	1
A8	Justizhauptsekretäre/-innen	243	243	243	
A7	Justizobersekretäre/-innen	227	209	209	33
A7	Oberwerkmeister/-innen	7	5	5	2
A6 LG 1.2	Justizsekretäre/-innen	0	3	3	
Summe :		817	820	820	66

- 1) 25 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. A 9 BBesO ausgestattet.
- 2) 3 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. A 9 BBesO ausgestattet.

Planstellen künftig wegfallend:

- 1 Stelle A9 LG 1.2 gem. § 12 b Nr. 1 HG 2003 (aus HH 2004/2005)
- 1 Stelle A9 LG 1.2 gem. § 12 b Nr.1 HG 2006 (aus HH 2009/2010)

Vermerke:

- Planstellen der BesGr. A 10 für Sozialoberinspektorinnen, Sozialoberinspektoren dürfen mit graduierten Angestellten bis zu Entg.Gr. E 10 besetzt werden. (aus HH 1980)
- Planstellen der BesGr. A 13 h.D. und A 14 dürfen mit Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten der BesGr. R 1 besetzt werden, und zwar bis zu 2 Planstellen (aus HH 1987)
- Planstellen der Laufbahnen des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes und des gehobenen Sozialdienstes dürfen unter Beachtung der Laufbahnstärken wechselseitig genutzt werden. (aus HH 2004/2005)

09 03 Justizvollzugsanstalten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Planstellen der Laufbahnen des Allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes dürfen unter der Beachtung der Laufbahnstärken wechselseitig genutzt werden.	(aus HH 2004/2005)
		Auf den Planstellen der Laufbahn des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes dürfen auch Mitarbeiter/-innen mit der Befähigung für die Laufbahn des gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienstes in ein Beamtenverhältnis in der Laufbahn des gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienstes berufen und/ oder als Beamte geführt werden.	(aus HH 2009/2010)
		Auf den Planstellen der Laufbahn des mittleren Verwaltungsdienstes bei Justizvollzugsanstalten dürfen Mitarbeiter/-innen mit der Befähigung für die Laufbahn des mittleren allgemeinen Verwaltungsdienstes in ein Beamtenverhältnis in der Laufbahn des mittleren allgemeinen Verwaltungsdienstes berufen und/ oder als Beamte geführt werden.	(aus HH 2009/2010)
9 Stellen	A10	Planstellen der Bes.Gr. A 10 (Justizoberinspektor/-innen) dürfen nur mit der Leiterin/ dem Leiter des Allgemeinen Vollzugsdienstes bei den Justizvollzugsanstalten Kiel, Neumünster, Lübeck, Flensburg und Itzehoe sowie bei der Jugendanstalt Schleswig und mit der Leiterin/ dem Leiter des Werkdienstes bei den Justizvollzugsanstalten Kiel, Neumünster und Lübeck besetzt werden.	(aus HH 2009/2010)
1 Stelle	A7	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)

09 03 Justizvollzugsanstalten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2011													
1	A15					1						+1	von 428 01 - E 15
2	A13 LG 2.2				1							-1	nach 0901-422 01 (Personalstrukturmaßnahme)
3	A11							1				+1	von A 10 -Sozialoberinspektoren/-innen- (Strukturverbesserungen Justiz)
4	A11							1				+1	von A 10 -Justizoberinspektoren/-innen- (Strukturverbesserungen Justiz)
5	A10								1			-1	nach A 11 -Justizamtfrauen/-männer- (Strukturverbesserungen Justiz)
6	A10									1		-1	nach A 11 -Sozialamtmänner/-frauen- (Strukturverbesserungen Justiz)
7	A9 LG 1.2							18				+18	von A 7 -Justizobersekretäre/-innen- (Strukturverbesserungen Justiz)
8	A9 LG 1.2							2				+2	von A 7 -Oberwerkmeister/-innen- (Strukturverbesserungen Justiz)
9	A7									18		-18	nach A 9 LG 1.2 -Justizamtsinspektoren/-innen- (Strukturverbesserungen Justiz)
10	A7									2		-2	nach A 9 LG 1.2 -Justizbetriebsinspektoren/-innen- (Strukturverbesserungen Justiz)
11	A6 LG 1.2					3						+3	von 428 01 - E 5
Summe:					1	4		22	22			+3	
Veränderungen in 2012													
12	A10					1						+1	von 428 01 - E 10
13	A9 LG 2.1		1									-1	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) -Realisierung kw-Vermerk-
Summe:			1			1						0	

Stellenanzahl

2010 2011 2012

422 03

Bedarf an Beamten/-innen im Vorbereitungsdienst

Bes.Gruppe

Anw. LG Justizinspektoranwärter/-innen
2.1

4 4 4

Anw. LG Justizobersekretäranwärter/-innen
1.2

66 64 64

Summe :

70 68 68

09 03 Justizvollzugsanstalten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2011													
1	Anw. LG 1.2						2					-2	nach 0903-427 05
Summe:							2					-2	

	Stellenanzahl		
	2010	2011	2012
427 05			
<i>Entgeltgruppe</i>			
Praktikant	0	2	2
Summe :	0	2	2

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2011													
1	Praktikant					2						+2	von 0903-422 03 (Folge der Neufass. § 49 Abs. 5 LHO)
Summe:						2						+2	

	Stellenanzahl		
	2010	2011	2012
428 01			
<i>Entgeltgruppe</i>			
E15	1	0	0
E14	1	0	0
E12	2	2	2
E11	1	1	1
E10	4	4	3
E9	5	5	5
E8	16	15	15
E6	22	23	23
E5	15	12	12
E3	2	2	2
KR 4a	1	1	1
Summe :	70	65	64

Stellen künftig wegfallend:

- 1 Stelle E6 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens (aus HH 2004/2005) am 01.09.2014
- 1 Stelle E5 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens (aus HH 2004/2005) am 01.07.2029

09 03 Justizvollzugsanstalten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2011													
1	E15						1					-1	nach 422 01 - A 15 (Regierungsmedizinaldirektoren/-innen) -Flexibilisierung der Stellenplanführung-
2	E14		1									-1	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) -Realisierung kw-Vermerk-
3	E8		1									-1	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) -Realisierung kw-Vermerk-
4	E6			1								+1	von 0913 - 428 65
5	E5						3					-3	nach 422 01 - A 6 LG 1.2 (Justizsekretäre/-innen) -Flexibilisierung der Stellenplanführung-
Summe:			2	1			4					-5	
Veränderungen in 2012													
6	E10						1					-1	nach 422 01 - A 10 (Justizoberinspektoren/-innen) -Flexibilisierung der Stellenplanführung-
Summe:							1					-1	

09 04 Landesverfassungsgericht und Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl			Vom Soll 2010 waren am 01.02.2010 besetzt mit	
		2010	2011	2012	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01						
Bedarf an Beamtinnen und Beamten						
FESTE GEHÄLTER						
<i>Bes. Gruppe</i>						
Oberverwaltungsgericht						
R6	Präsident/-in des Oberverwaltungsgerichts	1	1	1		
R3	Vizepräsident/-in des Oberverwaltungsgerichts	0	0	0		
R3	Vorsitzender Richter/-in am Oberverwaltungsgericht	3	3	3		
Summe [Oberverwaltungsgericht]:		4	4	4	0	0
Verwaltungsgericht						
R4	Präsident/-in des Verwaltungsgerichts	1	1	1		
Summe [Verwaltungsgericht]:		1	1	1	0	0
AUFSTIEGENDE GEHÄLTER						
<i>Bes. Gruppe</i>						
Oberverwaltungsgericht						
R2	Richter/-in am Oberverwaltungsgericht	10	9	9		
A14	Oberregierungsräte/-innen	1	1	1		
A13 LG 2.2	Regierungsräte/-innen	0	0	0		
A12	Justizamtsräte/-innen	1	1	1		
A11	Justizbibliotheksamtfrau/-amt- mann	1	1	1		
A11	Justizamtfrauen/-männer	1	1	1		
A10	Justizoberinspektoren/-innen	2	2	2		
A10	Justizbibliotheksoberspektoren/- innen	0	0	0		
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	4	4 ²⁾	4 ²⁾		
A8	Justizhauptsekretäre/-innen	5	4	4		
A7	Justizobersekretäre/-innen	1	1	1		
A6 LG 1.1	Erste Justizhauptwachtmeister/- innen	7	7 ³⁾	7 ³⁾		
A5 LG 1.1	Erste Justizhauptwachtmeister/- innen	0	0	0		
A4	Justizhauptwachtmeister/-innen	0	0	0		
Summe [Oberverwaltungsgericht]:		33	31	31	0	0
Verwaltungsgericht						
R2	Vorsitzender Richter/-in am Ver- waltungsgericht	11	10	10		
R2	Vizepräsident/-in des Verwal- tungsgerichts	1	1 ¹⁾	1 ¹⁾		
R1	Richter/-innen	27	26	26		
A10	Justizoberinspektoren/-innen	0	0	0		
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	0	0	0		
A8	Justizhauptsekretäre/-innen	0	0	0		
A7	Justizobersekretäre/-innen	0	0	0		

09 04 Landesverfassungsgericht und Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen					
A5 LG 1.1	Erste Justizhauptwachmeister/-innen	0	0	0	
Summe [Verwaltungsgericht]:		39	37	37	0 0
Summe :		77	73	73	0 0

- 1) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 5 zu BesGr. R 2 BBesO ausgestattet.
- 2) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. A 9 BBesO ausgestattet.
- 3) 1 Stelle ist mit einer Stellenzulage gem. der Vorbemerkung Nr. 28, Anlage I BBesO ausgestattet.

Vermerke:

1 Richterin, Richter am Verwaltungsgericht - BesGr. R 1 - wird als Professorin, Professor auf einer Planstelle der BesGr. C 4 bei Tit. 0721-422 01 geführt. (aus HH 1983)

3 Richterinnen, Richter am Oberverwaltungsgericht - BesGr. R 2 - werden als Professorinnen, Professor auf einer Planstelle der BesGr. C 4 bei Tit. 0721-422 01 geführt. (aus HH 1991)

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen	
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
Veränderungen in 2011														
Oberverwaltungsgericht														
1	R2											1	-1	nach R 1 (VG - Anpassung an tatsächliche Besetzung)
2	A8				1								-1	nach 0905 - 422 01 / A6 LG 1.1 (Sozialgericht Kiel, Erste Justizhauptwachmeister/-innen) - Anpassung an den tatsächlichen Bedarf-
Verwaltungsgericht														
3	R2											1	-1	nach R 1 (VG - Anpassung an tatsächliche Besetzung)
4	R1		3										-1	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) -Realisierung kw-Vermerke 31.12.2010-
5										1				von R 2 (OVG)
6										1				von R 2 (VG - Vorsitzender Richter/-in)
Summe:			3		1					2	2		-4	

Stellenanzahl
2010 2011 2012

422 03

Bedarf an Beamten/-innen im Vorbereitungsdienst

Bes. Gruppe

Anw. LG Justizoberwachmeisteranwärterin/-innen 1 1 1
1.1

Summe : 1 1 1

09 04 Landesverfassungsgericht und Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

428 01		Stellenanzahl		
		2010	2011	2012
	<i>Entgeltgruppe</i>			
	Oberverwaltungsgericht			
	E9	6	6	6
	E8	11	11	11
	E6	22	22	22
	E5	1	1	1
	E4	1	1	1
	Summe [Oberverwaltungsgericht]:	41	41	41
	Verwaltungsgericht			
	E9	0	0	0
	E8	0	0	0
	E6	0	0	0
	E5	0	0	0
	E4	0	0	0
	Summe [Verwaltungsgericht]:	0	0	0
	Summe :	41	41	41

Vermerke:

- 1 Stelle E6 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)
- 1 Stelle E6 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)
- 1 Stelle E5 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen
--

	Stellenanzahl			Vom Soll 2010 waren am 01.02.2010 besetzt mit	
	2010	2011	2012	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01					
Bedarf an Beamtinnen und Beamten					
FESTE GEHÄLTER					
<i>Bes. Gruppe</i>					
Landessozialgericht					
R6	Präsident/-in des Landessozialgerichts	1	1	1	
R3	Vizepräsident/-in des Landessozialgerichts	1	1 ¹⁾	1 ¹⁾	
R3	Vorsitzender Richter/-in am Landessozialgericht	3	3	3	
Summe [Landessozialgericht]:		5	5	5	0 0
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes. Gruppe</i>					
Landessozialgericht					
R2	Richter/-in am Landessozialgericht	12	12	12	
A14	Oberregierungsräte/-innen	1	1	1	
A13 LG 2.2	Regierungsräte/-innen	0	0	0	
A11	Justizamtfrauen/-männer	0	0	0	
A10	Justizoberinspektoren/-innen	2	2	2	
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	1	1 ²⁾	1 ²⁾	
A8	Justizhauptsekretäre/-innen	1	1	1	
A6 LG 1.1	Erste Justizhauptwachtmeister/-innen	2	2 ⁵⁾	2 ⁵⁾	
A5 LG 1.1	Erste Justizhauptwachtmeister/-innen	0	0	0	
Summe [Landessozialgericht]:		19	19	19	0 0
Sozialgerichte					
R2	Direktoren/-innen eines Sozialgerichts	4	4 ³⁾	4 ³⁾	
R2	Richter/-innen am Sozialgericht	5	5	5	
R1	Richter/-innen am Sozialgericht	45	45	45	
A12	Justizamtsräte/-innen	2	2	2	
A11	Justizamtfrauen/-männer	3	3	3	
A10	Justizoberinspektoren/-innen	1	1	1	
A9 LG 2.1	Justizinspektoren/-innen	2	2	2	
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	3	3 ⁴⁾	3 ⁴⁾	
A8	Justizhauptsekretäre/-innen	4	4	4	
A7	Justizobersekretäre/-innen	2	2	2	
A6 LG 1.2	Justizsekretäre/-innen	2	2	2	
A6 LG 1.1	Erste Justizhauptwachtmeister/-innen	1	2	2	
A5 LG 1.1	Erste Justizhauptwachtmeister/-innen	0	0	0	
Summe [Sozialgerichte]:		74	75	75	0 0
Summe :		98	99	99	0 0

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

- 1) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. R 3 BBesO ausgestattet.
- 2) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. A 9 BBesO ausgestattet.
- 3) 4 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. R 2 BBesO ausgestattet.
- 4) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. A 9 BBesO ausgestattet.
- 5) 2 Stellen sind mit einer Stellenzulage gem. der Vorbemerkung Nr. 28, Anlage I BBesO ausgestattet.

Planstellen künftig wegfallend:

8 Stellen	R1	am 31.12.2014		(aus HH 2009/2010)
6 Stellen	R1	am 31.12.2014	Verlängerung von 31.03.2011 nach 31.12.2014 aufgrund anhaltend hoher Belastung	(aus HH 2009/2010)
1 Stelle	A9 LG 2.1	am 31.12.2014		(aus HH 2009/2010)

Vermerke:

- 1 Richterin, Richter am Landessozialgericht - BesGr. R 2 - wird als Professorin, Professor auf einer Planstelle der BesGr. C 4/W3 bei der Universität Kiel geführt. (aus HH 1984)
- 1 Stelle R1 darf mit 50% der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden (aus HH 2007/2008)

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2011													
Sozialgerichte													
1	A6 LG 1.1			1								+1	von 0904 - 422 01 / A 8
Summe:				1								+1	

geänderte Vermerke

Planstellen künftig wegfallend:

- 6 Stellen R1 am 31.12.2014 Verlängerung von 31.03.2011 nach 31.12.2014 aufgrund anhaltend hoher Belastung (aus HH 2009/2010)

428 01	Stellenanzahl		
	2010	2011	2012
<i>Entgeltgruppe</i>			
Landessozialgericht			
E12	1	1	1
E9	1	1	1
E8	2	2	2
E6	6	6	6
E5	5	5	5
PKW-Fahrer	1	1	1
<hr/>			
Summe [Landessozialgericht]:	16	16	16
Sozialgerichte			
E8	3	3	3
E6	50	50	50
E5	3	3	3

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E3	3	4	4
Summe [Sozialgerichte]:	59	60	60
Summe :	75	76	76

Stellen künftig wegfallend:

- 8 Stellen E6 am 31.12.2014 (aus HH 2009/2010)
- 6 Stellen E6 am 31.12.2014 Verlängerung von 31.03.2011 nach 31.12.2014 aufgrund anhaltend hoher Belastung (aus HH 2009/2010)

Vermerke:

- 1 Stelle E6 darf nur mit 50% der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden (aus HH 2007/2008)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14

Veränderungen in 2011

Sozialgerichte

1	E3			1									+1	von 0902 - 428 01 / E 3
Summe:				1									+1	

geänderte Vermerke

Stellen künftig wegfallend:

- 6 Stellen E6 am 31.12.2014 Verlängerung von 31.03.2011 nach 31.12.2014 aufgrund anhaltend hoher Belastung (aus HH 2009/2010)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl			Vom Soll 2010 waren am 01.02.2010 besetzt mit	
	2010	2011	2012	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01					
Bedarf an Beamtinnen und Beamten					
FESTE GEHÄLTER					
<i>Bes.Gruppe</i>					
R5	Präsident/-in des Finanzgerichts	1	1	1	
R3	Vizepräsident/-in des Finanzgerichts	1	1	1	
R3	Vorsitzender Richter/-in am Finanzgericht	3	3	3	
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes.Gruppe</i>					
R2	Richter/-in am Finanzgericht	10	10	10	
R1	Richter/-in am Finanzgericht	1	1	1	
A13 LG 2.1	Justizoberamtsräte/-innen	1	1	1	
A12	Justizamtsräte/-innen	1	1	1	
A11	Justizamtfrauen/-männer	1	1	1	
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	1	1	1	
A8	Justizhauptsekretäre/-innen	1	1	1	1
A7	Justizobersekretäre/-innen	1	1	1	1
Summe :		22	22	22	0
					2

Vermerke:

1 RichterIn, Richter am Finanzgericht - BesGr. R 2 - wird als Professorin, Professor auf einer Planstelle der BesGr. C 4 bei Tit. 0721-422 01 geführt. (aus HH 1984)

	Stellenanzahl		
	2010	2011	2012
428 01			
<i>Entgeltgruppe</i>			
E9	1	1	1
E6	4	4	4
E5	2	2	2
Summe :	7	7	7

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen
--

	Stellenanzahl			Vom Soll 2010 waren am 01.02.2010 besetzt mit	
	2010	2011	2012	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01					
Bedarf an Beamtinnen und Beamten					
FESTE GEHÄLTER					
<i>Bes.Gruppe</i>					
R6	Generalstaatsanwalt/Generalstaatsanwältin	1	1	1	
R4	Leitende Oberstaatsanwälte/-innen	2	2	2	
R3	Leitende Oberstaatsanwälte/-innen	4	4	4	
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes.Gruppe</i>					
R2	Oberstaatsanwälte/-innen	31	31 ¹⁾	31 ¹⁾	
R1	Staatsanwälte/-innen	139	139 ²⁾	139 ²⁾	
A15	Regierungsdirektoren/-innen	1	1	1	
A14	Oberregierungsräte/-innen	2	2	2	
A13 LG	Justizoberamtsräte/-innen	4	4	4	
2.1					
A13 LG	Oberamtsanwälte/-innen	29	29 ⁴⁾	29 ⁴⁾	
2.1					
A13 LG	Justizoberamtsräte/-innen (Sozialdienst)	0	0	0	
2.1					
A12	Amtsanwälte/-innen	19	19	19	
A12	Justizamtsräte/-innen	12	13	13	
A12	Justizamtsräte/-innen (Sozialdienst)	2	2	2	
A11	Sozialamtmänner/-frauen	6	6	6	
A11	Justizamtfrauen/-männer	20	20	20	
A10	Justizoberinspektoren/-innen	15	15	15	
A10	Sozialoberinspektoren/-innen	7	7	7	5
A9 LG 2.1	Justizinspektoren/-innen	8	7	7	
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	39	46 ³⁾	46 ³⁾	1
A8	Justizhauptsekretäre/-innen	32	32	32	6
A7	Justizobersekretäre/-innen	44	42	42	13
A6 LG 1.2	Justizsekretäre/-innen	22	17	17	5
A6 LG 1.1	Erste Justizhauptwachmeister/-innen	29	29 ⁵⁾	29 ⁵⁾	3
A5 LG 1.1	Erste Justizhauptwachmeister/-innen	0	0	0	
A4	Justizhauptwachmeister/-innen	0	0	0	
A3	Justizoberwachmeister/-innen	0	0	0	
Summe :		468	468	468	33

- 1) 4 Stellen mit einer Amtszulage gem. Fußnote 6 zu BesGr. R2 BBesO ausgestattet.
- 2) 8 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 2 zu BesGr R1 BBesO ausgestattet.
- 3) 11 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr A 9 BBesO ausgestattet.
- 4) 2 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 12 zu BesGr. A 13 BBesO ausgestattet.
- 5) 5 Stellen sind mit einer Stellenzulage gem. der Vorbemerkung Nr. 28, Anlage I BBesO ausgestattet.

Planstellen künftig wegfallend:

6 Stellen R1 am 31.12.2014

(aus HH 2009/2010)

Planstellen künftig umzuwandeln:

09 08 Staatsanwaltschaften

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

1 Stelle	A9 LG 1.2	in A8	mit Ausscheiden des Stelleninhabers - spätestens am 31.07.2021	(aus HH 1995)
1 Stelle	A9 LG 1.2	in A8	mit Ausscheiden des Stelleninhabers - spätestens am 30.09.2016	(aus HH 1995)
1 Stelle	A8	in A7	mit Ausscheiden des Stelleninhabers - spätestens am 30.06.2023	(aus HH 1995)

Vermerke:

Planstellen der BesGr. A 10 für Sozialoberinspektorinnen, Sozialoberinspektoren dürfen mit graduierten Angestellten bis zu Entg.Gr. 10 besetzt werden. (aus HH 1979)

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2011													
1	A12							1				+1	von A 9 LG 2.1 -Justizinspektoren/-innen- (Strukturverbesserungen Justiz)
2	A9 LG 2.1								1			-1	nach A 12 -Justizamtsräte/-innen- (Strukturverbesserungen Justiz)
3	A9 LG 1.2							5				+7	von A 6 LG 1.2 -Justizsekretäre/-innen- (Strukturverbesserungen Justiz)
4								2					von A 7 -Justizobersekretäre/-innen- (Strukturverbesserungen Justiz)
5	A7								2			-2	nach A 9 LG 1.2 -Justizamtsinspektoren/-innen- (Strukturverbesserungen Justiz)
6	A6 LG 1.2								5			-5	nach A 9 LG 1.2 -Justizamtsinspektoren/-innen- (Strukturverbesserungen Justiz)
Summe:								8	8			0	

422 03

Bedarf an Beamten/-innen im Vorbereitungsdienst

Bes.Gruppe

Anw. LG Justizoberwachtmeisteranwärterin/-innen 1.1

Stellenanzahl
2010 2011 2012

2	2	2	
Summe :	2	2	2

427 05

Entgeltgruppe

Praktikant

Stellenanzahl
2010 2011 2012

0	1	1	
Summe :	0	1	1

09 08 Staatsanwaltschaften

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2011													
1	Praktikant			1								+1	von 0902-427 05 (Folge der Neufass. § 49 Abs. 5 LHO)
Summe:				1								+1	

428 01	Entgeltgruppe	Stellenanzahl		
		2010	2011	2012
	E12	2	2	2
	E11	8	8	8
	E9	5	5	5
	E8	31	31	31
	E6	46	46	46
	E5	83	83	83
	E4	8	8	8
	E3	2	2	2
Summe :		185	185	185

Vermerke:

- 1 Stelle E8 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2004/2005)
- 1 Stelle E6 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2004/2005)
- 2 Stellen E5 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2004/2005)
- 1 Stelle E3 darf nur zu 60% der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden. (aus HH 2007/2008)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl			Vom Soll 2010 waren am 01.02.2010 besetzt mit	
		2010	2011	2012	beamteten Hilfskräften	Arbeitnehmern
422 01						
FESTE GEHÄLTER						
<i>Bes. Gruppe</i>						
Landesarbeitsgericht						
R6	Präsident/-in des Landesarbeitsgerichts	1	1	1		
R3	Vizepräsident/-in des Landesarbeitsgerichts	1	1 ¹⁾	1 ¹⁾		
R3	Vorsitzender Richter/-in am Landesarbeitsgericht	4	4	4		
Summe [Landesarbeitsgericht]:		6	6	6	0	0
AUFSTIEGENDE GEHÄLTER						
<i>Bes. Gruppe</i>						
Landesarbeitsgericht						
A14	Oberregierungsräte/-innen	1	1	1		
A13 LG 2.2	Regierungsräte/-innen	0	0	0		
A13 LG 2.1	Justizoberamtsräte/-innen	1	1	1		
A12	Justizamtsräte/-innen	0	0	0		
A11	Justizamtfrauen/-männer	1	1	1		
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	1	1	1		
Summe [Landesarbeitsgericht]:		4	4	4	0	0
Arbeitsgericht						
R2	Direktoren/-innen des Arbeitsgerichts	4	4	4		
R1	Direktoren/-innen des Arbeitsgerichts, Richter/-innen am Arbeitsgericht	18	18 ²⁾	18 ²⁾		
A12	Justizamtsräte/-innen	3	3	3		
A11	Justizamtfrauen/-männer	2	2	2		
A10	Justizoberinspektoren/-innen	6	6	6		
A9 LG 2.1	Justizinspektoren/-innen	0	0	0		
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	4	4	4		
A8	Justizhauptsekretäre/-innen	0	0	0		
Summe [Arbeitsgericht]:		37	37	37	0	0
Summe :		47	47	47	0	0

- 1) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. R 3 BBesO ausgestattet.
- 2) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. R 1 BBesO ausgestattet.

		Stellenanzahl		
		2010	2011	2012
428 01				
<i>Entgeltgruppe</i>				
Landesarbeitsgericht				
E10		1	1	1
E9		1	1	1

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E8	4	4	4
E6	4	4	4
E5	1	1	1
Summe [Landesarbeitsgericht]:	11	11	11
Arbeitsgericht			
E8	6	6	6
E6	22	22	22
E3	1	1	1
Auszu- bild.	2	2	2
Summe [Arbeitsgericht]:	31	31	31
Summe :	42	42	42

Vermerke:

Eine Stelle der EntgGr. E8 darf nur zur Hälfte aus der EntgGr. E6 besetzt werden.

(aus HH 2006)

09 13 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl			Vom Soll 2010 waren am 01.02.2010 besetzt mit	
	2010	2011	2012	beamteten Hilfskräften	Arbeitnehmern
422 65 (65)					
Bedarf an Beamtinnen und Beamten Landesamt für Ausländerangelegenheiten					
AUFSTIEGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes.Gruppe</i>					
A15	Regierungsdirektoren/-innen	1	1	1	
A14	Oberregierungsräte/-innen	1	1	1	
A13 LG	Oberamtsräte/-innen	2	2	2	
2.1					
A12	Amtsräte/-innen	1	1	1	
A11	Regierungsamt männer/-frauen	3	3	3	1
A10	Regierungs oberinspektoren/-innen	1	1	1	1
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	6	5 ¹⁾	5 ¹⁾	
A8	Regierungshauptsekretäre/-innen	2	1	1	
Summe :		17	15	15	2

1) 1 Planstelle ist mit einer Amtszulage gemäß Fußnote 3 zu BesGr. A 9 BBesO ausgestattet.

Vermerke:

1 Stelle A11 darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2011													
1	A9 LG 1.2		1									-1	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) -Realisierung kw-Vermerk 31.12.2010-
2	A8		1									-1	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) -Realisierung kw-Vermerk 31.12.2010-
Summe:			2									-2	

	Stellenanzahl		
	2010	2011	2012
428 65 (65)			
<i>Entgeltgruppe</i>			
E11	2	2	2
E9	3	3	3
E8	6	6	6
E6	12	9	9
E5	1	1	1
Summe :	24	21	21

09 Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration
Abschluss Stellenpläne und -übersichten 2011 / 2012

Kapitel	Bezeichnung	Jahr	Beamtinnen und Beamte			Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Nachwuchskräfte	Summe Spalte 4-8
			422 01 422 TG	Z. A. 422 02	im Vorb.D. 422 03			
1	2	3	4	5	6	7	8	9
09 01	Ministerium	2012	139	-	-	59	-	198
		2011	139	-	-	59	-	198
		2010	135	-	-	64	-	199
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit	2012	1.811	-	993	740	55	3.599
		2011	1.813	-	1.008	747	55	3.623
		2010	1.813	2	1.016	746	55	3.632
09 03	Justizvollzugsanstalten	2012	820	-	68	66	-	954
		2011	820	-	68	67	-	955
		2010	817	-	70	70	-	957
09 04	Landesverfassungsgericht und Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit	2012	73	-	1	41	-	115
		2011	73	-	1	41	-	115
		2010	77	-	1	41	-	119
09 05	Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit	2012	99	-	-	76	-	175
		2011	99	-	-	76	-	175
		2010	98	-	-	75	-	173
09 06	Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	2012	22	-	-	7	-	29
		2011	22	-	-	7	-	29
		2010	22	-	-	7	-	29
09 08	Staatsanwaltschaften	2012	468	-	2	186	-	656
		2011	468	-	2	186	-	656
		2010	468	-	2	185	-	655
09 09	Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit	2012	47	-	-	40	2	89
		2011	47	-	-	40	2	89
		2010	47	-	-	40	2	89
09 13	Ausländer- und Migrationsangelegenheiten	2012	15	-	-	21	-	36
		2011	15	-	-	21	-	36
		2010	17	-	-	24	-	41
Summe		2012	3.494	-	1.064	1.236	57	5.851
		2011	3.496	-	1.079	1.244	57	5.876
		2010	3.494	2	1.089	1.252	57	5.894

Abschluss Stellenpläne und -übersichten 2011 / 2012

in Wirtschaftsbetrieben			Leerstellen		Jahr	Bezeichnung	Kapitel
Planstellen	Stellen	Summe Spalte 10+11					
10	11	12	13	14	15	16	17
-	-	-	-	-	2012	Ministerium	09 01
-	-	-	-	-	2011		
-	-	-	-	-	2010		
-	-	-	-	-	2012	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit	09 02
-	-	-	-	-	2011		
-	-	-	-	-	2010		
-	-	-	-	-	2012	Justizvollzugsanstalten	09 03
-	-	-	-	-	2011		
-	-	-	-	-	2010		
-	-	-	-	-	2012	Landesverfassungsgericht und Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit	09 04
-	-	-	-	-	2011		
-	-	-	-	-	2010		
-	-	-	-	-	2012	Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit	09 05
-	-	-	-	-	2011		
-	-	-	-	-	2010		
-	-	-	-	-	2012	Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	09 06
-	-	-	-	-	2011		
-	-	-	-	-	2010		
-	-	-	-	-	2012	Staatsanwaltschaften	09 08
-	-	-	-	-	2011		
-	-	-	-	-	2010		
-	-	-	-	-	2012	Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit	09 09
-	-	-	-	-	2011		
-	-	-	-	-	2010		
-	-	-	-	-	2012	Ausländer- und Migrationsangelegenheiten	09 13
-	-	-	-	-	2011		
-	-	-	-	-	2010		
-	-	-	-	-	2012		Summe
-	-	-	-	-	2011		
-	-	-	-	-	2010		

09 Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration

Hebungen 2011

Kapitel	Beamtinnen und Beamte		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		Zahl
	aus BesGr.	in BesGr.	aus EntgeltGr.	in EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6
09 01	Ministerium				
	A13 LG 2.2	A15	E8	E9	1
			E5	E6	1
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit				
	R4	R5			1
	R2 A10	R3 A12			1 5
09 03	Justizvollzugsanstalten				
	A10	A11			1
	A10	A11			1
	A7	A9 LG 1.2			18
	A7	A9 LG 1.2			2
09 08	Staatsanwaltschaften				
	A9 LG 2.1	A12			1
	A7	A9 LG 1.2			2
	A6 LG 1.2	A9 LG 1.2			5
Summe	38	38	2	2	40

09 Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration

Umwandlungen 2011

Kapitel	aus			in			Zahl
	422 01 Planmäßige Beamtinnen und Beamte BesGr.	422 02 Beamtete Hilfskräfte BesGr.	428 01 428 61 ff Arbeitnehmerin- nen und Arbeit- nehmer EntgeltGr.	422 01 Planmäßige Beamtinnen und Beamte BesGr.	422 02 Beamtete Hilfskräfte BesGr.	428 01 428 61 ff Arbeitnehmerin- nen und Arbeit- nehmer EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6	7	8
09 01	Ministerium						1
			E9	A9 LG 2.1			
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit						2 8 3
		A9 LG 2.1		A9 LG 2.1			
						Praktikant	
09 03	Justizvollzugsanstalten						2 1 3
			E15 E5	A15 A6 LG 1.2		Praktikant	
Summe	0	2	5	7	0	5	20

09 Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration

Umwandlungen 2012

Kapitel	aus			in			Zahl
	422 01 Planmäßige Beamtinnen und Beamte BesGr.	422 02 Beamtete Hilfskräfte BesGr.	428 01 428 61 ff Arbeitnehmerin- nen und Arbeit- nehmer EntgeltGr.	422 01 Planmäßige Beamtinnen und Beamte BesGr.	422 02 Beamtete Hilfskräfte BesGr.	428 01 428 61 ff Arbeitnehmerin- nen und Arbeit- nehmer EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6	7	8
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit						3
09 03	Justizvollzugsanstalten						1
			E10	A10			
Summe	0	0	1	1	0	0	4